

Heft 201

Ausgabe 2 | 2014

ISSN 0170-4613

K 53 61

5,00 Euro



spw

Wandel der Arbeits- beziehungen

Renaissance des Korporatismus?

Ingo Matuschek
Konformismus, Korporatismus und / oder System-
kritik – Perspektiven von Beschäftigten

Thorsten Schulten
Arbeitslosigkeit und Löhne in Europa – Aktuelle
Entwicklungstrends unter den Bedingungen der Krise

Wolfgang Uellenberg - van Dawen
Gescheiterter Korporatismus

Michael R. Krätke
Eduard Bernstein und der „Revisionismus“

Kurzum | von Felix Welti

Das Gedenken an die im August 1914 begonnene Menschenschlächterei des Weltkriegs weist uns auf das Fehlen und Versagen der Internationalen im doppelten Sinne hin: 1914 fehlte eine Internationale der Staaten, die anstelle von Krieg auf friedliche Konfliktlösung setzte. Und die sozialistische Internationale versagte darin, den Krieg in den nationalen Gesellschaften unmöglich zu machen. Auch damals gab es nicht nur Schicksal und Schlafwandler, sondern Verantwortlichkeit und Verantwortliche, Täter und Opfer.

2014 sind Gewalt und Krieg nicht gebannt in der Welt und in Europa. Aber es gibt die Europäische Union, den Europarat, die OSZE und die UNO: die Internationale der Staaten, mit den Mitteln, zu verhandeln und zu kooperieren. Ob dies geschieht, hängt auch heute daran, ob sich in den Gesellschaften das Bewusstsein der internationalen Gemeinsamkeit von Produktion, Kommunikation und Lebensbedingungen der Menschen durchsetzt.

Kurzum: Die Entgiftung Europas vom Nationalismus bleibt aktuell.

Der Nationalstaat war oft der Rahmen, in dem sich Rechtsstaat und Sozialstaat entwickelt haben, Voraussetzungen für Frieden, für die Reproduktion der Gesellschaften und ihrer Ökonomie. Doch weil Arbeitsteilung und Lebensweise internationaler geworden sind, müssen es auch Rechtsstaat und Sozialstaat werden, damit der Nationalstaat nicht den Frieden bedroht und Gesellschaft und Ökonomie hemmt.

Dieser Entwicklung entspricht die Idee der bürgerlichen und der sozialen Menschenrechte als Zweck der Staaten und ihrer Verbände. Seit 2009 gilt für die Europäische Union auch explizit die Charta der Grundrechte, die bürgerliche und soziale Rechte verbürgt.



☞ Dr. Felix Welti ist Professor an der Universität Kassel am Institut Sozialwesen des Fachbereichs Humanwissenschaften und im spw-Zusammenhang aktiv.

Foto: privat

Doch die Krisenpolitik der Troika aus EU, EZB und IWF sieht sich daran nicht gebunden, weil sie außerhalb der regulären Verträge erfolgt. Damit jedoch untergräbt sie das Vertrauen in die Union als Rechtsgemeinschaft als notwendige Grundlage der Kooperation von Staaten und Menschen.

Kurzum: Nicht dass es eine europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Krise gibt, ist das Problem, sondern dass sie sich demokratischer und grundrechtlicher Kontrolle entzieht.

Die Europäische Union kann als Friedensgarant und Rechtsgemeinschaft bestehen, wenn sie auch die sozialen Menschenrechte respektiert und schützt, die Rechte auf Existenzminimum, Arbeit, Gesundheit und Bildung, Tarifautonomie und Streikrecht, die Rechte der behinderten Menschen, der Kinder, der Flüchtlinge. In den Verträgen ist das angelegt, doch muss es erst noch mit den Mitteln von Politik und Recht erkämpft werden. Das gelingt nur, wenn eine solche Union eingeklagt wird und Ungleichheit weder zwischen ihren Mitgliedstaaten noch zwischen ihren Bürgerinnen und Bürgern herrscht.

Kurzum: Souverän wird die EU, wenn sie den Ausnahmezustand ihrer Krisenpolitik beendet. Das Versprechen ihrer Verträge kann sie nur einlösen, wenn die sozialen und bürgerlichen Rechte nicht als je nationale, sondern als Menschenrechte eingefordert werden. ■

■ Meinung

Reparaturwerkstatt der Agenda 2010: Die Aufgabe der großen Koalition für die SPD Carsten Sieling.....	4
Das EU-Freihandelsabkommen mit USA Hilde Mattheis	6
Wider die wirtschaftliche Vernunft – Eurogegner auf Stimmenfang Björn Hacker	9
Von Lissabon bis nach Athen – ein Marshall-Plan 2.0 für Wissenschaft und Forschung Ernst Dieter Rossmann	10
EEG 2.0: Nachsteuern für Bürgerenergie! Klaus Mindrup.....	12

Debatte:

Phantomdiskussion „kalte Progression“ Heinz-J. Bontrup	13
--	----

■ ■ Im Fokus: Wandel der Arbeitsbeziehungen – Renaissance des Korporatismus?

Einleitung zum Schwerpunkt Kai Burmeister, Dierk Hirschel, Michael Reschke, Sarah Ryglewski, Holger Schoneville	15
Konformismus, Korporatismus und / oder Systemkritik – Perspektiven von Beschäftigten Ingo Matuschek.....	21
Gescheiterter Korporatismus Wolfgang Uellenberg - van Dawen	26
Die Sozialpartnerschaft muss sich bewähren Hilmar Höhn.....	32
Tarifautonomie in Ostdeutschland – Gelegenheit für einen ostdeutschen Relaunch Sabine Heinrich, Michael Reschke	36
Arbeitslosigkeit und Löhne in Europa – Aktuelle Entwicklungstrends unter den Bedingungen der Krise Thorsten Schulten.....	42

■ ■ ■ Magazin

Stichwort Wirtschaftspolitik: Der Entwurf des Bundeshaushalts 2015 – Grund zur Zufriedenheit? Arne Heise	52
Die aktuelle Zahl: 23 Claudia Bogedan.....	54

Crossover

Stolperfalle Militäreinsätze? Streitgespräch: Niels Annen und Stefan Liebich	55
Eduard Bernstein und der „Revisionismus“ Michael R. Krätke	60

Rezensionen:

Sammelbesprechung: Antonio Gramsci und die Entwicklungen der Hegemonietheorie Thilo Scholle	69
Tamara Ehs, Stefan Gschiegl, Karl Ucakar, Manfred Welan (Hg.) – Politik und Recht Thilo Scholle	72

■ ■ ■ ■ Personen & Positionen

DL 21 Aktuell	73
Meldungen: Publikation: Max Reinhardt: Gesellschaftspolitische Ordnungsvorstellungen der SPD-Flügel seit 1945, DL 21-Frühjahrstagung 30.- 31. Mai 2014 in Kassel.....	74

□ Impressum:

spw – Zeitschrift für sozialistische
Politik und Wirtschaft

HerausgeberInnen:
Niels Annen (Hamburg)
Klaus Dörre (Jena)
Iris Gleicke (Schleusingen)
Michael Guggemos (Frankfurt am Main)
Oliver Kaczmarek (Kamen)
Michael R. Krätke (Lancaster)
Uwe Kremer (Dortmund)
Detlev von Larcher (Weyhe)
Uwe Meinhardt (Stuttgart)
Benjamin Mikfeld (Berlin)
Susí Möbbeck (Magdeburg)
Andrea Nahles (Weiler)
Florian Pronold (Deggendorf)
René Röspe (Hagen)
Ernst-Dieter Rossmann (Elmshorn)
Carsten Sieling (Bremen)
Sigrid Skarpelis-Sperk (Bonn)
Thomas Spies (Marburg)
Michael Vester (Hannover)
Felix Welti (Lübeck)
Thomas Westphal (Dortmund)

Redaktion:

Thorben Albrecht
Claudia Bogedan
Björn Böhning
Kai Burmeister
Cordula Drautz
Ole Erdmann
Björn Hacker
Sebastian Jobelius
Lars Neumann
Katharina Oerder
Michael Reschke
Sarah Ryglewski
Thilo Scholle
Holger Schoneville
Till van Treeck

Heftschwerpunkt:

Kai Burmeister, Dierk Hirschel, Michael Reschke
Sarah Ryglewski, Holger Schoneville

Chefredaktion und V.i.S.d.P.:

Stefan Stache
Telefon 0177 - 525 049 8
redaktion@spw.de

Abo-/Verlagsadresse:

spw-Verlag / Redaktion GmbH
Westfälische Str. 173, 44 309 Dortmund
Telefon 0231 - 2 02 00 11
Telefax 0231 - 2 02 00 24
spw-verlag@spw.de, www.spw.de

Geschäftsführung:

Robin Baranski
Hans-Joachim Olczyk
Eckhart Seidel

Konto des Verlages:

Postbank Dortmund
Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46,
IBAN: DE81 4401 0046 0032 443468,
BIC: PBNKDEFF, USt-ID-Nr.: DE 122946515

Die spw erscheint mit sechs Heften im Jahr.
Jahresabonnement Euro 39,-
(bei Bankeinzug Euro 37,-)
Auslandsabonnement Europa Euro 49,-
Abbestellungen mit einer Frist von drei
Monaten zum Jahresende.
Postvertriebsstück, keine Nachsendung.
Anschriftänderung ist dem Verlag mitzuteilen.
ISSN 0170-4613, K 5361
©spw-Verlag/Redaktion GmbH 2014.
Alle Rechte vorbehalten.

Titelfoto: fotolia.com © iMAGINE, © stokkete
Bildnachweis: 5,52 www.fotolia.com
© ferkelraggae.

Gestaltung und Druck:
Druckerei Uwe Nolte, Iserlohn
1.-3. Tausend, April 2014

Reparaturwerkstatt der Agenda 2010: Die Aufgabe der großen Koalition für die SPD

von Carsten Sieling

Jede linke sozialdemokratische Strategiedebatte sollte das enttäuschende Wahlergebnis bei der Bundestagswahl zum Ausgangspunkt haben. Die Ursachen sind ebenso wie die Analysen vielfältig. Konsens ist: Verloren gegangenes Vertrauen lässt sich nicht von heute auf morgen wieder herstellen. Deshalb war es wichtig, dass die SPD-Verhandlungsstrategie für den Koalitionsvertrag konkret ausgelegt war. So konnten zentrale sozialdemokratische Forderungen im Koalitionsvertrag verankert werden. Die sozialdemokratischen Ministerinnen und Minister können wichtige Akzente in der Bundesregierung setzen – und sie tun es! Um es klar zu sagen: Es geht um die wirkliche Realisierung der Energiewende, einer (wenigstens im Einstieg erfolgenden) Schaffung eines demokratischen Staatsbürgerschaftsrechts, die Wiederherstellung kommunaler Handlungsfähigkeit u. v. a. m. Vor allem aber geht es für die SPD um Entgeltgleichheit, die nachhaltige Eindämmung des Niedriglohnssektors, einen ersten Schritt gegen die faktischen Rentenkürzungen, die Begrenzung von Leiharbeit und Werkvertrags(un)wesen und eine Politik gegen die Liberalisierung der Arbeitsmärkte. Kurz gesagt: Dieser Koalitionsvertrag holt die Maßnahmen der Agenda 2010 in die Reparaturwerkstatt und behebt damit die schlimmsten Schäden aus den Zeiten sozialdemokratischer Irrungen.

Deshalb war es auch gut und richtig, dass unsere Mitgliedschaft und der überwiegende Teil der Linken so überzeugend für diesen Vertrag gestimmt haben. Ich halte es daher auch anders als so mancher Kommentator in der spw für nur konsequent, dass alle, eben auch die Parteilinke mit allen Argumenten und Überzeugungen für diesen Vertrag und damit diese natürlich schwierige Koalition geworben haben.



☞ Dr. Carsten Sieling, MdB ist Sprecher der Parlamentarischen Linken der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag und Mitglied im SPD-Parteivorstand.

Foto: © spdfraktion.de

Die zentrale Aufgabe der nächsten ein bis anderthalb Jahre besteht darin, die vereinbarten sozialdemokratischen Projekte durchzusetzen und in Gesetzesform zu gießen. Hierin besteht nach meiner Auffassung die zentrale Aufgabe der Parlamentarischen Linken.

Dabei steht im Vordergrund, die konservativen Aufweichungsversuche gegenüber den Vereinbarungen zurückzukämpfen. Trotzdem wird es eine Reihe wichtiger Detailfragen geben, in denen ungeliebte Kompromisse unausweichlich sein werden. Das heißt im Klartext: Wenn die Richtung stimmt, halte ich wenig davon, die Bedenken nach außen zu kehren, sondern werbe dafür, den Kerninhalten, und -zielen zum Durchbruch zu verhelfen.

Also alles gut? Das wäre ein gigantischer Irrtum. Spätestens 2016 werden wesentliche Verabredungen des Koalitionsvertrages umgesetzt und die wichtigsten sozialdemokratischen Projekte ins Werk gesetzt sein. Dafür müssen wir gewappnet sein und Grundlagen für die zweite Etappe der Legislatur gelegt haben. Die Aufgaben werden vielfältig sein:

- Stärkung von Forschung, Innovation und Bildung mit echter BAföG-Reform,
- Modernisierung der Infrastruktur einschließlich einer Digitalisierungsstrategie,

- eine Reaktivierung aktiver Arbeitsmarktpolitik, die endlich die Einlösung des Förderungsversprechens für Langzeitarbeitslose beinhaltet,
- ein Bundesteilhabegesetz mit einer Verbesserung der Inklusion und einer Entlastung der Kommunen sowie
- die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen mit dem Ziel einer durchgreifenden Stärkung der Finanzkraft von Ländern, Städten und Gemeinden durch Abbau von Altschulden und Soziallasten sowie öffentlicher Investitionstätigkeit.

Diese Aufgaben lassen sich nur erfüllen, wenn auch das Geld dafür verfügbar ist. Fakt aber ist: Die öffentlichen Investitionen in Deutschland sind in den letzten Jahren zurückgegangen. Anfang der 70er Jahre lag ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt noch bei gut 4,5 Prozent, mittlerweile ist er auf unter zwei Prozent abgesunken und die Bröckelrepublik nimmt traurige Gestalt an. Man spricht von 100 Milliarden fehlenden Euro: jährlich! Hinzu treten konsumtive Bedarfe z. B. bei Dienstleistung, Bildung und Pflege.

Um diesen Investitionsattentismus zu beheben, reicht nicht der Verweis auf vermeintliche Rekordsteuereinnahmen, die angeblich alles Drehen an der Steuerschraube verbieten. Es lohnt ein genauer Blick auf die Zahlen. Zwar beliefen sich die prognostizierten Einnahmen auf über 600 Milliarden Euro in diesem Jahr. Auch in den kommenden Jahren zeigt die Kurve nach oben. Nur: Rekordsteuereinnahmen sind in wachsenden Volkswirtschaften nicht die Ausnahme, sondern die Regel. In 52 von 61 untersuchten Jahren gab es in Deutschland Steuerrekorde zu vermelden. Völlig normal also. Allerdings: die Steuereinnahmen liegen noch immer Dutzende Milliarden unter dem, was vor der Finanz- und Wirtschaftskrise für die Jahre 2012 oder 2013 von den hoch anerkannten Steuerschätzern

offiziell erwartet wurde. Wer wirklich Schulden abbauen und gleichzeitig auch noch investieren will, muss sagen, wo das Geld dafür herkommen soll. Sonst bleiben alle Konzepte blasse Tagträumerei.

Hier allerdings stehen wir vor spannungsreichen Debatten in unserer Partei. Das liegt an den krass unterschiedlichen Ursachenanalysen des Bundestagswahlergebnisses. Aktuell wird behauptet, es seien unsere steuerpolitischen Positionen gewesen, die die Menschen von der Stimmabgabe für die SPD abgehalten hätten. Dahinter steckt die Vorstellung, Wahlen würden in der Mitte gewonnen. Irrtum! Die SPD ist nur zwischen 1998 und 2009 von 20 Millionen auf zehn Millionen Wählerstimmen gerutscht und 2013 auf nur zwölf Millionen Stimmen wieder aufgewachsen. Wähler im Wartestand hat Peer Steinbrück das Problem während seiner Wahlkampagne genannt, denn der Block rechts der Mitte hat in den Jahren 1998 die bei uns verlorenen Stimmen nicht dazu gewonnen. Er ist lediglich stabil geblieben.

Die falsche Wahlanalyse, deren tagespolitisches Gesicht sich schon jetzt beispielsweise mit dem Lob der „schwarzen Null“ im noch aus schwarz-gelber Zeit stammenden Bundeshaushalt zeigt, ist nichts anderes als der Versuch, eines Rollbacks in der sozialdemokratischen Programmatik und Politik. Das Wahlprogramm 2013 aber war eines der besten in der jüngeren sozialdemokratischen Geschichte. Ein Verdienst der Parteilinken. Mehr Mobilisierung für die richtige Politik ist notwendig. Eine Aufgabe der ganzen Partei mit der Parteilinken als Motor! ■

¹ Siehe hierzu und zu weiteren Verfälschungen: www.steuermuethen.de.

Das EU-Freihandelsabkommen mit USA

Alle Karten auf den Tisch!

von Hilde Mattheis

Die Zielsetzung des TTIP klingt zunächst ganz einfach: „Das Abkommen soll für Beschäftigung und Wachstum sorgen, indem es den Zugang zum US-amerikanischen Markt erleichtert, die Kompatibilität der Regulierungsmaßnahmen der EU und der USA verbessert und den Weg zur Festlegung globaler Normen ebnet.“ (EU-Kommission).

Aber, das Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA ist ein hochkomplexes politisches Projekt. Hochkomplex sind die Verhandlungen, weil es um mehr geht als ein bilaterales Abkommen. Das strategische Ziel ist die „Festlegung globaler Normen“ um den mangelnden Fortschritt bei den multilateralen Verhandlungen innerhalb der Welthandelsorganisation (WTO) zu kompensieren.

Im Kern geht es beim TTIP um den Abbau „nichttarifärer Handelshemmnisse“, wie beispielsweise Exportquoten, Sozial- und Umweltstandards, Vorschriften zum Verbraucherschutz, Vergabemodalitäten bei öffentlichen Aufträgen sowie Dienstleistungsrichtlinien.

In der öffentlichen Debatte wird jedoch vorrangig der Abbau „tarifärer Handelshemmnisse“ wie Zölle, Importquoten, Mindestpreise und Exportsubventionen diskutiert.

Zum Stand der Verhandlungen, Verhandlungsmandat und -themen

In der Kritik steht vor allem die intransparente Verhandlungsführung. So dringt über den Stand der Gespräche zwischen EU-Kommissar de Gucht und dem US-Handelsbeauftragten Michael Froman kaum ein Zwischen-



⇒ Hilde Mattheis ist Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzende des Forums Demokratische Linke.

Foto: © SPD Parteivorstand

ergebnis nach außen. Über den Stand und Zeitplan der Verhandlungen kann somit nur spekuliert werden.

So gibt es Hinweise, dass die eigentlichen Verhandlungen zur Erarbeitung der rund 1000 Seiten des geplanten Freihandelsabkommens von bis zu 600 Lobbyisten hinter verschlossenen Türen geführt werden.

Wie das Ergebnis der Verhandlungen aussehen könnte, wird am Beispiel Energieversorgung deutlich. Eine engere Zusammenarbeit bei der Energieversorgung könnte nach Obamas Vorgabe folgendermaßen aussehen: Die Vergabe von Lizenzen für US-Unternehmen zur Lieferung von Flüssiggas nach Europa wird wesentlich einfacher, wenn dafür die EU der Aufforderung Obamas folgt und mit der Freigabe von Fracking „neue Energiequellen“ erschließt.

Dieses – zudem geopolitisch aufgeladene – Angebot ist kein gutes Zeichen und bestätigt das wachsende Misstrauen in die Verhandlungsführung, denn offensichtlich sollen bilaterale verhandelte Ergebnisse multilateral wirken.

Das hat sich bisher am deutlichsten an der Frage des Investitionsschutzes für Unternehmen gezeigt. Das TTIP würde der Wirtschaft

einen weitreichenden Investitionsschutz und eine Quasi-Gewinngarantie zusichern. Mit dem Drohinstrument der eigenen, überstaatlichen Schiedsgerichtsbarkeit könnten 3.300 EU-Unternehmen mit 24.000 Tochterunternehmen in den USA und umgekehrt 14.400 US-Unternehmen mit 50.800 Tochterunternehmen in der EU, ihre Interessen gegenüber dem jeweiligen Staat durchsetzen und damit letztendlich das politische System und die Demokratie aushebeln.

Die EU-Kommission hat aufgrund des öffentlichen Drucks – vor allem der Zivilgesellschaft – die Verhandlungen in dieser Teilfrage für drei Monate ausgesetzt, in denen die Öffentlichkeit in den Beratungsprozess mit einbezogen wird.

Aber auch der korrigierte Kommissionsvorschlag hält – trotz aller Kritik – grundsätzlich an einer Investor-Staat-Schiedsgerichts-Klausel fest. Die Klausel soll als Modell für künftige Handels- und Investitionsabkommen dienen, denn seit November 2013 verhandelt die EU auch mit China.

Daher kann die Kommission diese Klausel nicht preisgeben ohne ihr umfassendes Mandat in Frage zu stellen. Und somit ist völlig unwahrscheinlich, dass es ein Abkommen ohne spezielle Investitionsschutzvorschriften geben wird.

Regulierungsfragen und nichttarifäre Handelshemmnisse

„Das Abkommen soll für Beschäftigung und Wachstum sorgen, indem es (...) die Kompatibilität der Regulierungsmaßnahmen der EU und den USA verbessert“, so die EU-Kommission. „Im Regulierungsbereich versprechen die Handels- und Investitionsverhandlungen den größten Nutzen für die Wirtschaft.“

Damit stilisiert die Kommission die „Regulierungsfragen“ zu einer Wirtschaftswun-

Ware Mensch



Ware Mensch – Die Ökonomisierung der Welt

Herausgegeben von Heinz-Dieter Assmann, Frank Baasner und Jürgen Wertheimer

2014, 241 S., brosch., 30,- €

ISBN 978-3-8487-0383-8

(Wertewelten, Bd. 4)

www.nomos-shop.de/20735

Die Frage nach dem „Wert“ des Menschen hat sich im Laufe des vergangenen Jahrhunderts von der anthropologischen oder ethischen auf die ökonomische Ebene verlagert. Überlegungen nach Rentabilität, Preis-Leistungs-Verhältnis und Kosten-Nutzen-Faktor bestimmen weltweit das Denken. Der Band sucht nach Alternativen, ohne dabei die Wucht der Ökonomisierung der Welt zu negieren.



Nomos

derwaffe, die Wachstum generiert, die aber, wie Wunder eben sind, von der Realität weit entfernt ist.

Zudem bleibt sie trotz aller öffentlich zugänglichen Erklärungen die Antwort schuldig, wie diese „Kompatibilität der Regulierungsmaßnahmen“ in welchen Bereichen und mit welchem Tempo umgesetzt werden kann und welche Wachstumseffekte erreicht werden, die über homöopathische Dosen hinausgehen.

Die EU-Kommission erklärt ihr Vorhaben so: „Regulierungsvorschriften sind Gesetze, die die Menschen vor Gefahren für ihre Gesundheit, Sicherheit, die Umwelt und für ihre finanzielle Absicherung schützen. Die Europäische Union plant, mithilfe der TTIP nach vernünftigen Möglichkeiten zu suchen, um die gesetzlichen Regelungen der EU und der USA kompatibler zu gestalten und gleichzeitig den Schutz ihrer Bürger und Bürgerinnen zu sichern.“ (EU-Kommission, Die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft – Regulierungsaspekte, Informationspapier / September 2013)

Und da sich nicht alle Regulationsunterschiede auf einmal beseitigen lassen, streben die beiden Seiten Rahmegrundsätze für ein „**lebendes Abkommen**“ an, bei dem stufenweise nach vorab festgelegten Zielen und einem festen Zeitplan auf mehr Regelungskonvergenz hingearbeitet wird. Dadurch lassen sich bestehende Hindernisse beseitigen; gleichzeitig kann aber auch verhindert werden, dass künftig wieder neue Hindernisse errichtet werden.

Über die Brisanz dieses „**lebenden Abkommens**“ wird bisher in der Öffentlichkeit kaum diskutiert.

Die Einsetzung eines zeitlich unbegrenzten und permanenten Verhandlungsmandats, eines „Mechanismus zur Verbesserung des Di-

alogs und der Zusammenarbeit“ könnte dazu führen, dass jede künftige Gesetzesinitiative, die Einfluss auf den transatlantischen Handel haben kann, im Vorfeld zwischen den Verhandlungspartnern abgestimmt werden müsste.

Dieses würde den europäischen und amerikanischen Unternehmen ein weiteres reiches Lobbying ermöglichen, da sie auf beiden Verhandlungsseiten permanent einbezogen werden müssten. Damit würde das Primat der Politik im Gesetzgebungsprozess mit unabsehbaren Folgen für das Gemeinwohl in Frage gestellt. Das TTIP wäre somit ein Staatsstreich globaler Konzerne und ein riesengroßer Schritt zur Herrschaft der Wirtschaft über die demokratisch legitimierte Politik.

Das TTIP sieht vor, dass die Wirtschaft zukünftig in allen sie berührenden Gesetzgebungsverfahren von Anfang an gehört werden muss. Dadurch würde es beispielsweise die Tür zur Privatisierung öffentlicher Güter wie Wasser und öffentlicher Einrichtungen des Gesundheits- und Bildungswesens öffnen. Es würde die Einfuhr ungekennzeichneter, gentechnisch veränderter Lebensmittel ermöglichen oder zur Absenkung der sozialen und arbeitsrechtlichen Standards führen können.

Nach aktuellem Kenntnisstand wäre TTIP nach Ratifizierung für alle Unterzeichnerstaaten bindend und zeitlich unbegrenzt. Änderungen sind nur mit der Zustimmung aller Unterzeichnerstaaten möglich. Damit ist TTIP irreversibel und hat praktisch „Ewigkeitswert“.

Das Freihandelsabkommen TTIP scheint damit ein neoliberales Projekt zu sein, durch das Entscheidungen nicht transparent gefällt werden und demokratische Prozesse verhindert und insbesondere nicht für das Allgemeinwohl angelegt sind. Solange nicht alles geklärt ist und nicht alle Karten auf dem Tisch liegen, müssen die Verhandlungen zumindest gestoppt und das Mandat der Kommission überprüft werden. ■

Wider die wirtschaftliche Vernunft – Eurogegner auf Stimmenfang

von Björn Hacker

Eine europäische Allianz der Eurogegner mag ein Widerspruch in sich sein. Vor den Europawahlen wird das einende Band sichtbar, mit dem rechtspopulistische Parteien in der EU werben: nationale Währung und nationale Grenzen statt Euro und Freizügigkeit. Ob Geert Wilders, Marine Le Pen oder Nigel Farage – sie verbreiten Angst vor Überfremdung und Fremdbestimmung. Die Krise Europas unterstützt ihre Argumentation und trägt den angeblichen Heilsbringer nationaler Souveränität bis in die Mittelschichten.

Die Alternative für Deutschland (AfD) geht vor allem mit einer Abwicklung der Währungsintegration auf Stimmenfang. Deutschland brauche den Euro nicht; die Wiedereinführung der D-Mark dürfe nicht länger Tabu sein, fordert die deutsche Sektion der Populisten-Allianz.

Aber die Auflösung der Währungsunion, deren Architektur unvollständig und stellenweise dysfunktional ist, würde die Krisensituation verschlimmern. Allein die Diskussion über den Austritt aus der Eurozone würde verunsichern. Wer sich des künftigen Währungsregimes nicht sicher ist, wird sein Vermögen ins Ausland transferieren bzw. Investitionen unterlassen. Einem wahrscheinlichen „Bank Run“ könnte niemand Einhalt gebieten. Auch die von der AfD vorgeschlagene Parallelwährung überzeugt nicht: Warum sollten sich Unternehmer, Einkommens- und Sozialtransferempfänger mit Zahlungen in einer Währung mit halben Wert zufrieden geben, wenn der stabile Euro weiterexistiert? Für Deutschland wäre der Erfolg im Exportsektor durch die unvermeidliche Aufwertung der D-Markschnell



☞ Dr. Björn Hacker ist Referent für europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin und Mitglied der spw-Redaktion.

Foto: privat

dahin, ebenso wie das hohe Geldvermögen der Deutschen im Ausland. Hohe Arbeitslosigkeit und erhebliche Wirtschaftseinbußen wären die Folgen.

Angeblich sorgt sich die AfD um die unter der Austerität ächzenden Länder und will ihnen durch eine souveräne Geldpolitik helfen. Das ist verlogen, denn die empfohlene monetäre Abwertung in den Krisenstaaten hätte auf die Reallöhne den gleichen, nur verzögerten Effekt, wie die derzeit betriebenen Nominallohnkürzungen. Zudem ist die Kehrseite künstlich verbilligter Exporte eine Verteuerung der Importe – ein halsbrecherischer Rat für die importstarken Ökonomien in Südeuropa. Ihre Schulden würden nicht verschwinden, sie wären weiter in Euro notiert und könnten mit schwachen nationalen Währungen kaum bedient werden. Schuldenschnitte wären unvermeidbar, würden aber ein Kollabieren des Bankensystems und einen erneuten Vertrauensverlust auf den Märkten nach sich ziehen.

Interessant ist: Die Forderung nach einem Austritt aus dem Euro wird in den Krisenstaaten trotz aller berechtigter Unzufriedenheit mit dem Krisenmanagement kaum erhoben. Denn die scheinbar einfache Lösung würde die Situation noch verfahrenere machen. Bernd Lucke und seine europäischen Freunde ficht das nicht an. Ihre Eurogegnerschaft muss ökonomisch nicht fundiert sein, sondern nach einer knackigen Alternative zum politischen Establishment klingen. Darauf hereinzufallen würde sich bitter rächen. ■

Von Lissabon bis nach Athen – ein Marshall-Plan 2.0 für Wissenschaft und Forschung

von Ernst Dieter Rossmann

Die Hoffnung und das Versprechen waren groß – damals in Lissabon, als die Regierungschefs der Europäischen Union im Jahr 2000 die sogenannte Lissabon-Strategie verabschiedeten. Diese war noch einmal eine Zuspitzung der europäischen Fortschrittspolitik unter einem Kommissionspräsidenten Romano Prodi. Mit ihr wurde an die strukturelle Agenda seines Vorgängers Jaques Delors, der Inkarnation der sozialdemokratisch-sozialistischen Dominanz in Europa in den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts, angeknüpft. Danach sollten die Staaten der EU bis zum Jahr 2010 den größten wissenschaftsbasierten Wirtschaftsraum der Welt konstituieren. 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts sollten für Forschung und Entwicklung aufgewendet werden. Eine mitreißende Dynamik sollte es nicht nur bei der Forschung und Entwicklung im engeren Sinne geben, sondern auch bei deren Fundament, der Bildung, wie Wim Kok, der langjährige niederländische Gewerkschaftsführer und Ministerpräsident in seiner Zwischenevaluation des Lissabon-Prozesses im Jahr 2005 besonders herausstellen sollte.

Bei diesem Prozess sollten alle mitziehen können, traditionelle wie neue Mitglieder der EU, zentrale Staaten wie solche an der Peripherie des erweiterten EU-Raums. Ein ruinöses brain drain für die einen und billiges brain gain für die anderen sollte es dabei nicht geben. Und wo stehen wir jetzt, bald 15 Jahre nach der Geburtsstunde der Lissabon-Strategie?

Einzelne Staaten in Europa bzw. der EU haben das Ziel fast erreicht und sogar übertroffen. Beispielhaft sind skandinavische Staaten, aber auch die Schweiz und nicht zuletzt



☞ Dr. Ernst Dieter Rossmann, MdB ist Bildungs- und forschungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

Foto: privat

Deutschland zu nennen. Nur konnte dieses optimistische Versprechen von Lissabon eben absolut nicht durch alle eingelöst werden. Statt Aufbau von Bildung und Wissenschaft in ganz Europa verzeichnen wir teilweise dramatische Einbrüche, statt nachhaltiger Zukunftsinvestitionen für alle breiten sich mancherorts Investitionswüsten aus. Wie eine Ironie der europäischen Geschichte erscheint der Absturz Griechenlands, der europäischen Wiege für Philosophie und Wissenschaft. Der Anteil von Forschung und Entwicklung ist mit 0,6 Prozent dramatisch unterentwickelt und hat sich zwischen 2000 und 2010 nur minimal um 1,7 Prozent verbessert. Bei den Kürzungen im Hochschulbereich nimmt Griechenland mit -30 Prozent die absolute Spitzenposition ein. Professoren haben bis zu 50 Prozent ihres Einkommens verloren, Postdoktoranden müssen von kaum mehr als 1000 Euro im Monat leben. Für die Nachwuchswissenschaftler wird nur eine von fünf Stellen neu besetzt. 100.000 Bewerberinnen um Studienplätze treffen nach einer Kürzung des Studienangebots um 10 Prozent von 2012 auf 2013 auf noch 69.000 Plätze. Die Jugendarbeitslosigkeit insgesamt nimmt mit aktuell 60 Prozent den höchsten Wert in ganz Europa ein. Vom Studium im Ausland kehrten von 2009 bis 2011 nur 15 Prozent nach dem

Abschluss nach Griechenland zurück. Nach ernst zu nehmenden Schätzungen der Universität Thessaloniki haben über 100.000 wissenschaftlich gebildete Griechen das Land bereits verlassen. Wem die Zahl von 100.000 in ihrer ganzen Brutalität nicht anschaulich genug sein sollte, mag diese auf die Bevölkerung Deutschlands umrechnen. Unser Land hätte danach in kurzer Zeit einen Aderlass von 800.000 wissenschaftlich qualifizierten Menschen zu verarbeiten. Welche innere Depression dies auslösen würde, aber auch den Verlust an Zukunftspotential in Gesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft, kann sich jeder schnell ausmalen.

Die Spaltung in Europa in zukunftsreiche und zukunftsarme, in wirtschaftlich starke und wirtschaftlich schwache Länder wird damit sinnfällig. Es droht eine tiefreichende Negativspirale, die mit dem Lissabon-Prozess und der Verknüpfung von Bildungsressourcen und Forschungspotentialen im Sinne nachhaltiger Wertschöpfung gerade durchbrochen werden sollte. Das weitgehende Stillschweigen hierüber mag auch damit zu tun haben, dass die eingewanderten High Potentials in den Ländern mit großem Fachkräftebedarf hoch willkommen sind, zumal sogar die Ausbildungskosten von den verarmenden Verliererländern vorgeschossen worden sind. Die eingewanderten High Potentials werden ihrerseits den brain drain nicht thematisieren, weil sie reale Aufstiegschancen und auch entsprechende materielle Perspektiven realisieren können. Im Übrigen trägt auch der Wesenskern der Freizügigkeit innerhalb der EU dazu bei, dass brain drain und brain gain nicht als kollektives Drama der EU begriffen werden, obwohl sie es für einzelne betroffene Mitgliedsländer zweifellos sind. Umso dringlicher ist es, deren Auswirkungen endlich auf allen politischen Ebenen nachdrücklich und unvoreingenommen zu diskutieren.

Die Spaltung Europas im Wissenschafts- und Forschungsbereich ist sicherlich ein sper-

riges Wahlkampfthema. „I will redirect EU funds to science and training“, war immerhin die Ansage von Martin Schulz, dem EU-Parlamentspräsidenten und Spitzenkandidaten von der Party of the European Socialists, am 1. März in Rom. Tatsächlich müssten Martin Schulz und Jean Claude Juncker als Frontleute ihrer Parteifamilien hierüber noch viel mehr ins Streiten kommen, weil es so wichtig ist, dass es hier endlich den Wettbewerb um die besten Konzepte gegen brain drain und brain gain gibt. Zahmheit und oberflächlicher Konsens helfen in dieser Debatte nicht weiter.

Was der Marshall-Plan für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands nach dem Krieg ideell wie materiell war, könnte ein Revival in Form eines Delors-Plans 2.0 für Wissenschaft und Forschung in Süd- und Südosteuropa in der europäischen Gegenwart sein, benannt nach einem der großen Vordenker für Solidarität, Kohäsion und Entwicklung in Europa– einer Agenda, die an Dringlichkeit offensichtlich nichts verloren hat. Deutschland kann und sollte hierzu eine kräftige Stimme und sich nicht zu schade sein, eigene Akzente zu setzen, selbst wenn die Münze hier sehr klein ist. Aber diese kleine Münze gewinnt sicherlich um ein Vielfaches an Wert, wenn endlich die ehrliche Diskussion um die Wirklichkeit von brain drain und brain gain in Europa damit befördert wird. ■

EEG 2.0: Nachsteuern für Bürgerenergie!

von Klaus Mindrup

Die gefürchtete Vollbremsung des Ausbaus erneuerbarer Energie blieb aus. Jetzt steht das parlamentarische Verfahren für das Erneuerbare-Energien-Gesetz an und nach dem „Struck-schen Gesetz“ verlässt ein Gesetzentwurf den Bundestag nie so wie er hereingekommen ist.

Zu begrüßen ist, dass im Unterschied zu den vorherigen Gesetzentwürfen alte Anlagen, deren Effizienz erhöht wird (Repowering), nicht mit ihrer vollen Leistung dem Ausbau-Korridor zugerechnet werden. Dies hätte den Ausbau der Windenergie an Land gebremst.

Einen Automatismus hin zu verpflichtenden Ausschreibungen darf es nicht geben. Die geplanten Ausschreibungsmodelle müssen erst im Praxisversuch nachweisen, dass sie kostengünstiger und effizienter als das gegenwärtige Vergütungssystem sind. Bisher ist völlig unklar, wie diese Modelle aussehen sollen und wie man verhindert, dass ausschließlich kapitalstarke Großunternehmen von ihnen profitieren. Eine Evaluierung der geplanten Modellprojekte ist daher geboten.

Die Energiewende wird nur dann erfolgreich sein, wenn sie dezentral angelegt ist und auch vor Ort Akzeptanz findet. Bereits jetzt stammt rund die Hälfte des Ökostroms aus Anlagen kleinerer Investoren wie z.B. Bürgerenergiegenossenschaften, Bürgerwindenergiebetreiber oder einzelner Privatpersonen. Es ist zudem weder gerecht noch klimapolitisch nachvollziehbar, dass Mieterinnen und Mieter, die ortsnahe Strom aus einer Photovoltaikanlage beziehen und hierfür nicht einmal das öffentliche Netz nutzen, zu 100 Prozent mit der EEG-Umlage belastet werden. Die ortsnahe Direktvermarktung von Strom aus Erneuerbaren Energien im Dorf oder im Quartier sowie an Mieterinnen



☞ Klaus Mindrup ist SPD-Bundestagsabgeordneter und lebt in Berlin. Er ist u.a. Mitglied einer Energiegenossenschaft.

Foto: www.spd-berlin.de

und Mieter darf nicht blockiert werden. Lokale Strategien bieten zudem die Chance zur Schaffung integrierter Konzepte inklusive einer umweltfreundlichen und bezahlbaren Versorgung mit Wärme und der Bereitstellung von umweltfreundlicher Mobilität. Statt neuer Hürden für Bürgerenergie brauchen wir sie als Gegengewicht zu der zentralen Vermarktung mit der Gefahr der Herausbildung neuer, teurer Oligopole.

Aber dies allein greift zu kurz: Innerhalb der nächsten vier Jahre sollte die SPD gemeinsam mit einer Vielzahl weiterer gesellschaftlicher Akteure ein EEG 3.0 vorbereiten, das in ein Klimaschutzprogramm „Weg vom Öl“ eingebettet ist: Die Umstellung im Wärme- und Strombereich auf Erneuerbare sollte zukünftig synchron erfolgen. Bereits jetzt sollte die Politik einen gesetzlichen Rahmen für die Umwandlung von Stromüberschüssen in Wärme („power to heat“) auf den Weg bringen, um Ökostromüberschüsse sinnvoll zu nutzen und Windmühlen nicht bei Wind abzuschalten. Wirksame Anreize sind ebenso für den Ausbau der Elektromobilität nötig.

Damit Verbraucher und Anbieter ihren Beitrag zur Stabilität des Stromnetzes erbringen können, ist es sinnvoll, Erzeugung, Verbrauch, Speicherung und Transport von Strom und Wärme über moderne IT-Anwendungen zu steuern.

Nach der Stabilisierung der Energiewende geht es darum, sie in einem breiten gesellschaftlichen Bündnis fortzuschreiben – demokratischer, intelligenter und noch effizienter. ■

Debatte: Phantomdiskussion „kalte Progression“

von Heinz-J. Bontrup

Es gibt Stimmen, die behaupten, es sei ungerecht und leistungsfeindlich, dass bei einem linear-progressiven Steuertarif Bruttoeinkommenszuwächse in Höhe der Inflationsrate bei unteren und mittleren Einkommensbezieher (20.000 bis 50.000 Euro zu versteuerndem Einkommen p.a.) zu einer höheren Grenz- und Durchschnittsbesteuerung führen würden, obwohl die Kaufkraft des Steuerpflichtigen nicht gestiegen sei. Diese sogenannte „kalte Steuerprogression“ trifft aber nicht nur die unteren und mittleren Einkommensbezieher, sondern genauso die höheren Einkommen, die Gewinn-, Zins-, Miet- und Pacht empfänger. Sie alle haben – relativ gleich – real (preisbereinigt) durch Inflation weniger an Kaufkraft. Auch die Steuereinnahmen des Staates sind bei auftretender Inflation real weniger wert. Und was sollte erst die Millionen von Sparern sagen, die bei einem sogar negativen Realzins, also einem realen Vermögensverlust, ihre Nominalzinsen noch versteuern müssen. Nur die Schuldner freuen sich, sie müssen bei Inflation weniger von ihrer nominalen Schuld real zurückzahlen, wenn der Gläubiger die Inflationsrate im geforderten Nominalzins zu niedrig angesetzt bzw. antizipiert hat. Was lehrt uns das? In der Ökonomie gilt immer nur das Nominalwertprinzip. Ein Euro ist ein Euro. Die Banken und alle Unternehmen und auch der Staat bilanzieren nach diesem Prinzip. Und das ist auch richtig so! Warum sollten beispielsweise ansonsten Unternehmer nicht ihr Sachanlagevermögen, also ihren Kapitalstock, wie heute nur zu originären Anschaffungs- und Herstellungskosten bewerten dürfen und nicht zu erwarteten Wiederbeschaffungspreisen? Dies würden sie natürlich gerne machen, weil dadurch ihre reale zu versteuernde Gewinnbasis sinkt und sie dann weniger



⇨ Prof. Dr. Heinz-J. Bontrup ist Wirtschaftswissenschaftler an der Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen.

Foto: Fachhochschule Gelsenkirchen, Pressefoto

Steuern zahlen müssten. Würde der Staat bei den nominalen Steuereinnahmen, wie auch immer, jeweils einen Inflationsausgleich beim Auftreten einer sogenannten „kalten Progression“ herbeiführen – dies müsste er dann aus verfassungsrechtlichen Gründen bei allen Steuerpflichtigen machen – so wäre er in Kürze auf der Ausgabenseite so gut wie handlungsunfähig, was er übrigens heute aufgrund von massiven Steuersenkungen in der Vergangenheit, auch für untere und mittlere Einkommen, schon längst ist. Anstatt eine ökonomische Phantomdiskussion über eine „kalte Steuerprogression“ zu führen, sind vielmehr dringend zwei wirklich gebotene Maßnahmen überfällig:

Erstens dürfen die Arbeitsentgelte der abhängig Beschäftigten im Rahmen der Einkommensprimärverteilung, also vor Steuern und Abgaben zur Sozialversicherung, nicht nur in Höhe der Inflation steigen, sondern zusätzlich mit der Produktivitätsrate und einer Umverteilungskomponente zu Lasten der Gewinne aufgrund der realiter gegebenen völlig disproportionalen Verteilung der Vermögensbestände. Dafür sind in den Tarifverhandlungen die Gewerkschaften und Unternehmerverbände verantwortlich. Und da, wo die Tarifautonomie versagt, muss der Staat eingreifen und zumindest für eine Verteilungsneutralität sorgen. Geschieht dies nicht, steigen die Besitzeinkommen (Gewinne, Zinsen, Mieten und Pachten) weit überproportional. Legt die Inflation um 1,5 und die Produktivität um 2 Prozent zu, so

müsste, verteilungsneutral, das Einkommen der Beschäftigten nominal um 3,5 Prozent zunehmen, weil damit automatisch auch die Besitzeinkommen um 3,5 Prozent in der Gesamtwirtschaft steigen. Legen aber, wie bei der „kalten Progression“ als verteilungspolitische Bankrotterklärung unterstellt, die Arbeitsentgelte lediglich um 1,5 Prozent in Höhe der Inflationsrate zu, so erhalten die Beschäftigten real nichts mehr, dafür steigen aber im Ergebnis die Gewinne, Zinsen, Mieten und Pachten nominal um 3,5 Prozent und real um 2,0 Prozent. Dies ist dann wirklich ungerecht, weil ökonomisch betrachtet eine Umverteilung. Es kommt zu einer Erhöhung der Gewinnquote und zu einer Senkung der Lohnquote mit allen hinlänglich bekannten negativen gesamtwirtschaftlichen Folgen.

Zweitens muss das heutige Staatsausgabenniveau der öffentlichen Haushalte für Bildung, Verkehrsinfrastruktur, Ökologie, Energie, Soziales und nicht zuletzt zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit dauerhaft angehoben werden. Wenn dabei die herrschende Politik die 2009 verfassungsrechtlich eingeführte, ökonomisch aber kontraproduktive „Schuldenbremse“ nicht wieder abschafft, dann geht dies zur Finanzierung nur mit kräftigen Steuererhöhungen. Wer dabei die unteren Einkommen mit einem Grundfreibetrag von 9.100 Euro und einem Eingangsteuersatz von 14 Prozent entlasten will, muss wissen, dass eine linear-progressive Anhebung des Spitzensteuersatzes bis auf 50 Prozent, bei einem zu versteuernden Einkommen von 60.000 Euro (und einer zusätzlichen Reichensteuer von 53 Prozent ab 125.000 Euro), zu jährlichen Steuerausfällen in Höhe von fast 15 Milliarden Euro führen würde. Die Erhöhung des Grenzsteuersatzes und die Reichensteuer könnten so mit die gleichzeitig auftretenden Steuerausfälle im unteren und mittleren Einkommensbereich nicht kompensieren. Dies wäre erst durch die Abschaffung der Abgeltungssteuer bei den Kapitalerträgen bzw. durch eine

Wiedereinführung der Besteuerung im Rahmen der individuellen Einkommensteuer, einer Kappung des Ehegattensplitting sowie einer breiteren Einkommenssteuer-Bemessungsgrundlage möglich. Selbst eine wieder eingeführte Vermögensteuer und drastisch erhöhte Erbschaftsteuern als auch die Anhebung der Körperschaftsteuer von heute 15 auf 30 Prozent sowie ein wesentlich verbesserter Steuervollzug würden dabei allein nicht ausreichend sein, um die bestehende staatliche Investitionslücke endlich zu schließen bzw. das damit verbundene Staatsausgabenniveau zu finanzieren. Also Hände weg von Steuersenkungen. Und bitte auch nicht Ursache und Wirkung verwechseln. Die „kalte Progression“ entsteht nur, wenn zuvor in der Primärverteilung eine ungerechte Umverteilung zu den Besitzeinkünften (Gewinn, Zins, Miete und Pacht) stattgefunden hat. Ansonsten bleibt es bei einer gerechten nominalen linear-progressiven Besteuerung von Einkommen. Mit einer unerträglichen Ausnahme allerdings: Der Abgeltungssteuer auf Kapitalerträge. ■

Wandel der Arbeitsbeziehungen Renaissance des Korporatismus?

Einleitung zum Schwerpunkt

von Kai Burmeister, Dierk Hirschel, Michael Reschke, Sarah Ryglewski, und Holger Schoneville



Foto: www.fotolia.com, © IMAGINE, © stokkete

Der rationale Interessensausgleich zwischen Arbeit und Kapital ist hierzulande wieder schwer in Mode. Der deutsche Michel steht darauf, wenn Gewerkschaften, Arbeitgeber und Politik zum Wohle aller handeln. Die Erfahrungen mit der politischen Steuerung der schweren Finanzmarktkrise 2008 haben den öffentlichen Diskurs gedreht.

Vor der Krise galt der deutsche Korporatismus noch als ein Relikt der Vergangenheit. Seine Akteure – Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Nationalstaat – wurden wahlweise als Blockierer, Dinosaurier oder Monstren verunglimpft. Seine Institutionen – Kollektivverträge, Mitbestimmung, Betriebsräte – galten auch aus Sicht der Arbeit-

geberverbände als überholt. So wünschte sich der damalige BDI-Chef Rogowski Flächentarifverträge und Betriebsverfassungsgesetz „in ein großes Lagerfeuer zu werfen“ (Der Spiegel, 44/2003).

Nachdem Schröders letzter korporatistischer Großversuch – „Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit“ – im März 2003 scheiterte, war Konflikt statt Konsens angesagt. Die Politik der Agenda 2010 war aus Sicht ihrer Architekten der notwendige Befreiungsschlag, um die erstarrten Verhältnisse zum Tanzen zu bringen. Die Verbannung der Gewerkschaften aus dem politischen Machtzentrum wurde in Kauf genommen. Basta!

Das änderte sich erst in der großen Krise 2008. Während die Bankenkrise sich zu einer schweren Wirtschaftskrise ausweitete, verhinderte ein gemeinsamer Kraftakt von Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und Politik, dass Millionen Jobs vernichtet und damit ein Teil der ökonomischen Basis zerstört wurde. Mit Hilfe von milliardenschweren Konjunkturpaketen, Kurzarbeit und anderen Formen der Arbeitszeitverkürzung – Abbau von Arbeitszeitkonten – wurden Arbeitsplätze gerettet. Allein die kürzeren Arbeitszeiten sicherten mehr als 1,2 Millionen Jobs. Dieses so genannte „deutsche Beschäftigungswunder“ wird bis heute im Ausland bestaunt.

In Zusammenhang mit dieser erfolgreichen Antikrisenpolitik ist wiederholt von einem Comeback der Gewerkschaften und einer Renaissance des Korporatismus die Rede. Seit der großen Krise singt das politische Berlin ein Loblied auf die deutsche Sozialpartnerschaft. Selbst CDU und CSU, die noch Anfang dieses Jahrtausend das tarifrechtliche Günstigkeitsprinzip aufweichen und den Tarifvorrang zugunsten „betrieblicher Bündnisse für Arbeit“ abschaffen wollten, outen sich plötzlich als glühende Verfechter der Tarifautonomie.

Bereits unter der schwarz-gelben Regierung gehörten regelmäßige Spitzengespräche zwischen Politik, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften wieder zum guten Ton. Unter der neuen großen Koalition wird der Austausch der Großkollektive besonders gepflegt. Gerade der sozialdemokratische Teil der Koalition bemüht sich darum, seine politischen Ziele durch eine enge Kooperation mit Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden besser durchzusetzen. Das gilt für die Industriepolitik, genauso wie für die Energiewende oder die Arbeitsmarktpolitik. Doch wie tragfähig ist eine solche angestrebte Renaissance des Korporatismus? Taugt sie auch als neue Machtbasis sozial-

demokratischer Politik? Können die Gewerkschaften hoffen, wieder dabei zu sein?

Voraussetzungen eines funktionierenden Klassenkompromisses

Die hohe Kunst des rationalen Interessenausgleichs zwischen Arbeit und Kapital war noch nie voraussetzungslos. Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften müssen aus einem korporatistischen Arrangement einen Vorteil ziehen können. Ohne Nutzen gibt es keinen Anreiz für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Zudem müssen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände in der Lage sein, ihr eigenes Lager für eine gemeinsame Politik zu verpflichten. Sonst sind die von ihnen ausgehandelten politischen Kompromisse nicht tragfähig. Deren Belastbarkeit erweist sich nicht zuletzt ihrer Bereitschaft beider Seiten, politisches Kapital und ökonomische Ressourcen für die ausgehandelten Ziele und Maßnahmen zu mobilisieren. Dafür brauchen die Akteure ökonomische, soziale und politische Bedingungen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren die Voraussetzungen für einen erfolgreichen deutschen Korporatismus gegeben. Der rheinische Kapitalismus erlebte seine Blütezeit. Die ökonomische Basis des institutionalisierten Klassenkompromisses war eine diversifizierte Qualitätsproduktion. Arbeitgeber und Gewerkschaften profitierten von einem Bündnis für mehr Produktivität. Hohe Löhne und eine geringe Lohnspreizung gingen mit hohen Verkaufspreisen und moderaten Renditen einher. Hoch qualifizierte Belegschaften mit langer Betriebszugehörigkeit sorgten für inkrementelle Innovationen. Die Unternehmen brauchten und fanden geduldiges Kapital sowie langfristige Zulieferbeziehungen.

Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände hatten eine hohe Bindungswirkung.

Flächentarifverträge und betriebliche Mitbestimmung sicherten – nach schweren Auseinandersetzungen – den Klassenkompromiss institutionell ab. Die Kompromissbereitschaft des Arbeitgeberlagers war nicht zuletzt aufgrund seiner kompromittierenden Rolle im deutschen Faschismus und der Systemkonfrontation mit den realsozialistischen Staaten stärker ausgeprägt als früher.

Diese Organisationsform des Kapitalismus wandelte sich in den letzten 25 Jahren, die konfliktorientierten Teile des Arbeitgeberlagers gewannen an Einfluss. Nicht nur begünstigt vom Wegfall des Eisernen Vorhangs veränderte der Siegeszug des Finanzmarktkapitalismus die Unternehmenssteuerung und -finanzierung. Die Shareholder-Value-Orientierung führte zur Auflösung der Deutschland AG. Die Banker verließen die Aufsichtsräte der großen Industrieunternehmen. Das Kapital wurde ungeduldig und machte sein Verweilen zunehmend abhängig von der Realisierung kurzfristiger Renditeerwartungen.

Die produzierenden Unternehmen konzentrierten sich auf ihr Kerngeschäft. Die Quersubventionierung wenig rentabler Geschäftsbereiche war out. Outsourcing und Offshoring waren angesagt. Gleichzeitig setzten große Industriekonzerne ihre Zulieferer verstärkt unter Kosten- und Preisdruck.

Der Strukturwandel hin zur Dienstleistungsgesellschaft schwächte die institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen Arbeit und Kapital. Prekäre Arbeit in klein- und mittelständischen Unternehmen ist nur schlecht organisierbar. Die weißen Flecken in der Tarif- und Mitbestimmungslandschaft wurden immer größer.

Der ökonomische, soziale und politische Wandel verschärfte die Interessenskonflikte

im Arbeitgeberlager. Die Großunternehmen schlossen zunehmend Haustarifverträge. Der unternehmerische Mittelstand rebellierte gegen die Flächentarifverträge. Immer mehr Arbeitgeber verabschiedeten sich aus Tarifverträgen. Darauf reagierten die Arbeitgeberverbände. Nun stritten BDI, BDA, Gesamtmetall & Co für Öffnungsklauseln und ermöglichten die Mitgliedschaft ohne Tarifbindung.

Die Arbeitsbeziehungen wurden dezentralisiert und verbetriebligt. Die Tarifbindung sank. Die weitgehende Deindustrialisierung in Ostdeutschland trug zu weiteren „weißen Flecken“ bei. Ohnehin verstand das Arbeitgeberlager lange, den Aufbau korporatistischer Institutionen in Ostdeutschland zu bremsen und teils zu verhindern. Darüber hinaus bekämpften die Arbeitgeber jetzt auch die Mitbestimmung. Die Gründung von Betriebsräten wurde aktiv behindert. Gleichzeitig gerieten die Gewerkschaften aufgrund massiver Mitgliederverluste immer mehr in die Defensive. Am Ende des Tages hatte der Strukturwandel das Fundament des Nachkriegskorporatismus unterhöhlt.

Renaissance des Korporatismus?

Was hat sich nach der großen Krise 2008 verändert? Die Gewerkschaften sind heute mächtiger als vor der Krise. Ihre massiven Mitgliederverluste sind gestoppt, ihre Durchsetzungsfähigkeit hat sich verbessert. Seit 2010 steigen hierzulande wieder die Reallöhne. Die große Koalition will Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände stärker in politische Entscheidungsprozesse einbinden. Das Arbeitgeberlager ist hingegen weiter gespalten. Und die Erosion der Institutionen des Korporatismus ist noch nicht gestoppt. Dies wird besonders deutlich an der zurückgehenden Tarifbindung.

Die ökonomische Basis einer revitalisierten Sozialpartnerschaft ist weiterhin sehr

dünn. Sie umfasst zunächst nur den industriellen Kern der deutschen Volkswirtschaft, also rund sieben Millionen Beschäftigte. Doch selbst dort ist die Welt nicht in Ordnung. Zwar profitieren große Industrieunternehmen von Flächentarifverträgen und Mitbestimmung. Trotzdem dominiert auch im verarbeitenden Gewerbe weiterhin eine kurzfristige Renditeorientierung. Die alten Produktivitätsbündnisse bröckeln. Hinzu kommen Leiharbeit und zunehmend Werkverträge, die auf allen Qualifikationsebenen unsichere und befristete Beschäftigung wachsen lassen.

Folglich gibt es in der Automobil- und Chemieindustrie, ebenso wie im Maschinenbau immer mehr Abweichungen von Flächentarifverträgen: Immer weniger Beschäftigte unterliegen dem Tarifvertrag, mehr und mehr Beschäftigte arbeiten für Auftragsunternehmen auf den Werksgeländen großer Unternehmen. Die überwiegende Mehrheit der korporatistischen Arrangements in den Industriebranchen zielt auf eine Förderung der betrieblichen Wettbewerbsfähigkeit ab. Ein von beiden Seiten gelebter Klassenkompromiss sieht anders aus.

Große Bereiche des Dienstleistungssektors – mit Ausnahme von Großunternehmen wie Telekom, Lufthansa, Post – sind eine kollektivvertragliche und wirtschaftsdemokratische Wüste. Das ist nicht zuletzt die Folge schlechter Politik. Die politische Zerstörung der Ordnung des Arbeitsmarktes hat maßgeblich zum Wachstum schlecht entlohnter und prekärer Beschäftigung beigetragen. Doch damit nicht genug: Unzureichende öffentliche Investitionen und eine geringe Personal- und Sachmittelausstattung sind dafür verantwortlich, dass der Ausbaugesellschaftlich notwendiger Dienstleistungen häufig nur zu prekären Bedingungen erfolgt. Zwangsläufig sind viele dieser Dienstleistungsberufe unsicher, psychisch belastend und schlecht be-

zahlt. So wurde das System kollektiver Lohnfindung politisch beschädigt.

Aktuell möchte die große Koalition zur Stärkung der Tarifautonomie beitragen. Das von ihr eingebrachte „Tarifautonomiestärkungsgesetz“ schließt weitestgehend an den Koalitionsvertrag an. Mit einem gesetzlichen Mindestlohn und einer erleichterten Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen soll so vor allem niedrig entlohnten und prekären Arbeitsverhältnissen Einhalt geboten werden. Das Gesetz befindet sich am Anfang der Beratungen. Von hoher Relevanz für die Wirksamkeit des Gesetzesvorhabens wird sein, ob sich die im Entwurf des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales enthaltene Neuregelung der Voraussetzungen einer Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen durchsetzt. Bisher hatte ein Tarifvertrag mindestens 50 Prozent der Beschäftigten, in der ihm jeweils zuzurechnenden Branche und Region zu repräsentieren. Dieses Quorum war je nach Branche und Region schwer bis unmöglich zu erreichen. Nun soll das Vorliegen eines „öffentlichen Interesses“ das Quorum ersetzen, eine starre Prozenzhürde ist nicht mehr vorgesehen. Der Titel des Gesetzes weist bereits auf einen entscheidenden Unterschied zwischen dem Korporatismus der alten Bundesrepublik und den gegenwärtigen Initiativen hin: es treffen sich nicht potente Tarifpartner auf Seiten von Arbeit und Kapital, sondern der Staat interveniert in die Sphäre der Tarifautonomie, um das Tarifvertragssystem zu revitalisieren. Der gegenwärtig erprobte Aufbruch in einen erneuerten Korporatismus ist gleichzeitig auch Ausdruck seiner Krise.

Dies kann ein guter Anfang werden, wird aber allein nicht ausreichen, wenn man sich beispielhaft die Probleme des sozialen Dienstleistungsbereiches vor Augen führt. Ohne eine bessere finanzielle Ausstattung der öffentlichen und privaten Träger von

Kinderbetreuung, Jugendhilfe, Sozialarbeit, Altenpflege bleibt es schwierig, in diesen chronisch unterfinanzierten sozialen Dienstleistungsbereichen gute Arbeit durchzusetzen. Zudem brauchen wir Arbeitgeber und Wirtschaftsverbände, die aktiv für Flächentarifverträge, einen Qualitätswettbewerb und die Gründung von Betriebsräten eintreten. Davon sind wir jedoch meilenweit entfernt.

Ohne diese politischen Vorleistungen bleibt der Versuch einer Wiederauflage des „Bündnisses für Arbeit“ zum Scheitern verurteilt. Ein funktionierender Korporatismus ist kein einfaches politisches „Wünsch Dir was“. Aktuell fehlen hierfür wirtschaftliche, soziale und politische Voraussetzungen. Letztere können aber geschaffen werden. Eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt, der Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung und eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte haben positive Auswirkungen auf die Arbeitsbeziehungen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit in der Leiharbeit, eine Abschaffung der sachgrundlosen Befristung, eine von der Rechtsform unabhängige Unternehmensmitbestimmung und ein besonderer Kündigungsschutz für Beschäftigte, die einen Betriebsrat gründen wollen, wären konkrete politische Maßnahmen, um diese Ziele zu erreichen. Gleiches gilt für eine bessere finanzielle Ausstattung der Daseinsvorsorge.

Jenseits der Auseinandersetzung um den Rentenzugang und die Ausgestaltung des gesetzlichen Mindestlohns stellt sich die Frage an die sozialdemokratische Regierungsbeteiligung, ob eine Stärkung der Arbeit und deren Interessenvertretung erreicht werden kann.

Ein gespaltenes Arbeitgeberlager kann und will jedoch keine fairen und tragfähigen Kompromisse schmieden. BDI, BDA, Gesamt-

metall und DIHK müssen sich entscheiden, ob sie Tariffucht und die Verhinderung von Betriebsratsgründungen weiterhin tolerieren wollen, oder aktiv dagegen vorgehen. Hier kann die Schaffung politischer Fakten heilsamen Druck ausüben. Gleichzeitig müssen die Gewerkschaften ihren aktuell positiven Trend verstärken und ihre organisatorische Basis erweitern und vor allem auf weitere Berufsgruppen verbreitern. Der Konsens folgt dem Konflikt.

Keine Alternative stellt die Verengung des institutionalisierten Interessenausgleichs auf wettbewerbskorporatistische Vereinbarungen in der Industrie- und Energiepolitik dar. In diesem Fall säße die überwiegende Anzahl der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften nicht mit am Verhandlungstisch. Eine gesplante Arbeitnehmerschaft und Gewerkschaftsbewegung kann aber keine tragfähigen Kompromisse aushandeln.

Aus einer funktionierenden Sozialpartnerschaft müssen alle abhängig Beschäftigten einen Vorteil ziehen. Es geht also um gute Arbeit, sichere Rente und eine gute Daseinsvorsorge. Gute Klassenkompromisse schaffen sichere und gut bezahlte Beschäftigungsverhältnisse und senken die psychische und physische Belastung der Arbeitnehmer. Gute Klassenkompromisse sorgen dafür, dass die Beschäftigten eine armuts- und lebensstandardsichernde Rente bekommen. Gute Klassenkompromisse sorgen dafür, dass für gute öffentliche Bildung und Weiterbildung sowie eine gute medizinische Versorgung ausreichend Geld vorhanden ist.

Beiträge zum Schwerpunkt

Die Debatte um Korporatismus dreht sich stark um Institutionen und deren Verhältnis zueinander. Die Beschäftigten, deren Alltagsbewusstsein sowie deren Anforderungen an Gewerkschaftsstrategien führen in diesem

Kontext oft ein Schattendasein. Dieser Leerstelle nimmt sich *Ingo Matuschek* an, der die Debatte mit empirischen Untersuchungsergebnissen um eine wichtige Ressource gewerkschaftlichen Handelns bereichert.

Wolfgang Uellenberg – van Dawen nimmt einen kritischen Rückblick auf Kanzlerrunden und Arbeitsbündnisse vor, an denen der Gewerkschafter aktiv beteiligt war. Heute steht Sozialpartnerschaft nach Ansicht vieler öffentlicher Kommentatoren hoch im Kurs. *Hilmar Höhn* nimmt dies zum Anlass, um den Zustand der Sozialpartnerschaft genauer zu hinterfragen. Dabei macht der Autor bestehende Defizite deutlich und sieht die Sozialpartnerschaft quasi vor einem Scheideweg.

Michael Reschke und *Sabine Heinrich* gehen den Aktivitäten zur Stärkung der Sozialpartnerschaft und Tarifautonomie ostdeutscher Länder in den letzten Jahren nach. Diese Aktivitäten haben zum Ziel, Beiträge zu mehr Guter Arbeit, zur Fachkräftesicherung und zur Ablösung des bisher stark auf Lohnkostenvorteile verengten ökonomischen Modells der ostdeutschen Länder zu leisten.

Mit Blick auf Griechenland, Spanien und Portugal wird deutlich, wie sehr es sich bei der Diskussion um das Wiedererstarken der Gewerkschaften und der Sozialpartnerschaft um eine deutsche Sonderentwicklung handelt. *Thorsten Schulten* zeichnet in seinem Beitrag nach, wie die europäische Krisenpolitik Gewerkschaften und Tarifverträge schwächt. Diese Schwächung ist kein Zufallsprodukt, sondern eine ausdrückliche Zielstellung der Brüsseler Politik.

Ausblick

Mit diesem Heftschwerpunkt möchte spw einen Beitrag zur parteipolitischen und

gewerkschaftlichen Strategiedebatte beisteuern. spw geht es weder um die Glorifizierung des rheinischen Kapitalismus noch um die bloße Rückgewinnung alter korporatistischer Möglichkeiten, so schwer diese Aufgabe allein schon wäre. Gleichwohl wollen wir ausloten, auf welcher Basis Klassenkompromisse heute möglich erscheinen.

Die Dominanz maßloser Renditeforderungen steht guten Kompromissen entgegen. So muss eine fortschrittliche Perspektive die umfassende Demokratisierung der Wirtschaft in eine Strategie zivilisierter Arbeitsbeziehungen miteinbeziehen. Die Anforderungen an eine Politik für ein neues Normalarbeitsverhältnis mit den Aspekten materielle Sicherung, Arbeitszeiten, gesundheits- und entwicklungsförderliche Arbeitsgestaltung, Partizipation und Mitbestimmung wird spw in einem weiteren Schwerpunkt zum Jahreswechsel bearbeiten. ■

↳ Kai Burmeister ist Gewerkschaftssekretär und Mitglied der spw-Redaktion.

↳ Dierk Hirschel ist Gewerkschaftssekretär und wohnt in Berlin.

↳ Michael Reschke ist Politikwissenschaftler, Mitglied der spw-Redaktion und lebt und arbeitet in Potsdam.

↳ Sarah Ryglewski ist Mitglied der Bremischen Bürgerschaft und Mitglied der spw-Redaktion.

↳ Holger Schoneville ist Mitglied der spw-Redaktion und arbeitet an der Technischen Universität Dortmund.

Konformismus, Korporatismus und / oder Systemkritik – Perspektiven von Beschäftigten

von Ingo Matuschek

Bereits vor Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise galten Kontinuität hinsichtlich der den Gewerkschaften eigenen Werte (gründlegend die Trias Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Solidarität) bei Flexibilität der mittelfristigen wie tagesaktuellen Ziele und der zu wählenden Instrumente als geeignete Strategie, um gewerkschaftliche Arbeit unter den Bedingungen zunehmender Teilzeit- und Leiharbeit, prekären wie pluralisierten Arbeits- und Beschäftigungsverhältnissen und veränderter Tariflandschaft etc. auszurichten (vgl. Arlt et al. 2007). Zu jener Zeit wurde eine Defensivlage der Gewerkschaften konstatiert (für den Bereich der IGM vgl. Ehlscheid / Urban 2007), die sich zu einer veritablen Schwächung der industriellen Beziehungen insgesamt ausgeweitet hatte, weil auch auf Seiten der Arbeitgeber gleichlaufende Entwicklungen und institutionelle Veränderungen zu verzeichnen waren. Die Gewerkschaften hatten an Einfluss verloren (vgl. Lim 2003), was ihrer Zielsetzung auf mitgliederbezogene Interessenpolitik wie universellem arbeitspolitischem Anspruch zuwiderlief. Mit der Krise eröffnete sich die Gelegenheit, den eigenen Einfluss zu stärken – in einer tripartistisch angelegten Interventionspolitik, zu der Abwrackprämie wie Kurzarbeiterregelung gehörten, war gewerkschaftliche Zustimmung unverzichtbar und die Instrumente entsprachen den Vorstellungen von gesicherten Arbeitsplätzen und Einkommen (Eichhorst / Weishaupt 2013). Den Stammebelegschaften, insbesondere aber den prekär Beschäftigten wurde Einiges abverlangt. Erstere verzeichneten Lohn einbußen, Letztere wurden freigesetzt.¹ Der Krisen-Korporatismus wird dennoch als

Erfolg der Sozialpartner verbucht (Eichhorst / Weishaupt). Systemkritik am offenkundigen Versagen des Finanzmarktkapitalismus hatte darin allerdings keinen Platz (Urban 2013). Das ist zugleich der Kern der Auseinandersetzungen um eine Renaissance des Korporatismus und die Rolle der Gewerkschaften: wirkmächtige Alternative zum System oder Steigbügelhalter des Finanzmarktkapitalismus zu sein. In diesem Zusammenhang verspricht der Blick auf die Orientierungen der Beschäftigten empirische Einsichten in die von ihnen gestellten Anforderungen an die Gewerkschaftsarbeit im Spannungsfeld von Wertegebundenheit und Flexibilität. Im Folgenden werden dazu Daten aus einer Befragung vorgestellt, die Mitte 2010 bzw. im Frühjahr 2011 unter den Beschäftigten eines Automobilunternehmens durchgeführt wurde.² Dabei werden Einstellungen von Produktions- und Verwaltungsmitarbeitern präsentiert, die auf die Kriseninterventionen fokussieren, Perspektiven auf die Gesellschaft thematisieren und den Stellenwert der Gewerkschaften in diesen Handlungsfeldern verdeutlichen.

Zur Einschätzung der Kriseninterventionen

Generell besteht eine hohe Einsicht in die Notwendigkeit flexibler Arbeit – nur muss sie sich auszahlen und nicht die Substanz von Unternehmen und Beschäftigten gefährden. So stimmen bei allgemein hoher persönlicher Flexibilitätsbereitschaft 70 Prozent der Produktionsmitarbeiter und 80 Prozent der Verwaltungsmitarbeiter der Einschätzung zu, dass „jeder Betrieb ohne Flexibilität schnell am Ende wäre“; dass Flexibilität „ein Geben und Nehmen sein sollte“ (Produktion: 84 Prozent, Sachbearbeiter 92 Prozent) und dass „hohe Flexibilität auch

1 Was sich wie eine dem Universalitätsanspruch entgegenstehende Orientierung auf die Interessen der Mitglieder liest, war eher ein zähneknirschendes Zugeständnis - schon vor 2008 gab es Kampagnen zur Leiharbeit oder wurde prekäre Beschäftigung thematisiert. Allerdings bediente das Vorgehen zuvorderst die Erwartungen der Stammbeschäftigten - und beförderte Momente einer „exklusiven Solidarität“ (vgl. Dörre et al. 2013).

2 Zum Sample vgl. Dörre et al. (2013).

Tabelle 1: (Betriebliche) Akteure der Krisenbewältigung

Block: Krisenhandeln	Produktion			Verwaltung		
	Mw	% Zust.	% Able	Mw	% Zust.	% Able
Alle Beteiligten habe auf jeder Ebene gut zusammengearbeitet und größten Schaden abgewendet	2,64	49	21	2,42	59	14
Betriebsrat hat alles unternommen, um Arbeitsplätze zu erhalten	2,02	73	6	1,94	79	4
Management hat das Werk sicher durch die Krise geführt	2,29	61	8	2,09	73	4
Vertrauensleute wussten viel eher als alle anderen Bescheid	2,79	40	24	2,93	33	26
Betriebsrat hat eigentlich allem zugestimmt und sich so über den Tisch ziehen lassen	3,07	28	37	3,74	12	66
Zusammenarbeit von Betriebsrat und IG Metall hat in der Krise sehr geholfen	2,55	49	14	2,40	60	12

Ausgewiesen ist der Mittelwert auf einer 5-stufigen Skala (von stimme voll und ganz zu – stimme eher zu – teils-teils – stimme weniger zu – stimme gar nicht zu) sowie die gerundeten Prozentsätze der addierten Zustimmung bzw. Ablehnung. Die Differenz zu 100 Prozent in jeder Statusgruppe ergibt jeweils den Wert für die Antwortkategorie teils-teils.

eine bessere Bezahlung“ nach sich ziehen sollte (88 Prozent bzw. 74 Prozent bei jeweils 4 Prozent Ablehnung der Aussage). Allerdings wird von jeweils etwa drei Vierteln beklagt, dass schon vor der Krise bis zur Belastungsgrenze gearbeitet wurde. Vor diesem Hintergrund akzeptieren die Beschäftigten Maßnahmen der Krisenintervention und nehmen dabei den Anteil der beteiligten Akteure differenziert wahr (**vgl. Tab. 1**):

Dass auf jeder Ebene des betrieblichen Entscheidungsprozesses gut gearbeitet wurde, konstatiert fast die Hälfte der Produktionsmitarbeiter, weitere 30 Prozent stimmen teilweise zu. Auch von den Sachbearbeitern zeigen sich nur 14 Prozent ablehnend. Der lokale Betriebsrat wird in seinem Bemühen, Arbeitsplätze zu erhalten, überwiegend gut benotet und selbst dem Management wird mehrheitlich bescheinigt, sicher durch die Krise geführt zu haben – wenn auch von den Produktionsmitarbeitern deutlich zurückhaltender. In der Wahrnehmung des Wissensvorsprungs der Vertrauensleute steckt eine deutliche Kritik

an der (betrieblichen) Informationspolitik der Gewerkschaft. Und die Fundamentalkritik des „sich über den Tisch ziehen lassen“ wird von 28 Prozent der Produktionsbeschäftigten geteilt (teils-teils von weiteren 35 Prozent) bzw. wenigen 12 Prozent (plus teils-teils 22 Prozent) der Verwaltung. Dennoch wird von der Hälfte der Produktionsmitarbeiter und von drei Fünfteln der Verwaltungsmitarbeiter bilanziert, dass die Zusammenarbeit von IG Metall und Gewerkschaft in der Krise sehr geholfen hat.

Mit dem Krisenhandeln von Gewerkschaft und Betriebsrat zeigen sich die Befragten überwiegend zufrieden. Begutachtet werden dabei das konkrete Ergebnis (z.B. der sichere Arbeitsplatz für die Stammbesellschaft) sowie die Prozesse der Krisenintervention und das Handeln der Akteure selbst. Dabei changiert das Urteil zwischen der Anerkennung der Risikoabwehr und dem Wunsch nach einem offensiveren Auftreten mit mutmaßlichem Gestaltungspotenzial. Das verweist auf eine Lücke zwischen den bewertbaren Einsichten in Ergebnisse des Han-

delns und den Umständen des Handelns der Interessenvertreter selbst. Daran – und weniger am korporatistischen Handeln selbst – entzündet sich die geäußerte Kritik. Krisenkorporatismus braucht demzufolge prozessbezogen offene (betriebliche wie politische) Arenen.

Zur Gesellschaftsperspektive und zur Bedeutung von Gewerkschaften

Die Einstellung zum Korporatismus dürfte u.a. auf dem allgemeinen Gesellschaftsbild der Befragten gründen (vgl. Tab. 2):

chungen im Konstrukt Sachbearbeiter: 36 Prozent) „Wettbewerbskorporatisten“ 27 Prozent (Sachbearbeiter: 20 Prozent), „Wettbewerbsindividualisten“ 25 Prozent (Sachbearbeiter: 22 Prozent) und „Systemkritiker“ 18 Prozent (Sachbearbeiter: 26 Prozent) u.a. differente Gesellschaftskritiken, unterschiedliche Lösungsansätze sowie verschiedene Solidaritätsnormen aus und stehen Gewerkschaften unterschiedlich nah. Bereits die oben abgebildeten Grunddaten zeigen: Die Beschäftigten hegen kein großes Vertrauen in den Bestand der heutigen Wirtschaftsweise. Nur ein gutes Zehntel der

Tabelle 2: Statement zu Gesellschaft und Wirtschaftsentwicklung:

Gesellschaft & Wirtschaft	Produktion			Sachbearbeiter/Verwaltung		
	Mw	% Zust.	% Able	Mw	% Zust.	% Able
Heutige Wirtschaftsweise auf Dauer nicht überlebensfähig	2,40	54	12	2,78	44	26
Interessen der Arbeitnehmer immer weniger berücksichtigt	2,02	72	6	2,38	60	10
Arbeitnehmer geraten in der internationalen Standortkonkurrenz immer mehr unter Druck	1,83	83	2	1,92	83	1
Wohlstand kann nur erhalten werden, wenn Deutschland einer der besten Wirtschaftsstandorte ist	2,07	72	6	1,79	88	1
Gesellschaftlicher Wohlstand könnte viel gerechter verteilt werden	1,91	74	4	2,28	62	10
Kritik am kapitalistischen System nicht zielführend – die Spielregeln sind nun mal zu akzeptieren	2,88	38	28	3,11	29	36

vgl. Legende Tab. 1

Anhand der aufgeführten und weiterer Kriterien³ lassen sich die Beschäftigten in vier Gruppen wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Kritik ausdifferenzieren: Demzufolge bilden „Affirmative“ 30 Prozent (bei Abwei-

Produktionsmitarbeiter blickt diesbezüglich positiv in die Zukunft, unter den Sachbearbeitern ist es ein Viertel. Eindeutig ist auch das Gespür dafür, dass die Interessen der Arbeitnehmer immer weniger berücksichtigt werden: Für neun Zehntel ist dies die gängige oder gelegentliche Erfahrung. Dafür wird zu einem guten Teil die internationale Standortkonkurrenz

³ Vgl. genauer Holst/ Matuschek 2013; Dörre et al. 2013. Die Vielfalt macht deutlich, welchen Spagat Interessensvertretung nicht nur im Zuge des Korporatismus bewältigen muss.

verantwortlich gemacht. Nahezu alle sehen sich dadurch zumindest teilweise unter wachsenden Druck gestellt. Gleichzeitig gilt: Den Wohlstand nur durch eine Spitzenstellung des Wirtschaftsstandortes sichern zu können, ist den in der Produktion beschäftigten Befragten ebenso klares Wissen wie den Sachbearbeitern, die sich darin noch sicherer sind. Fast drei Viertel der Produktionsmitarbeiter sind eher oder voll und ganz der Ansicht, dass Wohlstand in Deutschland gerechter verteilt werden könnte, hinzu kommen 22 Prozent, die das teilweise als gegeben ansehen. Sachbearbeiter stimmen dem Statement weniger deutlich zu, aber nur ein Zehntel lehnt die Aussage rundum ab. Dass Kritik am kapitalistischen System wenig zielführend sei, da die Spielregeln zu akzeptieren sind, ist als Aussage umstritten und wird von den Sachbearbeitern noch kritischer gesehen als von den Produktionsmitarbeitern.

Es finden sich verbreitete Befürchtungen um die Folgen eines forcierten Wettbewerbs, der

Arbeitnehmer in Standortkonkurrenzen drückt und sie zugleich zwingt, daran teilzunehmen, um den erreichten Wohlstand zu halten. Dabei ist die Ahnung virulent, dass sich das System so schnell nicht verabschieden wird und grundlegende Kritik wenig bewirke. Das zeugt von politischer Lähmung –allerdings wird die Sinnhaftigkeit von Systemkritik von rund einem Viertel bzw. einem Drittel der Befragten betont, worin mögliche Mobilisierungspotenziale schlummern. Immerhin werden –so konkrete wie gleichzeitig grundsätzliche –Probleme der Verteilungsgerechtigkeit von vielen kritisch bilanziert. Im Hinblick auf korporatistische Politik spricht dies dafür, sowohl interessengeleitete Politik abzusichern als auch systemkritische Perspektiven zu thematisieren, oder kurz: das Eine zu tun, ohne das andere zu lassen.

Der Erfolg dürfte auch durch die Bedeutung moderiert werden, die die Beschäftigten den Gewerkschaften zuweisen und wie sie ihr Handeln bewerten (**vgl. Tab. 3**):

Tabelle 3: Blick auf Gewerkschaft

Block: Gewerkschaften	Produktion			Sachbearbeiter/Verwaltung		
	Mw	% Zust.	% Able	Mw	% Zust.	% Able
Die Gewerkschaften halte ich für eine wichtige gesellschaftliche Einrichtung	2,03	72	5	1,82	83	2
Die Gewerkschaften sind eine notwendige Gegenmacht gegenüber Kapital- / Finanzmarktinteressen	2,05	72	6	1,93	79	4
Gewerkschaften haben zu wenig Einblick in betriebliche Probleme	2,89	34	28	3,36	18	49
Die IG Metall handelt vorausschauend	2,50	49	10	2,50	51	9
Die IG Metall repräsentiert Belegschaft	2,55	49	12	2,68	45	16
IG Metall und Betriebsrat gehen bei uns im Werk Hand in Hand	2,32	60	8	1,99	81	2
Es sind schon die richtigen Leute, die die Interessen der Beschäftigten vertreten	2,77	36	17	2,72	40	15

vgl. die Legende der Tab. 1.

Gewerkschaften sind in der Perspektive fast aller Befragten eine (partiell) wichtige gesellschaftliche Einrichtung und notwendige Gegenmacht gegenüber Kapital- und Finanzmarktinteressen. Ihr Einblick in betriebliche Probleme wird dagegen ambivalent beurteilt. Die Mitarbeiter in der Verwaltung sind weniger skeptisch als die Produktionsmitarbeiter. Konstatiert wird allgemein, dass die IG Metall vorausschauend handelt; nur jeweils rund 10 Prozent vertreten die gegenteilige Meinung. Ähnlich urteilen Produktionsmitarbeiter auch im Hinblick auf die Repräsentation der Belegschaft durch die IG Metall, während das Urteil bei den Sachbearbeitern verhaltener und ambivalenter ausfällt. Der Zusammenarbeit von Gewerkschaft und Betriebsrat werden gute Noten bescheinigt. Sachbearbeiter urteilen hier noch deutlich positiver als die Beschäftigten in der Produktion. Durch die richtigen Leute vertreten sieht sich eine jeweils große Gruppe, eine je noch etwas größere sieht das in Teilen gegeben. Das dürfte nicht zuletzt an der im Betrieb sichtbaren engen Kooperation zwischen Betriebsrat und IG Metall liegen. Insgesamt werden Gewerkschaften als bedeutende gesellschaftliche Vertreterinnen der Interessen der Arbeitenden in Zeiten finanzkapitalistisch dominierter Gesellschaften wahrgenommen, deren (lokaler) Auftritt im Wesentlichen in der Regel mehr als befriedigend ist.

Die Präferenzen für unmittelbare Strategien der Arbeitsplatz- und Einkommenssicherung wie die mittelbaren Orientierungen auf grundlegende Alternativen erzeugen ein (altbekanntes) korporatistisches Dilemma. Dabei ist im Kern keiner Position ihre Berechtigung abzusprechen. Gewerkschaftsarbeit muss damit als zwischen diesen Positionen vermittelnd konzipiert sein, was eine Integrationsleistung eigener Art darstellt. Zwischen möglicher Funktionalisierung organisierter Interessen im Korporatismus und dem systemoppositionellen Aufzeigen alternativer Wege dürfte eine ganze Bandbreite

sich überschneidender Vorstellungen liegen. Letztendlich wägen auch Affirmative, Wettbewerbskorporatisten und -individualisten wie Systemkritiker diesen Spagat in einer offensichtlichen Kontinuität gewerkschaftlicher Werte tagtäglich angesichts ihrer konkreten Bedingungen ab und entwickeln daran zwischen Konformismus, Korporatismus und Systemkritik ihre individuellen –je weder kritiklosen noch realitätsfernen –situativen Strategien wie ihre Erwartungen an das gewerkschaftliche Handeln. ■

Literatur

- Art, H.-J./ Schneider, W./ West, K.-W. (2007): Interessenpolitik und Werteorientierung- Perspektiven der Gewerkschaftsarbeit. In WSI-Mitteilungen 7/2007, S. 394- 398.
- Dörre, K./ Happ, A./ Matuschek, I. (Hg.) (2013): Das Gesellschaftsbild der LohnarbeiterInnen. Soziologische Untersuchungen in ost- und westdeutschen Industriebetrieben. Hamburg:VSA.
- Ehlscheid, Ch./ Urban, H.-J. (2007): Ein Schritt auf dem Weg aus der Defensive? WSI-Mitteilungen 7/2007, 398-403.
- Eichhorst, W./ Weishaupt, T. (2013): Mit Neo-Korporatismus durch die Krise? Die Rolle des Sozialen Dialogs in Deutschland, Österreich und der Schweiz. In: Zeitschrift für Sozialreform, 59 (3), S. 313-33.
- Holst, H./ Matuschek, I. (2013): Krise, Kritik und blockierte Allianzen - pragmatische Alltagstheorien zu Arbeit und Gesellschaft. In: Nickel, Hildegard M./ Heilmann, Andreas (Hg.): Krise, Kritik, Allianzen. Arbeits- und geschlechtersoziologische Perspektiven. Weinheim: Beltz, S. 152 - 169.
- Lim, W. (2003): Zur Transformation der industriellen Beziehungen in den europäischen Wohlfahrtsstaaten. Von der sozialgerechten Produktivitätspolitik zur wettbewerbs-orientierten Ungleichheit. Studien der Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG) Nr. 19, Institut für Politikwissenschaft der Philipps-Universität Marburg.
- Urban, H.-J. (2013): Der Tiger und seine Dompteure. Wohlfahrtsstaat und Gewerkschaften im Gegenwartskapitalismus. Hamburg:VSA.

☞ Dr. Ingo Matuschek ist Lehrbeauftragter am Institut für Soziologie der Universität Jena.

Gescheiterter Korporatismus

Ein kritischer Rückblick auf Kanzlerrunden und Arbeitsbündnisse

von Wolfgang Uellenberg - van Dawen

Das Ende des Korporatismus, wie wir ihn kannten: Die Agenda 2010

Am 14. März 2003 verkündete Gerhard Schröder im Deutschen Bundestag die Agenda 2010. Obwohl von der Arbeitsmarkt- über die Sozial-, die Tarif- bis hin zur Bildungs- und Innovationspolitik viele Bereiche angesprochen wurden, konzentrierte sich die öffentliche Aufmerksamkeit vor allem auf die Aussagen zur Arbeitsmarkt-, Sozialstaats- und Tarifpolitik. Die Deregulierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, die Senkung der Lohnnebenkosten für die Arbeitgeber und eine stärkere Belastung von Beitragszahlern und Leistungsempfängern sowie die Ankündigung des Kanzlers, dass der Gesetzgeber auch in die Tarifautonomie gesetzlich eingreifen würde, wurden in der Öffentlichkeit als Reformsignal, im DGB und seinen Gewerkschaften überwiegend als Kampfansage verstanden. Dabei waren es anfangs weniger die Aussagen zur Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, die in den Gewerkschaften auf deutlichen Widerspruch stießen, als die drohenden Eingriffe in die Tarifautonomie. Denn damit verstieß Schröder gegen die Geschäftsgrundlage der Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Bundesregierung, in welchen Formen sie auch immer stattgefunden hatte. Man konnte über Reformvorhaben unterschiedlicher Meinung sein, die Tarifautonomie war in jedem Fall zu respektieren.

In den Folgemonaten konzentrierten sich die Gewerkschaften darauf, auf Konferenzen, Demonstrationen und Interventionen bei der SPD-Bundestagsfraktion und den SPD-geführten Ländern, einen solchen Eingriff zu verhindern.

Mit Ausnahme der Tarifautonomie, die von den Gewerkschaften und ihren Bündnispart-

nern in der SPD am Ende erfolgreich verteidigt werden konnte, folgte die Agenda 2010¹ im Wesentlichen dem neoliberalen Drehbuch einer „erfolgreichen Beschäftigungspolitik“ wie sie die OECD in ihrer Job-Strategie 1994 angemahnt hatte. Lockerung des Kündigungsschutzes und Entsicherung der Arbeitsverhältnisse, Kürzung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung, Beitragssenkungen und Leistungskürzungen in der Arbeitsmarktpolitik. Im Fortgang der Agenda-Politik sollte es noch gravierende Veränderungen geben. Die große Koalition verschärfte die Agenda mit der Rente ab 67, auch wenn sie in der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes und in ersten Branchenmindestlöhnen erste Korrekturen vornahm. Die schwarz-gelbe Koalition beschloss dann noch einmal gravierende Einschnitte zu Lasten der Arbeitslosen. Aber die Agenda-Politik Schröders markierte im Wesentlichen das Ende der dreiseitigen Kooperation zwischen Arbeitgebern, Gewerkschaften und Bundesregierung seit der konzertierten Aktion.

Klassischer Korporatismus: Konzertierte Aktion und Kanzlerrunden

In der ersten Krise der deutschen Nachkriegswirtschaft hatte Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller mit der Konzertierten Aktion den Versuch unternommen, alle für die Wirtschafts-, Finanz-, Währungs-, Arbeitsmarkt-, Sozial-, und Tarifpolitik wichtigen Akteure zu gemeinsamem Handeln zu bewegen. Mit der schnellen Überwindung der Krise schien diese Politik erfolgreich zu sein. Die spontanen Streiks im Herbst 1969 zeigten vor allem den

¹ Die beste Übersicht über die Entstehung, den Verlauf und das Scheitern des Bündnisses für Arbeit hat der frühere Wirtschaftskorrespondent der FAZ in Berlin, Niko Fickinger erarbeitet. Erfolg oder Scheitern des Bündnisses misst er an den Notwendigkeiten neoliberaler Politik. Niko Fickinger: Der verschenkte Konsens. Das Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit 1998 – 2002, Wiesbaden 2005

Gewerkschaften schnell, dass sich Lohnleitlinien und eine abgestimmte maßvolle Tarifpolitik angesichts hoher Erwartungshaltungen kampfstarker Belegschaften nicht durchhalten lassen. Seitdem fürchteten die Gewerkschaften in solchen Kooperationsrunden auf Lohnleitlinien festgelegt zu werden und unterstrichen die unabdingbare Geltung der Tarifautonomie. Noch während die Gespräche der Konzertierten Aktion liefen, streikte die ÖTV für ein zweistelliges Tarifiergebnis von 11 Prozent mehr Lohn. Ihr folgte 1975 die IG Metall mit der Forderung nach 12 Prozent mehr Lohn.

Schon vor dem Scheitern der Konzertierten Aktion, die die Gewerkschaften auf Grund der Klage der Arbeitgeber gegen das Mitbestimmungsgesetz 1976 formell verließen, hatte Bundeskanzler Helmut Schmidt in streng vertraulichen Gesprächen im Kanzlerbungalow die Regierungspolitik mit Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden abzustimmen versucht. Vor allem im Umfeld der ersten Schritte zu einer gemeinsamen Währungsunion – einer abgestimmten Wechselkurspolitik – im Jahre 1978 fanden diese Treffen mehrmals statt, ebenso in den folgenden Jahren zu Themen der Energie- und Wachstumspolitik². Gegen Ende der Kanzlerschaft Schmidts und mit Beginn der Kürzungspolitik nahmen die Konflikte zwischen Bundesregierung und Gewerkschaften zu. Kamingespräche fanden nicht mehr statt.

Die Regierung Kohl war an einer Kooperation mit den Gewerkschaften nicht interessiert und suchte den Konflikt durch ihre Absage an die Wochenarbeitszeitverkürzung sowie den Großkonflikt um die Verschärfung des § 145 AfG, um eine Unterstützung kalt Ausgesperrter aus der Arbeitslosenversicherung zu verhindern und die Streikfähigkeit der IG Metall zu brechen. Ein Kanzlergespräch zur Ausbildung vor der Bun-

destagswahl 1983 hatte Wahlkampfcharakter, ein zweites 1987 zur Stahlindustrie betraf eine Krisenbranche.

Die deutsche Einheit und der für fast alle westdeutschen Akteure völlig unerwartete Zusammenbruch der Wirtschaft der DDR schuf eine nationale Notsituation, in der die Regierung Kohl schnell begriff, dass sie ohne oder gegen die Gewerkschaften die sozialen Folgen der Einheit nicht bewältigen konnte. Sie begann eine lösungsorientierte und auch für die Gewerkschaften konstruktive Serie von Gesprächen, auf denen Weichen für die zusammenbrechende ostdeutsche Wirtschaft gestellt wurden: Ausbau der Infrastruktur, die mit großem finanziellen Aufwand verbundene Rettung industrieller Kerne durch die Treuhandanstalt und vor allem großzügige Abfindungs- und Vorruhestandsregelungen sowie umfangreiche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für die Beschäftigten der ostdeutschen Unternehmen verhinderten den vollständigen Zusammenbruch des Arbeitsmarktes. Die Gewerkschaften blockierten jeden Versuch aus dem Arbeitgeberlager, die Tarifautonomie in den neuen Ländern außer Kraft zu setzen, auch wenn sie eine schnelle Erosion der Tarifbindung hinnehmen mussten. In den Folgejahren standen die Gespräche im Zeichen der Wirtschafts- und Währungsunion, auf deren soziale Ausgestaltung die Gewerkschaften großen Wert legten. Vor allem die Mitbestimmung in den europäischen Unternehmen durch die Eurobetriebsräte sowie die Mitbestimmung in der Europäischen Aktiengesellschaft, die dann von der Schröder Regierung in der europäischen Gesetzgebung verankert werden konnte, erleichterte ihnen die Zustimmung zu einer gemeinsamen Wirtschafts- und Währungspolitik in Europa.

Zu einem Bündnis für Arbeit mutierten die Kanzlerrunden 1995 in Folge des Vorschlages von Klaus Zwickel, der in Verhandlungen der Tarifparteien wie durch Gespräche mit der Bundesregierung eine kontrollierte Einführung eines speziellen Niedriglohnssektors als Gegenleistung

² Durch den Zugang zum DGB Archiv sowie der Auswertung von Pressemeldungen konnte Anita Schmidt in ihrer Magisterarbeit im Fach Politikwissenschaft an der Universität Köln eine Chronologie der Kanzlerrunden unter Schmidt und Kohl bis 1996 nachzeichnen: Anita Schmidt, Stiefkind der deutschen Korporatismusforschung? Eine Chronologie der Kanzlerrunden, unveröffentlichtes Manuskript Köln 2002

für die Beschäftigung Langzeitarbeitsloser schaffen wollte. In diesem ersten Bündnis verständigten sich die Teilnehmer im Wesentlichen auf eine Agenda von Investitionen und Innovationen. Im Mittelpunkt stand aber die Grenze von 40 Prozent für die Lohnnebenkosten. Die Arbeitgeber sahen darin einen Einstieg in Leistungskürzungen, die Gewerkschaften in eine stärkere Steuerfinanzierung gesellschaftlicher Aufgaben der Sozialversicherung. Im Februar 1996 konnte dann in diesem Rahmen und nach längeren Auseinandersetzungen ein tragfähiger Kompromiss zur Ablösung des Vorruhestandes und zur Einführung der staatlich geförderten Altersteilzeit mit großzügigen Übergangsregelungen erzielt werden. Er schuf die Basis für tarifliche Altersteilzeitmodelle bis in die Gegenwart. Das erste Bündnis hielt jedoch nur wenige Monate: mit der von den Fraktionen von Union und FDP gegen den Willen Kohls erzwungenen Absenkung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall sowie der Lockerung des Kündigungsschutzes war der Konsens gebrochen. Die Gewerkschaften starteten ihre Kampagne für Arbeit und soziale Gerechtigkeit, die zur Abwahl der Regierung Kohl beitrug.

Brüchiger Konsens: Das Bündnis für Arbeit

Im Wahlkampf 1998 sowie in den folgenden Monaten verfolgten die Gewerkschaften eine zweigleisige Strategie: Auf der einen Seite übten sie Druck auf die SPD aus, die Einschnitte bei Kündigungsschutz und Lohnfortzahlung zurückzunehmen sowie in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik geringfügige Beschäftigung und Scheinselbstständigkeit zu bekämpfen. Auf der anderen Seite sahen sie in einem Bündnis für Arbeit die beste Möglichkeit, ihren Einfluss auf eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung, sei es in Kooperation mit der Union oder mit den Grünen zu stärken. Zudem benötigten sie eine Flankierung der über Tarifverträge und Altersteilzeitmodelle zu vereinbarenden Rente ab 60 sowie Moderation und Fördermittel für branchenspezifische Investitionen und Innovationen zur Modernisierung der Industrie. Zudem wollten sie den Kanzler dahingehend beeinflus-

sen, die im Schröder-Blair-Papier formulierten neoliberalen Politikansätze des dritten Weges nicht weiter zu verfolgen. Die Arbeitgeberverbände, die mit ihrer Unterstützung von FDP und Union auf das falsche Pferd gesetzt hatten, sprachen sich für ein Bündnis aus, das ihnen wieder einen Zugang zu den Entscheidungszentren der neuen Regierung ermöglichen sollte. Im Kern, so der damalige Hauptgeschäftsführer des BDI Ludolf von Wartenberg, braucht man in einer „funktionierenden marktwirtschaftlichen Ordnung mit einem flexiblen Arbeitsmarkt (...) kein Konstrukt wie ein Bündnis für Arbeit.“ (zit. in Fickinger S. 21). Sie beteiligten sich, um ihre Themen meist öffentlichkeitswirksam vorzubringen und einen Weg zu finden, um die Regierung vor allem in der Arbeitsmarkt- wie in der Sozialpolitik zu beeinflussen. Ihr wesentliches Anliegen war jedoch eine Moderation der Tarifpolitik im Konsens mit den Gewerkschaften zu erreichen. Für Gerhard Schröder war das Bündnis Ausdruck seiner Überzeugung, dass es keine rechte oder linke, sondern nur eine moderne Wirtschaftspolitik geben sollte, die er im Wesentlichen durch die Moderation unterschiedlicher Interessen der Arbeitsmarktparteien mit dem Ergebnis einer möglichst verlässlichen Tarifpolitik flankieren wollte. Zudem bot das Bündnis die Möglichkeit, widerstreitende Positionen in der Bundesregierung einzubinden sowie gegenüber der SPD-Bundestagsfraktion unter Verweis auf die Bündnisgespräche eigene Reformprojekte durchzusetzen. Zugleich reihte sich die Bundesregierung mit dem Bündnis für Arbeit in die westeuropäischen Länder ein, die mit Sozialpakten oder Sozialabkommen beschäftigungswirksame Arbeitsmarktreformen auf den Weg gebracht hatten. Vor allem der Akkord von Wassenaar zwischen Regierung, Gewerkschaften und Arbeitgebern in den Niederlanden bot das erfolgreiche Modell einer Arbeitsmarktpolitik, die durch eine sozial flankierte Teilzeitbeschäftigung und eine Lohnmoderation Arbeitslosigkeit abgebaut hatte.³ Während so auf der einen Seite

³ Siehe dazu zusammenfassend für eine zahlreiche Literatur: Sven Jochem: Soziale Pakte in Europa, in: Britta Rehder: Interessensvermittlung in Politikfeldern, Vergleichbare Befunde der Polity und Verbändeform-

die rot-grüne Regierung ihre Wahlversprechen gegenüber den Gewerkschaften abarbeitete, entstand auf der anderen Seite eine vielfältige Bündnisstruktur, in die das Bundeskanzleramt, mehrere Bundesministerien, Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften eingebunden waren. Diese vielfältigen Gesprächsrunden kulminierten in insgesamt neun Spitzengesprächen. Im ersten dieser Gespräche wurde im Dezember 1998 eine umfangreiche Agenda verabschiedet, die die Vorschläge der Arbeitgeber wie der Gewerkschaften auflistete. Dazu wurden neun Arbeitsgruppen sowie eine wissenschaftliche Beratergruppe, die so genannte Benchmarking AG, eingerichtet, der Wolfgang Streeck (Max Planck Institut für Gesellschaftsforschung), Rolf Heinze (Universität Bochum), Gerhard Fels (IW) und Heide Pfarr (WSI) angehörten. Die Benchmarking AG sollte eine gemeinsame Sichtweise auf die anstehenden Politikfelder erarbeiten sowie mit im Konsens abgestimmten Vorschlägen gemeinsame Verabredungen ermöglichen. Ihr von der Bertelsmann Stiftung unterstützter Bericht wurde in Buchform veröffentlicht, jedoch im Bündnis nicht behandelt, da vor allem die Gewerkschaften in dieser umfangreichen Reformagenda keine Grundlage für eine praktikable Verständigung sahen. Denn weder in den Spitzenrunden noch in den AGs gelang es, eine gemeinsame Sicht der wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen zu erzielen, noch sich auf umfassende Lösungen zu verständigen. Dafür waren die Interessen von Gewerkschaften und Arbeitgebern dem Grunde nach zu unterschiedlich. Zu Absprachen kam es in einer Reihe von praktischen Fragen. Dazu gehörten:

- der Ausbildungskonsens und Steigerung der Ausbildung in der IT Branche,
- Tarifverträge zur Weiterbildung,
- Die Insolvenzsicherung von Arbeitszeitkonten,

- Modelle zur Integration von Langzeitarbeitslosen mit Lohnkostenzuschüssen,
- Eckpunkte einer Unternehmenssteuerreform, die allerdings von den Gewerkschaften intern nicht mitgetragen wurden, und
- weitreichende Übergangfristen bei der Öffnung der Arbeits- und Dienstleistungsmärkte der EU für die mittel- und osteuropäischen EU-Beitrittsländer.

Die für die Arbeitgeber wie die Bundesregierung wesentlichste Frage war die, ob es gelang, in der Tarifpolitik mit den Gewerkschaften einen Konsens zu erzielen. Lohnleitlinien aber lehnten die Gewerkschaften grundsätzlich ab. Sie verwiesen auf die unterschiedliche Entwicklung in den Branchen sowie die innergewerkschaftliche Willensbildung in den Tarifkommissionen sowie die erheblichen Widerstände, die eine Lohnmoderation im Bündnis in ihren Organisationen hervorrufen musste. Während der gesamten Zeit gab es zwischen den DGB-Gewerkschaften im Grunde keinen Konsens über eine weitgehende Beteiligung im Bündnis. Zwar plädierte kein Mitglied des DGB-Bundesvorstandes dafür, sich einer Einladung des Bundeskanzlers zu verweigern. Aber die IG Medien sowie die HBV ebenso wie starke Minderheiten in der IG Metall wie der ÖTV begleiteten das Bündnis mit Skepsis und Misstrauen.

Andererseits mussten die Gewerkschaften erkennen, dass sich vor allem in den neuen und zunehmend in den alten Bundesländern in den Betrieben vom Tarifvertrag abweichende Regelungen ausbreiteten oder konkret gesprochen, entweder mit Zustimmung der örtlichen Gewerkschaften oder an ihr vorbei von den Betriebsparteien getroffen wurden. Handlungsbedarf bestand auch in der Arbeitszeitgestaltung. Ein wesentliches Motiv für die Industriegewerkschaften, dem Bündnis beizutreten, war die Ausgestaltung der Alterszeit. Was Klaus Zwickel unter der Rente mit

schung, Wiesbaden 2009. Bündnisse und Pakte gab es u.a. in den Niederlanden, Italien, Frankreich, Schweden und Norwegen, Finnland und Irland. Fickinger S. 79 gibt einen tabellarischen Überblick.

60 verstand, war nicht die Rückkehr zum Vorruhestand, sondern eine über 10 Jahre hinweg tarifvertraglich zu vereinbarende Altersteilzeit. Dafür aber mussten die Rahmenbedingungen geklärt werden. Die Phasen der ATZ mussten verblockt werden. Das heißt, Beschäftigte sollten fünf Jahre ein geringeres Entgelt beziehen und dann fünf Jahre bei gleichem Entgelt von der Arbeit frei gestellt werden. Um die Einkommensverluste auszugleichen sollten neben dem steuerfreien Zuschuss der Arbeitgeber von 20 Prozent auf das Teilzeitentgelt auch Arbeitszeitguthaben aktiviert werden können. Um die Überstunden zu begrenzen, die für die Langzeitguthaben geleistet werden mussten, wurden Regeln für den Ausgleich der monatlichen und jährlichen Arbeitszeit geschaffen. Diese Regeln sowie eine beschäftigungsorientierte interne Flexibilisierung der Arbeitszeit waren der wesentliche Gegenstand der gemeinsamen Erklärung von DGB und BDA, die in mehreren Gesprächen zwischen dem DGB-Vorsitzenden Dieter Schulte und BDA-Präsident Dieter Hundt ausgehandelt und von den Gewerkschaften gebilligt worden war. Um jedoch den Eindruck zu vermeiden, es werde im Bündnis über die Tarifpolitik gesprochen, wurde in der Erklärung des Bündnisses vom Juli 1999 lediglich das gemeinsame Papier von BDA und DGB begrüßt. Der für die Jahre 2000 und 2001 zwischen Klaus Zwickel und Gesamtmetall-Präsident Werner Stumpfe verabredete moderate Tarifabschluss war keine direkte Folge des Bündnisses, passte jedoch in den Rahmen der Bündnisgespräche.

Zwei andere große „Reformthemen“ wurden zwar nicht in den offiziellen Bündnisgesprächen, aber im Rahmen der Verhandlungskultur des Bündnisses zwischen Gewerkschaften und Bundesregierung abgestimmt: Die Rentenreform und die Reform der Betriebsverfassung. Pläne des Arbeitsministers, die Dynamik des Anstiegs der gesetzlichen Rente zu brechen und die zu erwartenden Einkommensverluste der Rentnerinnen und Rentner durch eine staatlich geförderte private Altersversicherung zu kompensieren, wurden von den Rentenex-

perten der Gewerkschaften wie der gesetzlichen Rentenversicherung selbst vehement abgelehnt. Nachdem die Bundesregierung erkennen musste, dass sie diese Pläne nicht mit der Opposition, der sie nicht weit genug gingen, auf parlamentarischem Wege verabschieden konnte und der Widerstand in der SPD wachsen würde, entschloss sie sich, diese Pläne mit den Sozialpartnern abzustimmen. In langen Gesprächsrunden im Kanzleramt und im Arbeitsministerium konnten die Gewerkschaften wie die Arbeitgeber Rahmenbedingungen für eine tarifvertraglich auszugestaltende betriebliche Altersvorsorge durchsetzen. Unter dieser Bedingung billigten sie die Rentenreform.

Keinen Konsens mit den Arbeitgebern konnte die Bundesregierung bei der Reform der Betriebsverfassung erzielen. Nach langen Verhandlungen mit den Gewerkschaften und Überwindung des Widerstandes des Bundeswirtschaftsministers wurde die Betriebsverfassung so geändert, dass die Strukturen der Betriebsräte den sich schnell wandelnden Unternehmensstrukturen (Aufspaltungen, Verkäufe usw.) folgen konnten und die Zahl der freigestellten Betriebsräte erhöht wurde. Zudem wurde das Wahlverfahren in KMUs erleichtert und dem Betriebsrat ein Initiativrecht zur Beschäftigungssicherung eingeräumt.

Die Arbeitgeberverbände rückten nun nach und nach vom Bündnis ab. Gesprächsrunden endeten ergebnislos. Auch in den Gewerkschaften wuchs die Kritik. Als die Union 2002 mit Edmund Stoiber einen Kanzlerkandidaten mit hohen Umfragewerten präsentierte, liefen die Arbeitgeberverbände zu Stoiber über und blockierten das Bündnis komplett. Schröder, der sich nicht vorführen lassen wollte, reagierte harsch mit dem faktischen Abbruch der Gespräche und einer deutlichen Annäherung an die Gewerkschaften. Diese Nähe zwischen dem wiedergewählten Kanzler und den Arbeitnehmervertretungen hielt dann bis zum 3. März 2003, der letzten Bündnisrunde. Inzwischen hatte Schröder die Hartzkommission

zur Reform der Arbeitsmarktpolitik eingesetzt, Walter Riester als Arbeitsminister entlassen, das Arbeits- mit den Wirtschaftsministerium verschmolzen und den „Radikalreformer“ Clement zum Superminister ernannt. Seinem Reformprogramm einer durchgreifenden De-regulierung des Arbeitsmarktes konnten und wollten die Gewerkschaften nicht zustimmen. Das Bündnis endete im Dissens.

Folgt man der durch zahlreiche Gespräche mit Beteiligten und Auswertung von Dokumenten gut recherchierte Darstellung Fickingers, so scheiterte das Bündnis im Wesentlichen daran, dass sich Arbeitgeber und Gewerkschaften nicht auf eine gemeinsame Sicht der wirtschaftlichen Lage einigen konnten. Dabei hätten sich vor allem die Gewerkschaften Einsicht verweigert, dass Bündnisvereinbarungen für mehr Ausbildungsplätze und mehr Arbeitsplätze durch die strukturelle Schwäche der Arbeitgeberverbände kaum belastbar waren. Ein weiterer Grund für das Scheitern war laut Fickinger der Tatsache geschuldet, dass die Bundesregierung nicht entschlossen führte, sondern sich auf eine mehr oder weniger gelungene Moderation beschränkte. Jochem kritisiert, die Regierung stelle ihre wohlfahrtsstaatlichen Reformen nicht in das Zentrum des Bündnisses, sondern leite diese am Bündnis vorbei und versäume es, weitere Reformen im Bündnis zu beraten. Auch hatten die Blockade der Gewerkschaften, die Lohnpolitik im Bündnis ebenso zum Scheitern beigetragen. „Zum Teil waren die Präferenzen der Akteure von Arbeit und Kapital zu weit auseinander.“⁴

Selbstkritischer Rückblick

Ein Rückblick in zeitlichem Abstand und aus der Sicht eines der damals an der Vorbereitung von Kanzlerrunden und Arbeitsbündnissen Beteiligten⁵ führt zu drei Erkenntnissen:

- Ein erheblicher Teil der Bündnisarbeit diente der öffentlichen Selbstdarstellung. Dabei wurden oftmals Kompromisse in Erklärungen geschrieben, hinter denen sich tiefe Unterschiede verbargen und die mehr Misstrauen und Kritik auslösten, als tatsächlich in der Sache weiterzuführen. Eine ehrliche Darlegung, wo es überhaupt Konsens gab und wo Kompromisse erzielt wurden, wäre klarer und zielführender gewesen.
- Tarifpolitik gehört in keine Kanzlerrunde. Dafür ist sie zu stark vom Interessensgegensatz von Arbeit und Kapital, von Arbeitgebern und Gewerkschaften bestimmt.
- Verabredungen zwischen Staat, Gewerkschaften und Arbeitgebern haben nur eine begrenzte Haltbarkeit, da die Arbeitgeberverbände nur schwerlich eine konstruktive Umsetzung von Vereinbarungen garantieren können. Es gibt eben keinen organisierten Kapitalismus. Sinnvoll sind sie nur, wenn sie verschiedene Politikfelder, in denen die Akteure bereits tätig sind, zusammen diskutierbar machen und eventuell eine besser verzahnte Politik ermöglichen: Das gilt für die Aus- und die Weiterbildung oder für die Dienstleistungs- und Industriepolitik. Entscheidend aber ist, dass die grundsätzliche Richtung stimmt. Gewerkschaften werden sich nicht wieder auf einen neoliberalen Mainstream verpflichten lassen und Arbeitgeberverbände bisher noch nicht auf eine nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik. ■

⁴ Jochem: Soziale Pakte S. 225

⁵ Der Autor war als Leiter des Vorstandssekretariats und später als Bundesvorstandssekretär des DGB an der Vorbereitung von Kanzlerrunden der Ära Kohl wie der Bündnisse beteiligt.

☞ Dr. Wolfgang Uellenberg – van Dawen ist Bereichsleiter Politik und Planung in der ver.di Bundesverwaltung.

Die Sozialpartnerschaft muss sich bewähren

von Hilmar Höhn

Foto: www.fotolia.com, © Sonja Birkelbach



Nach Lesart vieler Großkommentatoren und Großpolitiker war das Jahr 2008 der Beginn einer neuen Ära der Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital.

Gewerkschaften, Arbeitgeber, Sozialversicherungen und Bundesregierung handelten so umsichtig, dass der externe Schock der Finanzkrise keine verheerenden Auswirkungen auf einen der Kerne der deutschen Wirtschaft hatte. Dank einer ausgeprägten Tarifstruktur war es möglich, in den Betrieben und Verwaltungen die Arbeitszeit kräftig zu reduzieren.

Millionen Arbeitsstunden aus Arbeitszeitkonten wurden eingesetzt und die Bundesagentur für Arbeit stellte in einem extremen Maß Ressourcen zur Verfügung, um mit Kurzarbeit dem Einbruch der Nachfrage zu begegnen. Die Regierung legte weiter ein Konjunkturprogramm auf: der Kauf neuer Autos wurde bezuschusst. Die in Folge der Autokäufe anfallende Mehrwertsteuer brachte einen erheblichen Selbstfinanzierungseffekt. Auch die Unternehmen trugen zum Erfolg des „Deutschen

Wunders“ bei: Seit langem wieder sanken in einer Flaute die Gewinne kräftig.

Der Versuch, aus diesen Geschehnissen eine neue Erzählung vom gemeinsamen Handeln von Staat, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden zum Wohle aller zu formen, wird seither immer wieder unternommen. Wer der gegenwärtigen Kommentarlilie folgt, wer in die Programme der politischen Parteien schaut, muss den Eindruck gewinnen, dass da ein neuer Kompromiss entstanden ist. Die CDU will in ihrem Europawahlprogramm das Modell der Sozialpartnerschaft sogar schon nach Europa exportieren. Die SPD sieht sich vor tiefgreifenden Reformen des Arbeitsmarktes in Deutschland. Dass der Mindestlohn zuerst im Wahlprogramm der etatistischen Linken auftauchte, stört wenig. Die FDP ist bedeutungslos, die Grünen sind auf einen linksalternativen Kurs eingeschwenkt. Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände ist wieder zu einem eher defensiven Spiel zurückgekehrt und leistet inhaltenden Widerstand. Um dem Stigma,

eine Branche zu sein, in der nur der Mindestlohn gezahlt wird, haben eine Reihe von Arbeitgeberverbänden den Wunsch geäußert, neuerdings wieder bundesweit geltende Tarifverträge abzuschließen, um so eben über den mageren Stundensatz von 8,50 Euro zu kommen, der nur das Mindeste markiert und keineswegs der Leistung arbeitender Menschen gerecht wird.

Ist also alles in Ordnung? Oder: Wenn alles nicht in Ordnung ist, sind die sozialen Verhältnisse in der Arbeitswelt nicht auf dem Weg hin zu einer besseren Ordnung? Im Überschwang muss festgestellt werden, dass es sich bei der neuen Ordnung der Arbeit um eine Fiktion handelt. Seit 2008 gibt es immer mehr Arbeitgeber, die sich aus der Tarifbindung schleichen – neue OT-Verbände werden gegründet, Innungen geben ihre Tariffähigkeit auf. Die Gewerkschaften schaffen die Trendwende, die Bindekraft der Arbeitgeberverbände lässt nach. Mit dem Ergebnis, dass der Trend sinkender tariflicher Ordnung der Arbeit auch im vergangenen Jahr wieder rückläufig war. Die Begeisterung vieler Arbeitgeber über die neue Erzählung von der Gemeinsamkeit hält sich in engen Grenzen. Ein Lichtblick war ironischerweise die Aktivierung der Zeitarbeitsbranche durch ihre großen Unternehmen – irgendwann hatten es Randstadt & Co. einfach satt, dass ihre gut florierende Branche ganzer Lohndrückerbanden in den Schmutz gezogen wurde. Die Industrietarifverträge in der Zeitarbeit sind Ausdruck einer kulturellen Belebung in den Verbänden der Zeitarbeitgeber, die dank ihres strukturell schwierigen Images die enger werden Engpässe auf dem Arbeitsmarkt als erste zu spüren bekamen.

Wenn also die politische Erzählung nicht so recht zur gegenwärtigen Entwicklung der realen Tarifpolitik passt, ist zu fragen, warum dies so ist. Welches Bedürfnis kommt in den Beschwörungsformeln von der großen Gemeinschaftsaufgabe von 2008/2009 zum Ausdruck? Wie ist zu bewerten, dass

immer mehr Arbeitgeber den für diese Gemeinschaftsaufgabe notwendigen Rahmen von Flächen- und Branchentarifverträgen verlassen, die eigentlich der Garant sind für volkswirtschaftlich koordiniertes Handeln? Warum, wenn Betriebsräte so wichtig waren, um der Krise zu begegnen, führt jeder dritte Versuch einer Betriebsratsgründung in einen Konflikt? Warum verdienen immer mehr Anwaltskanzleien so gut am union-busting in Deutschland? Und warum finden Unternehmen wie Amazon keinen Weg, sich mit der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft zu verständigen? Glaubt irgendjemand im Amazon-Management, in Leipzig oder Bad Hersfeld würde irgendjemand aus Spaß an der ‚Freud‘ streiken?

Da dies alles keine geheimen Nachrichten sind, muss gefragt werden, ob die gänzlich anders geformte Erzählung im großpolitischen Raum nun bewusst in Kauf nimmt, an den Menschen vorbeizureden oder ob in Berlin und in den Medien die Realität nur partiell zur Kenntnis genommen wird.

Es geht also um die feine Ausdifferenzierung zwischen Lüge und Unwahrhaftigkeit. Irgendwann wird diese Feststellung zu treffen wichtig sein, wenn es später darum geht, herauszufinden, was eigentlich falsch oder richtig lief nach 2008.

Eine mögliche und ehrenhafte Rechtfertigung könnte sein, dass langanhaltende Beschwörungen der Verhältnisse irgendwann zur Verwirklichung der beschworenen Ziele führen könnte. Das hat aber schon in den Jahren nach 2003 nicht funktioniert. Damals konnte die rot-grüne Koalition ihren Wählerinnen und Wählern nicht so recht deutlich machen, dass es notwendig wäre, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ein Ohr abzuschneiden. Das tote Gesetz der Paragraphen traf auf das lebende Gesetz, das besagt, dass weniger niemals mehr ist. Die politischen Folgen sind bis heute spürbar für

alle, die um eine nachhaltige Kultur des Sozialen ringen. Nun schaffen wir wieder Gesetze, zum einen um die Folgen der Politik der Nuller Jahre zu heilen, zum anderen weil Folgen-Folgen der Deregulierung etwa im Segment der an sich wichtigen Werkverträge aufgetreten sind. Es ist ja nicht so, dass plötzlich die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände, die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und Sponsoren sich der Besser-statt-Billiger-Kampagne der Gewerkschaften angeschlossen hätten.

Insofern ist die Sozialpartnerschaft eine mal mehr und mal weniger ausgeprägte Kultur in der Industrie und einigen Großunternehmen der Dienstleistungswirtschaft geblieben. Angesichts von 42 Millionen Erwerbstätigen wissen viele der sechs bis sieben Millionen Beschäftigten der Industrie, dass sie eine zwar starke aber nicht mehr prägende Gruppe der Arbeitnehmerschaft darstellen. War der Tarif für Friseur- oder Bäckergehilfen in Westdeutschland einmal ein abgeleiteter Tarif eines angelernten Arbeitnehmers, erscheinen selbst angelernte Arbeitnehmer gegenüber Frisuren als privilegiert - nicht nur mit Blick auf den Lohn.

Wenn es also nicht so gut steht um die Sozialpartnerschaft, was wäre dann zu tun? Ist sie überhaupt wünschenswert? Ich fasse mich kurz: die Sozialpartnerschaft ist im Kapitalismus die bislang höchste Stufe der rationalen Organisation der Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital. Das gilt so lange, wie die Aushandlungsprozesse ehrlich geführt werden, offen, und das Ringen um Verhandlungsergebnisse so hart geführt wird, dass am Ende keine faulig riechenden Kompromisse stehen. Für die Gewerkschaften im DGB, die entsprechende Sozialpartner gefunden haben, kann man das sagen. Andere Verbände haben das große Wort der Sozialpartnerschaft schändlich missbraucht. Aber auch im DGB müssen sich Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände immer wieder kritisch fragen, wie weit

sie eine gemeinsame lebendige Kultur des vertrauensvollen Umgangs gefunden haben oder wie weit das Miteinander eher einem nüchternen Geschäftsmodell gleicht. Das wäre eine Entwicklung, die langfristig aus der Sozialpartnerschaft hinausführen würde.

Die große Koalition hat ihrem Arbeitskapitel einen bemerkenswerten Satz voran gestellt. Er besagt, dass CDU, CSU und SPD getragen von einer Mehrheit von 80 Prozent der Bundestagsabgeordneten, das System der Tarifautonomie stärken wollen. Dieser Satz zielt auf eine Stärkung der Sozialpartnerschaft und schon das wäre – gemessen an Rhetorik, politischem Handeln vor einem Jahrzehnt und der gegenwärtigen Entwicklung – ein transformatorischer Akt. Die Gewerkschaften haben vor zehn Jahren die Trendwende in der Entwicklung ihrer Mitgliedschaft eingeleitet. Sie haben mit ihren Erfolgen wesentliche Voraussetzungen dafür geschaffen, dass eine Stärkung der Tarifautonomie mehr ist als ein Fünkchen Hoffnung. Die Sache ist mit der Trendwende nicht erledigt, jetzt geht es um eine Verstetigung der Aufwärtsbewegung.

Nun kommt es besonders auf die Arbeitgeber an – die vielen nicht organisierten wie die organisierten – endlich ihren Teil zum Gelingen beizutragen. Die toten Gesetze entfalten ihre Kraft, wenn nicht nur ihr Wortlaut bindet sondern Menschen dem Sinn der Gesetze folgen und eine Kultur darauf errichten. Es ist in Zeiten der Klimakrise viel von Nachhaltigkeit die Rede. Die soziale Krise, die wir bei fünf Millionen Beschäftigten haben, die vom Mindestlohn profitieren werden, bedarf nicht weniger einer neuen, nachhaltigen Kultur. Das Mindeste, was der Gesetzgeber zu garantieren in der Lage ist, kann niemals den Respekt und die Würdigung von Leistung, garantiert auch durch frei verhandelte Tarifverträge, ersetzen.

Es bleibt bei allen hochgesteckten Erwartungen der Politik im nationalen Bezugsrah-

men allerdings ein schaler Beigeschmack. Wer die Sozialpartnerschaft nach Europa transportieren will, muss klar sehen, was in vielen Ländern Europas seit 2008 angerichtet wurde. In Griechenland, Spanien, Portugal und Großbritannien sind dort bestehende Ausprägungen einer sozialen Ordnung zerschlagen worden, ohne dass die Troika und damit auch die deutsche Regierung den Aufbau einer neuen Kultur der Sozialen Rechte an den Anfang ihres Forderungskatalogs gestellt hätte. Der Investitionsstreik in Frankreich und Italien hat keine neue Sozialpartnerschaft zum Ziel. Vielmehr folgt Europa überall da, wo langanhaltende Krisen das Soziale verflüssigen, dem Masterplan der Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen:

Sozialversicherungen sollen „weniger großzügig“ sein, der Kündigungsschutz soll „weniger großzügig“ ausfallen, Mindestlöhne und die Besoldung der Beamten sollen gesenkt werden und damit Vorbildcharakter für nationale Lohnpolitiken entfalten, der Organisationsgrad von Gewerkschaften ist zu schwächen und Branchen- wie Flächentarifverträge sollen – wenn überhaupt – Kontrakten auf betrieblicher Ebene weichen.

Das ist keineswegs ein Masterplan für Krisenstaaten sondern der auch von der Bundesregierung unwidersprochene Masterplan der mächtigen „GD EcFin“ für Europa als Ganzes. Wie passt dazu die mutige Idee, die Sozialpartnerschaft Europa zu vermitteln?

Auch hierzulande könnte die Entstehung einer neuen Kultur befördert werden. Es geht darum, die Neugründung von Betriebsräten erheblich zu vereinfachen, Beschäftigte, die sich aus der Deckung wagen und einen Betriebsrat gründen wollen, bedürfen eines besonderen Kündigungsschutzes.

So könnte erhebliches Konfliktpotenzial aus der Mitbestimmung genommen werden, die – so ist ja der Konsens – für eine funktionierende Sozialpartnerschaft unerlässlich ist.

Mit dem Aufschwung der Gewerkschaften, besseren Gesetzen und selbst mit willigen Arbeitgeberfunktionären ist der Erfolg nicht garantiert. Es wird sein, wie es immer schon war: wer im Großen eine Kultur stiften will, braucht meist eine ganze Generation, bis es gelingt.

„Das Gemeinwesen ist Sache des Volkes, ein Volk ist aber nicht jede irgendwie zusammengescharte Ansammlung von Menschen, sondern die Ansammlung einer Menge, die in der Anerkennung des Rechts und der Gemeinsamkeit des Nutzens vereinigt ist.“

Diesen schönen Satz hinterließ Cicero seiner Nachwelt. An Tarifautonomie und die daraus herausgewachsene Kultur der Sozialpartnerschaft konnte er nicht denken.

Heute gehören sie untrennbar zu einem funktionierenden Gemeinwesen. Es funktioniert nur leider nicht so recht. Zu viele Menschen sind nicht, noch nicht oder nicht mehr von der Gemeinsamkeit des Nutzens überzeugt.

Deutschland und Europa stehen sozusagen an einem Scheideweg. ■

☞ Hilmar Höhn ist ausgebildeter Verlagskaufmann und Journalist. Er leitet die Verbindungsstelle der IG BCE in Berlin.

Tarifautonomie in Ostdeutschland – Gelegenheit für einen ostdeutschen Relaunch

von Sabine Heinrich und Michael Reschke

Foto: www.fotolia.com, © stockWERK



Erleben wir einen Relaunch der ostdeutschen Arbeitsbeziehungen? Weht der Geist des Korporatismus, ja gar der Sozialpartnerschaft der alten bundesrepublikanischen „Deutschland AG“ nun auch – mit zwei Jahrzehnten Verspätung – durch Ostdeutschland? Die Antwort auf diese Fragen wäre vermutlich ein überzeugtes „einerseits, andererseits“. Dafür spricht, dass das Thema zumindest deutlich an Konjunktur gewonnen hat. Diesen Eindruck muss man gewinnen, wenn man sich die Vielzahl an Erklärungen und Initiativen in Ostdeutschland zur Stärkung der Sozialpartnerschaft seit 2010 vor Augen führt. Thüringen (2010), Sachsen-Anhalt (2010), Brandenburg (2011), Mecklenburg-Vorpommern (2011) und Berlin (2013) schlossen gemeinsam mit Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften sogenannte „Gemeinsame Erklärungen zur Stärkung der Sozialpartnerschaft“ ab. Einzig das von einer CDU-FDP-Koalition regierte Sachsen weist

keine entsprechende Initiative auf. Das Thema dient augenscheinlich auch zur sozialdemokratischen Profilierung. Dagegen spricht, dass in Ostdeutschland die ökonomische und politisch-kulturelle Sozialisation und Tradition des Korporatismus im „Rheinländischen Kapitalismus“ vor allem aufgrund der DDR-Vergangenheit fehlt und nur ein Bruchteil der Beschäftigten (in Brandenburg rd. 10 Prozent) mit der Idee der Sozialpartnerschaft vertraut ist (Brandenburger Beschäftigtenbefragung durch TNS infratest im Auftrag des Brandenburgischen Arbeitsministeriums, 2012).

Die Initiativen der letzten Jahre gehen zurück auf eine veränderte Strategie von Seiten des Staates, der seinen Einfluss auf Gewerkschaften und Arbeitgeber intensiviert und bereit ist, politische und materielle Ressourcen zu mobilisieren, um durch eine Stützung und Stärkung des Tarifvertragssystems einen Beitrag zur Schaffung von Guter Arbeit zu

leisten. Die Intervention der Länder begründet sich in der eingeschränkten Vitalität der Tarifautonomie in Ostdeutschland, die unverändert unter Angleichungsdefiziten zum Westen und den bundesweiten Erosionstendenzen bei der Tarifbindung leidet. Ein vertiefter Blick in die jeweiligen Erklärungen der Länder zeigt eine hohe inhaltlich Übereinstimmung auf: Im Kern teilen sie Problemanalyse, Motive und Zielrichtung.

Ausgangslage: schwache Tarifbindung und Gestaltungsmacht

So wird einerseits die geringe Tarifbindung mit ihren negativen Folgen für die Entwicklung der Lohnhöhen und Arbeitsbedingungen festgestellt. Zudem sind die Organisationsgrade der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände in Ostdeutschland niedriger. Aus beidem folgt eine eingeschränkte Gestaltungseinfluss der Tarifpartner auf Arbeitsmarkt und Unternehmen. Im Angesicht von demografischem Wandel und den daraus erwachsenden veränderten Herausforderungen für die ostdeutschen Arbeitsmärkte und Wirtschaftsstandorte gewinnt diese mangelnde Gestaltungsmacht eine neue Dramatik.

Zu berücksichtigen ist zudem die ostdeutsche Wirtschaftsstruktur: Diese hat in den rund 25 Jahren seit der Deutschen Einheit zwar eine beachtliche Entwicklung durchlaufen und konnte sich zunehmend vom „Nachwende-Schock“ erholen. Ansiedlungen fanden statt, eine Vielzahl an Unternehmen konnte sich etablieren. Unübersehbar ist die positive Entwicklung im Bereich der öffentlichen Infrastruktur. Das allein macht jedoch noch keinen hochproduktiven Wirtschaftsstandort aus. Auch wenn es „die“ ostdeutschen Bundesländer im Sinne eines einheitlichen Wirtschaftsblocks mit undifferenzierten Stärken und Schwächen nicht geben mag, so ist wesentliches „Branding“ der ostdeutschen Länder insgesamt ein (un-

terschiedlich) hoher Anteil wertschöpfungsarmer Branchen sowie eine kleinbetriebliche Struktur.

Der Anteil der Kleinbetriebe beträgt in Ostdeutschland 45 Prozent, in Westdeutschland sind es lediglich 39 Prozent. Historisch gewachsene industrielle Zentren gibt es nur vereinzelt vor allem in Thüringen und Sachsen. Sofern Großbetriebe vorhanden sind, sind diese deutlich kleiner dimensioniert als in Westdeutschland und beschäftigen in der Folge weniger Personal (Ost: \varnothing 562 Beschäftigte, West: \varnothing 647 Beschäftigte). Als Ergebnis resultieren in Ostdeutschland lediglich 22 Prozent des Umsatzes aus Großbetrieben, in Westdeutschland sind dies 38 Prozent. Die Kleinbetrieblichkeit spiegelt sich auch in einer vergleichsweise geringen Exportquote ostdeutscher Betriebe wider. Diese betrug im Jahr 2011 in Ostdeutschland lediglich 10 Prozent (im verarbeitenden Gewerbe 31 Prozent), wohingegen in Westdeutschland 19 Prozent (im verarbeitenden Gewerbe 40 Prozent) erreicht wurden (IAB Betriebspanel 2012, Bericht Ostdeutschland).

Soweit großbetriebliche Formen vorhanden sind, handelt es sich weitgehend um verlängerte Werkbänke ohne strategische Unternehmensfunktionen wie Forschung und Entwicklung. Selbst in ostdeutschen Ländern wie z.B. Sachsen, dessen Unternehmen im ostdeutschen Vergleich einen relativ hohen Anteil ihres Umsatzes durch Innovationsergebnisse erzielen, ist der Abstand zu den innovationsstarken westdeutschen Bundesländern deutlich. Zum Innovationsdefizit hinzu gesellt sich eine deutlich geringere Produktivität als in Westdeutschland. Bei deren Berechnung spielender Mangel von Hochlohn-Exportindustrien und stattdessen die Dominanz vergleichsweise wertschöpfungsarmer (Dienstleistungs-)Bereiche eine wesentliche Rolle. Insofern überrascht es nur bedingt, dass die ostdeutschen Betriebe nur rund 69 Prozent des westdeutschen Produk-

tivitätsniveaus erreichen und die Entwicklung seit 2006 stagniert (ebd.).

Es mag insofern wenig verwundern oder sogar als Bestätigung dienen, dass der Unterschied in der Entlohnung in Ost- und Westdeutschland zum signifikanten Kennzeichen der ostdeutschen Arbeitslandschaft gerät: Zu Beginn des Transformationsprozesses wurde die Perspektive einer schnellen Angleichung der Lebensverhältnisse zum legitimatorischen Kernelement der „Einheitspolitik“. Infolgedessen wuchs auch die Bedeutung der intermediären Organisationen der Verteilungspolitik vorübergehend über das in Westdeutschland bekannte Maß an. Eine schnelle Lohnangleichung entsprach dabei auch dem längerfristigen Interesse der westdeutschen Akteure nach Ausschaltung einer ostdeutschen Billigkonkurrenz. Anfang der 1990er Jahre stieg folglich die Mitgliederzahl der Tarifparteien an. Der Flächentarifvertrag wurde, zumindest zu Beginn, anstelle des verschiedentlich geforderten Vorrangs betrieblicher Regelungen weitgehend akzeptiert. Anstatt eines sich verstetigenden Prozesses sind jedoch bereits seit dem Ende der 1990er Jahre Zeichen der Entkonsolidierung unübersehbar. Belege dafür sind rückläufige Mitgliederzahlen bei den Verbänden sowie mannigfaltige Abweichungen vom Flächentarifvertrag.

Zwar ist ein Abwärtstrend in der Tarifbindung seit Mitte der 90er Jahre sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland zu beobachten, jedoch ist sie in Ostdeutschland deutlich geringer. Waren im Jahr 2012 nur 21 Prozent der ostdeutschen Betriebe sowie 49 Prozent der Beschäftigten tarifgebunden (Branchen- oder Haustarifvertrag), traf dies im Westen immerhin auf 34 Prozent der Betriebe bzw. 60 Prozent der Beschäftigten zu. Die sinkende Tarifbindung geht einher mit einer Zunahme von Öffnungsklauseln (z.B. hinsichtlich Arbeitszeit, Aussetzen von Lohnerhöhungen, Kürzung oder Wegfall von Sonderzahlungen). Auch hier gilt die kleinbetriebliche Struk-

tur als wichtiger Treiber für eine geringe Tarifbindung. Hingegen sind 80 Prozent der Betriebe mit mehr als 250 Beschäftigten und 86 Prozent der Beschäftigten in diesen Betrieben tarifgebunden (ebd.). Interessanterweise korrespondiert die eingeschränkte Leistungsfähigkeit der Sozialpartner nicht mit ihrer Wahrnehmung als gestaltende Arbeitsmarktakteure: 93 Prozent der befragten Beschäftigten halten die kooperative Zusammenarbeit von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften zur Gestaltung von Arbeitsbedingungen und Entlohnung mindestens für wichtig (Brandenburger Beschäftigtenbefragung, 2012).

Ein zentrales Ergebnis der sinkenden Tarifbindung ist die sich seit Mitte der 1990er Jahre kaum verändernde Angleichungsquote beim Bruttodurchschnittslohn. Diese schwankt zwischen 77 und 80 Prozent. Besonders bedenklich ist der im Vergleich zu Westdeutschland hohe Anteil von Niedriglöhnen: Während 29,3 Prozent der ostdeutschen Beschäftigten für Stundenlöhne unter 8,50 € arbeiten, sind dies im Westen nur 16,9 Prozent (IAB Betriebspanel 2012 Bericht Ostdeutschland).

Motive der Länder: Fachkräftesicherung und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit

Lange wurden die geringen Lohnkosten als Wettbewerbsvorteil gepriesen und aktiv Investoren damit umworben. In den ostdeutschen Ländern setzt sich jedoch seit einigen Jahren die Erkenntnis durch, dass dieses Billiglohnimage in Zeiten sich abzeichnender Fachkräftengpässe die Bemühungen um das Halten und Gewinnen von Fachkräften, noch dazu von Innovationsfachkräften im hochqualifizierten Bereich, konterkariert. Neues Leitmotiv soll ein attraktiver Arbeitsmarkt sein. Dennoch zeigt sich dieser aktuell unverändert gespalten: gekennzeichnet durch ein Allzeittief der Arbeitslosigkeit bei gleichzeitig verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit auf der

einen und regionalen bzw. sektoralen Fachkräfteengpässen auf der anderen Seite. Dies wird u.a. daran deutlich, dass der beliebige Nachschub an Arbeitskräften, der über viele Jahre insbesondere eine positive Lohnentwicklung in Ostdeutschland gebremst hat und von der Kapitaleseite zur Dämpfung von Ansprüchen der Beschäftigten genutzt wurde, nicht mehr funktioniert. Im Interesse der Länder scheint deshalb ein Wandel des ökonomischen Modells hin zu mehr qualitativem Wettbewerb zu sein. Hierzu sollen positive Effekte auf Produktivität, Innovations- und somit letztlich Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen durch eine höhere Tarifbindung beitragen.

Es mag schizophren klingen, aber gleichzeitig eröffnet sich aus dem demografischen Wandel und dem damit drohenden Fachkräftemangel – an mancher Stelle wird gar von einem bevorstehenden „Zyklus des Mangels“ gesprochen – sowie aus den Reduzierungen der fiskalischen Spielräume öffentlicher Haushalte ein Gelegenheitsfenster. Ein günstiger Augenblick also zur Durchsetzung einer neuen Qualität der Arbeit, gerechter Entlohnung und Kooperation mit dem Ziel, gleichwertige, gute Arbeitsbedingungen und Lebensverhältnisse in Ost und West zu erreichen und dabei die erneute Gefahr des braindrains gen Westen abzuwenden. In den Sozialpartnerinitiativen sehen die ostdeutschen Länder die Gelegenheit, den vorrangig von Seiten der Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände geführten Fachkräftediskurs umzudrehen und auf die notwendigen Eigenleistungen von Seiten der Unternehmen zu verweisen.

Ziele: Steigerung der Handlungsfähigkeit und Weiterentwicklung von Tarifverträgen

In den gemeinsamen Erklärungen der Länder finden sich vorrangig zwei Kernziele: die Steigerung der Handlungsfähigkeit der Tarifpartner, sprich der Organisationsgrade, und – unter Wahrung der Tarifautonomie – die



Bei diesem Band handelt es sich um das leicht überarbeitete und um die Zeit nach der Bundestagswahl 2009 bis zum SPD-Mitgliederentscheid 2013 erweiterte Kapitel „Geschichte der Strömungs- und Faktionskämpfe der SPD“ der im Nomos Verlag erschienenen Publikation „Aufstieg und Krise der SPD. Flügel und Repräsentanten einer pluralistischen Volkspartei“.

Der Autor analysiert die Geschichte der SPD-Flügel nach 1945 und legt dar, dass sie Transmissionsriemen sozialer Milieus und gesellschaftspolitischer Lager und damit Gradmesser für den Erfolg der SPD sind. Die Hochzeit der SPD als linke Volkspartei in den 1970er Jahren mit über 40 Prozent der Wählerstimmen und über einer Million Mitgliedern war auch die Erfolgszeit der SPD-Flügel. Erst mit der Ausgrenzungspolitik unter dem SPD-Vorsitzenden und Kanzler Schröder setzte mit der Verabschiedung der Agenda 2010 die Krise der SPD ein. Sie fand bei der Bundestagswahl 2009 ihren Höhepunkt und dauert bis heute an. Die Geschichte der SPD-Flügel zeigt Auswege aus der Krise auf und weist anhand von programmatischen und personalpolitischen Aushandlungsprozessen nach, dass eine partizipatorische Politik mehrheitsfähig ist und sich nicht auf legitimatorische Mitgliederentscheide beschränken muss.

spw-verlag, 178 Seiten, € 18,00

Berücksichtigung der sich verändernden demografischen Bedingungen. Wenngleich sich die Erklärungen der Länder ähneln, so gibt es durchaus Unterschiede in Strategie und Intensität ihrer Umsetzung. Ein umfangreiches Paket hat Brandenburg geschnürt: Dort finden institutionalisiert und intensiviert Austausche der Landesregierungen, vertreten durch das Arbeitsressort, mit den Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften (Dach- und Einzelverbände) zu arbeitspolitischen Herausforderungen und Branchenentwicklungen statt. Unterstützt werden die fachlichen Austausche zumeist durch themenspezifische Fachveranstaltungen bzw. Betriebsräte- und Unternehmenskonferenzen. Schon mit der Bezeichnung des Vorhabens „Stärkung der Sozialpartnerschaft“ wird klar: es geht um mehr als tarifpolitische Fragen. Trotz uneingeschränktem Bekenntnis zur Tarifautonomie wird deutlich, dass es um die grundsätzliche Befähigung von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden zur Gestaltung Guter Arbeit geht.

Neben dem geschilderten programmatischen Austausch zwischen den Arbeitsmarktakteuren und verstärkter Öffentlichkeitsarbeit steht allen ostdeutschen Ländern zudem der zielgerichtete Einsatz von Fördermitteln, insbesondere aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) und dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) zur Verfügung. Neben der Bindung von Fördermitteln an qualitative Kriterien der Beschäftigungsbedingungen wie Tarifbindung oder den Anteil der Beschäftigten in Leiharbeit ist Brandenburg als einziges Land bisher noch einen Schritt weiter gegangen. Im Dezember 2013 trat als ein zentrales Produkt des dortigen Sozialpartnerdialoges die aus dem ESF geförderte „Brandenburger Sozialpartnerrichtlinie“ in Kraft. Beratungsleistungen zur Weiterentwicklung der Arbeitsorganisation Brandenburger Unternehmen werden verbunden mit Maßnahmen zur Popularisierung von Tarifbindung und Sozialpartnerschaft,

dies unter enger Einbeziehung der Tarifpartner.

Die mittel- bis langfristig angelegten gemeinsamen politischen Initiativen werden zusätzlich landesseitig durch Tariftreue- und Mindestlohngesetze begleitet. Auf diese Weise können zumindest für das öffentliche Auftragswesen untere Haltelinien insbesondere für die Entlohnung eingezogen und aktiv die Abkehr vom „Billiglohnimage“ betrieben werden. Die Tatsache, dass diesen Weg bisher alle ostdeutschen Länder mit Ausnahme Sachsens gegangen sind, unterstreicht die eingangs aufgestellte These sozialdemokratischer Profilierung. Die Möglichkeit der zusätzlichen Flankierung durch die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen muss angesichts des oftmals in Ostdeutschland besonders schwer zu erfüllenden und aktuell (noch) geltenden 50-Prozent-Quorums zu oft ungenutzt bleiben.

Eine solche Tarifoffensive kann jedoch an ihre Grenzen stoßen, wenn es nicht gelingen sollte die Organisations- und Handlungsschwäche der Tarifpartner zu überwinden. Rückenwind kommt von der großen Koalition: Der vorgelegte Entwurf des Gesetzes zur Stärkung der Tarifautonomie unterstützt gleich an mehreren Fronten: durch weitestgehende Verhinderung von (Lohn-)Dumping-Strategien anhand des gesetzlichen Mindestlohnes, von dem in Ostdeutschland rund 20 Prozent der Beschäftigten profitieren würden sowie mit der Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen. Gleichwohl sind auch alternative, neue Wege zu prüfen, Gute Arbeit in Ostdeutschland zu befördern.

Ein solcher Weg könnte in der Etablierung von Arbeitskammern bestehen. Ein solches Pendant zu Wirtschaftskammern auf Arbeitnehmerseite als Körperschaft in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft existiert bereits seit den 1920er bzw. 1950er Jahren

in Österreich, Bremen und im Saarland. Eine Arbeitskammer bietet die Chance, der bisher in der Fläche nur unzureichend organisierten Arbeitnehmerschaft einen niedrighschweligen Zugang zu Beratungsleistungen und Weiterbildungsangeboten zu gewährleisten und damit Sicherheit und Orientierung in der Arbeitswelt zu ermöglichen. Gleichwohl oder gerade weil der Kernaufgabenbereich der Gewerkschaften (Tarifautonomie, Rechtsberatung) nicht berührt würde, könnten die Sozialpartneroffensiven der ostdeutschen Länder so eine institutionelle Flankierung und durch die Kooperation eine langfristige Stärkung erfahren.

Ausblick

Inwiefern die verschiedenen ostdeutschen Aktivitäten zur Stärkung des Tarifvertragssystems und von Sozialpartnerschaft nachhaltige Effekte haben werden, lässt sich noch nicht abschließend bewerten. Die ostdeutsche Wirtschaftsstruktur stellt eine strukturelle Herausforderung dar und muss als weitestgehend gegeben akzeptiert werden. Die Kapitalseite bewegt sich erst an der „Schmerzgrenze“ des Fachkräftemangels. Politisch-kulturell verdichten sich zumindest die Anzeichen eines Wandels: Vorbehalte gegenüber Gewerkschaften, gespeist aus Erfahrungen mit den unfreien Gewerkschaften als staatliche Massenintegrationsorganisationen zu Zeiten der DDR, wurden durch ein positives Image abgelöst (Brandenburger Beschäftigtenbefragung 2012). Von Seiten der Beschäftigten scheinen die Ansprüche gegenüber der Qualität der Arbeitsbedingungen und der Höhe der Entlohnung zu wachsen und es gibt Anzeichen einer nachholenden Politisierung der Betriebe und eines verändertes Selbstverständnis jüngerer Betriebsräte. Die Erfahrung sprunghafter Massenarbeitslosigkeit Anfang der 1990er verblasst. Der „Nachwende-Schock“, welcher disziplinierend auf die Beschäftigten wirkte und von Arbeitgeberseite zur Sicherung betrieblicher Herrschaft und

Mäßigung von Arbeitnehmerforderungen genutzt wurde, verliert an Bedeutung.

Deutlich wird an den sozialpartnerschaftlichen Initiativen, dass den Ländern konkrete Gestaltungsmöglichkeiten offen stehen. Hierzu zählen diskursive Ansätze wie Sozialpartnerdialoge, Einsatz und Konditionierung von Fördermitteln, Allgemeinverbindlichkeits-erklärungen und Vergabemindestlöhne. Klar ist aber: Engagement und Ressourcen müssen vor allem von Seiten der Tarifpartner erbracht werden. Die staatlichen Initiativen ersetzen keine Eigenleistungen der Tarifpartner, sie eröffnen vielmehr Gestaltungsräume und erhöhen deren Resonanz.

Im Idealfall ergänzen sich bundespolitische und landespolitische Ansätze zur Stärkung des Tarifvertragssystems, wobei die landespolitischen Aktivitäten eine regionale und betriebsnähere Untersetzung leisten. Unbedingt festzuhalten ist, dass es sich bei den ostdeutschen Initiativen nicht um unreflektierten Traditionalismus handelt, sondern um eine staatliche Krisenintervention zur Schaffung Guter Arbeit und einer qualitativen und dynamischen Standortentwicklung zu Gunsten höherer Produktivität und Innovation. ■

☞ Sabine Heinrich ist Diplom-Verwaltungswirtin und lebt in Berlin.

☞ Michael Reschke ist Politikwissenschaftler, Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Potsdam.

Arbeitslosigkeit und Löhne in Europa – Aktuelle Entwicklungstrends unter den Bedingungen der Krise¹

von Thorsten Schulten

Einleitung

Zu Beginn des Jahres 2014 mehren sich die Stimmen, die die Krise in Europa für beendet erklären oder zumindest davon ausgehen, dass nunmehr das schlimmste überwunden sei. Die Prognosen der Europäischen Kommission versprechen europaweit eine Rückkehr des Wachstums und geben sich optimistisch, dass auch in den europäischen Krisenstaaten die umfangreichen „Strukturreformen“ der letzten Jahre nunmehr zu wirken beginnen (European Commission 2013a). Demnach sind es gerade die umfangreichen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt und in der Lohnpolitik, die im herrschenden EU-Diskurs nun zu den Garanten des ökonomischen Wiederaufstiegs erklärt werden.

Ob eine solche Sichtweise nachhaltig zu überzeugen vermag, scheint hingegen mehr als fraglich. Dies gilt nicht nur deshalb, weil die Europäische Kommission nach Ausbruch der Krise 2008 ihre stets zu optimistischen Prognosen immer wieder nach unten korrigieren musste (Marterbauer 2013). Wichtiger ist vielmehr, dass die dramatischen sozialen Folgen der Krise in den herrschenden EU-Diskursen nach wie vor unterschätzt werden und implizit davon ausgegangen wird, dass diese sich im erwarteten Konjunkturaufschwung mehr oder weniger von alleine lösen werden. Dabei ist derzeit noch nicht einmal im Ansatz erkennbar, wie und wann die historische Rekordarbeitslosigkeit in Europa tatsächlich wirksam bekämpft werden könnte.

Die Skepsis gegenüber einem vorschnellen Ende der Krise scheint auch deshalb berechtigt, da nirgendwo die Herausbildung eines tatsäch-

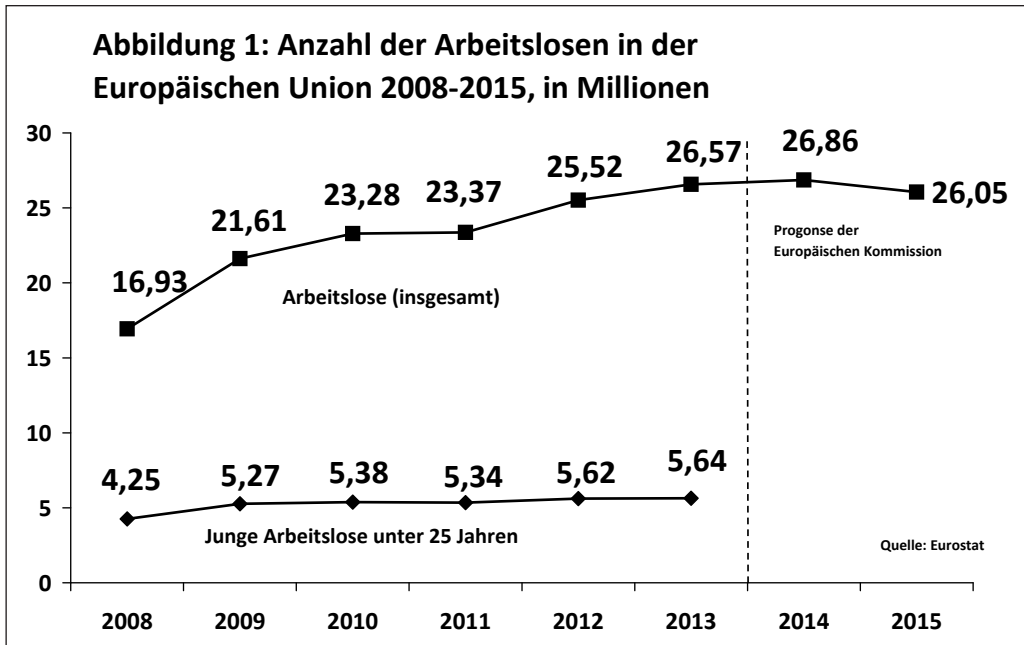
lich nachhaltigen Entwicklungsmodells, das nicht auf eine Externalisierung der Probleme durch hohe Exportüberschüsse setzt, erkennbar ist. Die Herausbildung eines solchen alternativen Entwicklungsmodells ist jedoch derzeit besonders schwierig, weil die Krise nicht zuletzt zu einer starken Verschiebung der Machtverhältnisse zwischen Unternehmen und Beschäftigten geführt hat. Durch die damit verbundene Zunahme sozialer Ungleichheit werden die ökonomischen Probleme sogar noch verstärkt.

Letzteres zeigt sich besonders deutlich an der aktuellen Entwicklung der Löhne in Europa, die vor dem Hintergrund der Massenarbeitslosigkeit einen äußerst schwachen Verlauf nimmt. Hinzu kommt, dass die Krise in vielen europäischen Ländern ausgenutzt wird, um gewachsene Tarifvertragssysteme zu zerstören und die Position der Gewerkschaften zu schwächen, was die Lohndynamik zusätzlich beeinträchtigt. Im Gegensatz zu den Erwartungen der Europäischen Kommission führt die schwache Lohnentwicklung jedoch keineswegs automatisch zu einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit. Bedeutsamer ist vielmehr, dass Lohnstopps und Lohnkürzungen sich direkt negativ auf die Entwicklung der privaten Konsumausgaben auswirken. Das angesichts der vorherrschenden Austeritätspolitik in Europa sowieso schon große Problem mangelnder gesamtwirtschaftlicher Nachfrage wird damit zusätzlich verschärft.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt

Seit dem Ausbruch der Krise im Jahr 2008 hat sich die Anzahl der Arbeitslosen in der EU permanent vergrößert. Nach Angaben des Statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat) gab es im Jahr 2013 insgesamt 26,57

1 Der Text wurde ursprünglich für eine Publikation der Friedrich-Ebert-Stiftung Madrid verfasst. Die spw dankt der Stiftung für die Erlaubnis des Abdrucks.



Millionen Arbeitslose (**Abbildung 1**). Dies waren fast 10 Millionen mehr als zu Beginn der Krise im Jahr 2008. Die EU-weite Arbeitslosenquote ist im gleichen Zeitraum von 7,1 Prozent auf 10,9 Prozent angestiegen.

Besonders ausgeprägt ist die Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen und jungen Arbeitnehmern unter 25 Jahren. Im Jahr 2013 wurden in der EU insgesamt 5,64 Millionen junge Arbeitslose registriert und damit 1,4 Millionen mehr als im Jahr 2008. Die Arbeitslosenquote unter jungen Arbeitnehmern stieg von 15,8 auf 23,5 Prozent, so dass heute fast jeder vierte Jugendliche in Europa ohne Arbeit ist.

Trotz der konjunkturellen Erholung, die für die Jahre 2014 und 2015 erwartet wird, scheint sich die Arbeitsmarktlage in Europa kaum zu verändern. Für das Jahr 2014 prognostiziert die Europäische Kommission sogar noch einen weiteren Anstieg der Arbeitslosenquote, bevor dann im Jahr 2015 ein leichter Rückgang erwartet wird. Insgesamt deutet derzeit nichts darauf hin, dass es auf absehbare Zeit zu einem

stärkeren Abbau der Rekordmassenarbeitslosigkeit in Europa kommen wird.

Mit Ausnahme von Deutschland kam es seit Ausbruch der Krise 2008 in allen EU-Staaten zu einem Anstieg der Arbeitslosenquoten (**Tabelle 1**). Allerdings zeigen sich im Hinblick auf Tempo und Ausmaß der Beschäftigungsverluste große Unterschiede, so dass sich die soziale Divergenz zwischen den EU-Staaten im Zuge der Krise deutlich vergrößert hat (European Commission 2014).

Die höchsten Arbeitslosenquoten existierten im Jahr 2013 in Griechenland und Spanien, wo mit 27 Prozent bzw. 26,4 Prozent jeweils mehr als eine Viertel aller Beschäftigten ohne Arbeit waren. In 13 EU-Staaten – darunter die meisten süd- und osteuropäischen Staaten sowie Irland – lagen die Arbeitslosenquoten zwischen 10 und 20 Prozent. Demgegenüber gab es weitere 13 EU-Staaten, in denen sich die Arbeitslosenquote unterhalb der 10-Prozent-Marke bewegte. Zu dieser Gruppe mit vergleichsweise niedrigeren Arbeitslosenraten gehören vor allem Länder aus

Tabelle 1: Arbeitslosenquoten in der Europäischen Union
2008-2015, Arbeitslose in % aller Erwerbspersonen

	Arbeitslose insgesamt			Prognose**		Junge Arbeitslose unter 25		
	2008	2012	2013	2014	2015	2008	2012	2013
Belgien	7,0	7,6	8,4	8,7	8,4	18,0	19,8	23,1
Bulgarien	5,6	12,3	12,9	12,4	11,7	11,9	28,1	28,6
Tschechien	4,4	7,0	7,0	7,0	6,7	9,9	19,5	18,9
Dänemark	3,4	7,5	7,0	7,2	7,0	8,1	14,0	12,9
Deutschland	7,5	5,5	5,3	5,3	5,1	10,6	8,1	7,9
Estland	5,5	10,2	9,3	9,0	8,2	12,1	20,9	18,0*
Irland	6,4	14,7	13,1	12,3	11,7	13,3	30,4	26,6
Griechenland	7,7	24,3	27,0	26,0	24,0	22,1	55,3	59,0*
Spanien	11,3	25,0	26,4	26,4	25,3	24,6	53,2	55,7
Frankreich	7,8	10,2	10,8	11,2	11,3	19,3	24,7	25,5
Kroatien	8,4	15,9	17,6	16,7	16,1	21,9	43,0	49,9
Italien	6,7	10,7	12,2	12,4	12,1	21,3	35,3	40,0*
Zypern	3,7	11,9	16,0	19,2	18,4	9,0	27,8	38,7
Lettland	8,0	15,0	11,7	10,3	9,0	13,6	28,5	23,9*
Litauen	5,3	13,4	11,8	10,4	9,5	13,3	26,7	22,3
Luxemburg	4,9	5,1	5,9	6,4	6,5	17,3	18,0	19,9
Ungarn	7,8	10,9	11,0	10,4	10,1	19,9	28,1	27,2*
Malta	6,0	6,4	6,5	6,3	6,3	12,2	14,2	13,9
Niederlande	3,1	5,3	6,7	8,0	7,7	6,3	9,5	11,0
Österreich	3,8	4,3	5,1	5,0	4,7	8,0	8,7	9,0*
Polen	7,1	10,1	10,4	10,8	10,5	17,2	26,5	27,4
Portugal	8,5	15,9	16,5	17,7	17,3	20,2	37,7	38,1
Rumänien	5,8	7,0	7,2	7,1	7,0	18,6	22,7	23,6
Slowenien	4,4	8,9	10,2	11,6	11,6	10,4	20,6	22,7
Slowakei	9,6	14,0	14,2	13,7	13,3	19,3	34,0	33,6
Finnland	6,4	7,7	8,2	8,3	8,1	16,5	19,0	19,9
Schweden	6,2	8,0	8,0	7,9	7,4	20,2	23,7	23,4
Vereinigtes Königreich	5,6	7,9	7,7	7,5	7,3	15,0	21,0	20,7*
EU	7,1	10,5	10,9	11,0	10,6	15,8	23,0	23,5*

*vorläufige Daten; ** Prognose der Europäischen Kommission Herbst 2013
Quelle: Eurostat

Nord- und Westeuropa, wobei Österreich und Deutschland mit 5,1 Prozent bzw. 5,3 Prozent die niedrigsten Werte aufwiesen. Der Arbeitsmarkt in Europa zeigt damit insgesamt eine deutliche Spaltung zwischen Nord- und Westeuropa auf der einen und Süd- und Osteuropa auf der anderen Seite.

Noch extremer sind die Unterschiede bei der Jugendarbeitslosigkeit: Spitzenreiter sind hierbei wiederum Griechenland und Spanien, wo mit einer Arbeitslosenquote von 59 Prozent bzw. 55,7 Prozent mittlerweile noch nicht einmal mehr jeder zweite Jugendliche über eine Arbeitsstelle verfügt. Extrem hohe Arbeitslosenquoten von

jungen Arbeitnehmern finden sich auch in Kroatien (49,9 Prozent) und Italien (40 Prozent) sowie mit Werten von über 30 Prozent in Portugal, Zypern und der Slowakei. Die relativ größte Gruppe von insgesamt 12 EU-Staaten verfügte über eine Jugendarbeitslosenquote zwischen 20 und 30 Prozent. Zu dieser Gruppe gehören neben zahlreichen osteuropäischen Staaten auch west- und nordeuropäische Länder wie Belgien, Frankreich, Irland und Schweden. Schließlich lag die Arbeitslosenquote für junge Arbeitnehmer in sieben weiteren Staaten zwischen 10 und 20 Prozent, während lediglich zwei Staaten (Deutschland und Österreich) einen Wert von unter 10 Prozent aufweisen. Die bereits für sich genommen extrem schwierige Lage auf dem europäischen Arbeitsmarkt erhält durch die extrem hohe Jugendarbeitslosigkeit noch einmal eine besondere Dramatik, die vielfach mit dem Begriff der „verlorenen Generation“ beschrieben wird.

In keinem europäischen Land erwartete die Europäische Kommission in nähere Zukunft einen deutlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit. Für 14 der 28 EU-Staaten wird für das Jahr 2014 eine Stagnation oder sogar weiter Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt prognostiziert. Erst 2015 erwartet die Europäische Kommission in fast allen Ländern eine leichte Verbesserung der Arbeitsmarktlage, deren Prognose jedoch nach wie vor mit vielen Unsicherheiten behaftet ist.

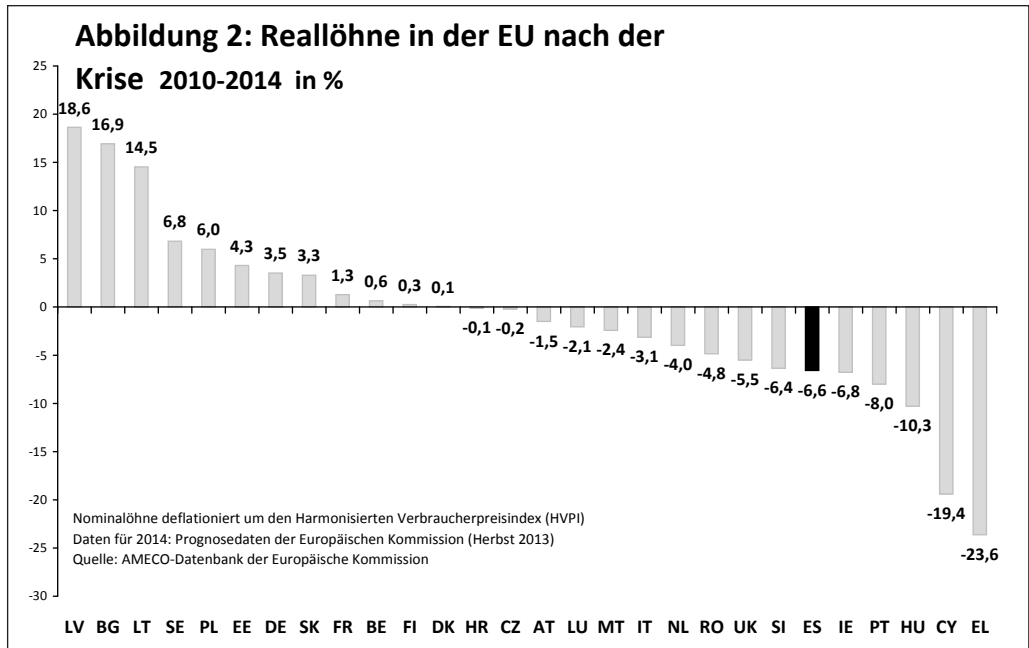
Die Entwicklung der Löhne

Zwischen der Lage auf dem Arbeitsmarkt und der Entwicklung der Löhne besteht seit jeher ein enger Zusammenhang. Empirische Untersuchungen über die langfristige Lohnentwicklung Europas machen dabei deutlich, dass in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit die Löhne unter Druck geraten und – wenn überhaupt – nur noch geringe Steigerungsraten ausweisen (Hein und Schulten 2004). Hohe Arbeitslosenraten führen dazu, dass die Verhandlungsposition der Gewerkschaften strukturell geschwächt wird und diese kaum noch

in der Lage sind, höhere Lohnsteigerungen durchzusetzen. Drohende Arbeitsplatzverluste führen im Gegenteil dazu, dass Beschäftigte zu sozialen Zugeständnissen bereit sind und mitunter sogar Lohnkürzungen hinnehmen. Dementsprechend hat auch die nach 2008 im Zuge der Krise schnell ansteigende Massenarbeitslosigkeit in Europa ihre deutlichen Spuren in der Lohnentwicklung hinterlassen und ein neues lohnpolitisches Entwicklungsmuster hervorgebracht.

Bis zum Ausbruch der Krise war die Lohnentwicklung in den 2000er Jahren durch mehr oder weniger hohe Reallohnzuwächse geprägt. Im Zeitraum 2001 bis 2009 zeigten insbesondere die osteuropäischen Länder sehr hohe Reallohnsteigerungen und unterstrichen damit ihren ökonomischen Aufholprozess gegenüber den übrigen EU-Staaten. Außerhalb Osteuropas kam es in so unterschiedlichen Staaten wie Irland und Großbritannien, Griechenland sowie den nordeuropäischen Ländern Dänemark und Finnland zu relativ hohen Reallohnsteigerungen. Zu der Gruppe mit vergleichsweise niedrigen Reallohnzuwächsen gehörten dagegen vor allem die westeuropäischen Länder Frankreich, Belgien, Luxemburg und Österreich, aber auch die heute im Krisenfokus stehenden südeuropäischen Staaten Italien, Portugal und Spanien. Eine lohnpolitische Sonderrolle wurde schließlich von Deutschland eingenommen, das während der letzten Dekade als einziges Land in Europa erhebliche Reallohnrückgänge zu verzeichnen hatte (Schulten 2011).

Seit dem Jahr 2010 zeigt die Lohnentwicklung in Europa ein vollkommen neues Muster, in dem Reallohnverluste zum dominierenden Trend werden. Unter Einbeziehung der Prognosedaten der Europäischen Kommission ist die Reallohnentwicklung im Zeitraum 2010 bis 2014 in 16 von 28 EU-Staaten rückläufig (**Abbildung 2**). Besonders extrem sind die Reallohnverluste mit fast 24 Prozent in Griechenland, gefolgt von Zypern mit knapp 20 Prozent und Ungarn mit 10 Prozent. Hohe Reallohnrückgänge mit Werten



zwischen 6 und 8 Prozent verzeichnen darüber hinaus auch Spanien, Portugal, Irland und Slowenien. Auf der anderen Seite existieren mit Lettland, Litauen und Bulgarien drei Staaten, in denen es im selben Zeitraum zweistellige Reallohnzuwächse gab. Letztere basieren jedoch auf starken Basiseffekten, die durch ein in absoluten Größen immer noch sehr niedriges Lohnniveau in diesen Ländern zustande kommen. Relativ hohe Reallohnsteigerungen mit Werten zwischen 3 und 7 Prozent gab es außerdem in fünf weiteren Ländern – darunter Schweden, Polen, Estland, Deutschland und die Slowakei.

Jenseits einiger bedeutender Differenzen zwischen den einzelnen EU-Staaten wird das neue lohnpolitische Entwicklungsmuster in Europa seit Ausbruch der Krise durch eine insgesamt äußerst schwache (Real-)Lohnentwicklung geprägt, die in vielen europäischen Ländern mit mehrjährigen Phasen von Reallohnverlusten einhergeht (Tabelle 2). Dies gilt insbesondere für diejenigen süd- und osteuropäischen Krisenstaaten, in denen die Arbeitslosigkeit besonders hoch liegt. Auch für das

laufende Jahr 2014 wird im Hinblick auf die Lohnentwicklung keine Trendwende erwartet. EU-weit werden die Reallöhne weiterhin stagnieren, während für 13 EU-Staaten sogar weitere Reallohnverluste prognostiziert werden.

Der neoliberale Umbau der Tarifvertragsysteme

Das durch Reallohnverluste geprägte neue lohnpolitische Entwicklungsmuster in Europa ist nicht nur Ausdruck einer durch die Wirtschaftskrise und hohe Arbeitslosigkeit strukturell geschwächte Verhandlungsposition der Gewerkschaften, sondern auch das Ergebnis eines neuen lohnpolitischen Interventionismus, bei dem die Politik aktiv in die Lohngestaltung eingreift (Busch et.al. 2013, Schulten und Müller 2013). Im Zuge der Krise hat sich innerhalb der EU ein neues System der *Economic Governance* herausgebildet, das auf eine festere Koordinierung der europäischen Wirtschaftspolitik zielt. Im Rahmen des so genannten „Europäischen Semester“, das einen jährlich wiederkehrenden Koordinierungszyklus

Tabelle 2: Entwicklung der Reallöhne in der Europäischen Union
2008-2014, in % zum Vorjahr*

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014**
Belgien	-0,9	1,2	-0,9	-0,3	1,1	1,0	-0,3
Bulgarien	4,8	5,6	6,9	3,4	0,5	3,1	2,1
Tschechien	-2,1	-1,2	1,9	0,2	-1,2	-2,3	1,2
Dänemark	-0,1	2,2	1,3	-1,4	-0,9	0,9	0,2
Deutschland	-0,7	-0,1	1,2	0,5	0,5	0,3	1,0
Estland	-0,9	-3,3	-0,4	-4,6	1,8	3,5	4,1
Irland	2,1	0,6	-2,2	-1,3	-1,1	-0,8	-1,5
Griechenland	-0,6	2,2	-7,3	-6,5	-5,2	-6,1	-1,1
Spanien	2,8	4,4	-1,6	-1,8	-2,2	-0,5	-0,8
Frankreich	-0,4	1,9	0,8	0,2	0,0	0,4	-0,1
Kroatien	1,1	-1,2	0,8	0,8	-0,2	-1,3	-0,3
Italien	0,3	0,9	1,2	-1,6	-2,3	0,0	-0,4
Zypern	-1,0	2,4	0,0	-1,0	-4,0	-9,9	-5,8
Lettland	0,4	-16,0	-5,5	11,9	4,6	4,3	2,9
Litauen	3,2	-14,1	6,0	2,2	0,6	3,1	1,9
Luxemburg	-0,7	1,8	-0,2	-1,3	-0,9	-0,9	1,2
Ungarn	1,2	-5,7	-5,2	-0,3	-4,9	-2,2	2,0
Malta	-0,5	1,4	-0,5	-1,9	-1,0	1,1	-0,1
Niederlande	1,1	1,5	0,6	-0,9	-0,9	-2,7	0,0
Österreich	-0,1	2,1	-0,5	-1,2	0,0	0,2	0,0
Polen	4,7	-0,5	2,0	0,7	0,4	1,7	1,0
Portugal	0,3	3,7	0,6	-4,2	-4,8	2,1	-1,8
Rumänien	24,0	-7,5	-9,4	-1,6	2,2	2,6	1,9
Slowenien	1,7	0,9	1,8	-0,5	-3,8	-2,1	-1,8
Slowakei	3,1	1,6	4,4	-2,1	-0,9	0,5	1,5
Finnland	0,5	0,7	0,1	-0,1	0,3	0,2	-0,3
Schweden	-1,8	-0,3	1,2	-0,6	2,2	2,2	1,6
Vereinigtes Königreich	-1,9	0,2	-0,2	-2,5	-0,9	-1,3	-0,7
EU	-0,4	0,8	0,3	-0,9	-0,6	0,0	0,1

*Nominallöhne deflationiert um den Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI);

** Daten für 2014: Prognose der Europäischen Kommission (Herbst 2013) Quelle: AMECO Datenbank der Europäischen Kommission

lus darstellt, werden regelmäßig die Lohnentwicklungen in allen EU-Staaten überprüft und Empfehlungen für die nationale Lohnpolitik ausgesprochen. Letztere beziehen sich nicht nur auf die Höhe einer „angemessenen“ Entwicklung der Löhne und Lohnstückkosten, sondern auch auf eine „nach unten gerichtete Flexibilität“ der Tarifvertragssysteme.

Im Ergebnis dieser neuen europäischen Economic Governance kommt es zu massiven staatlichen Interventionen in die Lohnpolitik, die vor allem Lohnkürzungen und Lohnstopps im öffentlichen Sektor (European Commission 2013b) und bei den gesetzlichen Mindestlöhnen (Schulten 2014) umfassen. Neben den unmittelbaren Eingriffen in die aktuelle Lohnentwicklung haben viele Länder außerdem damit begonnen, ihre nationalen Tarifvertragssysteme umzubauen (Schulten und Müller 2013).

Die Richtschnur für diesen Umbau wurde u.a. von der Europäischen Kommission vorgegeben, die unter der Überschrift „beschäftigungsfreundliche Reformen“ einen umfassenden Maßnahmenkatalog veröffentlicht hat, der neben verschiedenen Forderungen zur Deregulierung des Arbeitsmarktes (z. B. Senkung der Arbeitslosenhilfe, Abbau des Kündigungsschutzes, Anhebung des Renteneintrittsalters) auch ein eigenes Unterkapitel zur Reform der Tarifvertragssysteme enthält, das folgende Punkte umfasst (European Commission 2012):

- „Senkung des gesetzlichen und tarifvertraglich festgelegten Mindestlohns“,
- „Reduzierung der Tarifbindung“,
- „Reduzierung der (automatischen) Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen“,
- „Dezentralisierung des Tarifvertragssystems, z. B. durch die Abschaffung oder Einschränkung des Günstigkeitsprinzips“,

- Einführung/Ausweitung der „Möglichkeit zur betrieblichen Abweichung von Flächentarifverträgen bzw. zur Verhandlung von betrieblichen Vereinbarungen“,
- Förderung von Maßnahmen, „die zu einer generellen Reduzierung der Lohnsetzungsmacht von Gewerkschaften führen“.

Mit diesem Maßnahmenkatalog zielt die Europäische Kommission nicht nur auf eine radikale Dezentralisierung der Tarifpolitik. Sie tritt vielmehr offen dafür ein, dass die Bedeutung von Tarifverträgen und der damit verbundene Einfluss der Gewerkschaften insgesamt zurückgedrängt werden. Betrachtet man die in jüngster Zeit in vielen europäischen Ländern vollzogenen Veränderungen in den nationalen Tarifvertragssystemen, so hat es mehr als den Anschein, als dass der Maßnahmenkatalog der Europäischen Kommission als Blaupause fingiert hätte. Dies gilt insbesondere für diejenigen Länder, die wie Griechenland, Portugal, und Spanien unter dem direkten Einfluss der so genannten „Troika“ aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und dem Internationalen Währungsfond (IWF) standen. Unter dem Druck der Troika kam es in allen drei Ländern zu einer erheblichen Veränderung des Tarifvertragssystems, die im Wesentlichen drei Elemente umfasste (Schulten und Müller 2013):

1. die Einführung eines weitreichenden Vorrangs von betrieblichen Vereinbarungen gegenüber Branchentarifverträgen, sodass de facto sektorale Standards auf Betriebsebene unterlaufen werden können;
2. die starke Einschränkung oder völlige Aufhebung staatlicher Regelungen zur Stützung des Tarifvertragssystems wie z.B. die Regelung zur Nachwirkung von Tarifverträgen oder das Instrument der Allgemeinverbindlicherklärung;
3. die Einführung der Möglichkeit, dass insbesondere in Kleinbetrieben auch nicht-

gewerkschaftliche Arbeitnehmergruppen Tarifverträge abschließen dürfen.

Der neoliberale Umbau der Tarifvertragsysteme in Griechenland, Portugal und Spanien hat in kürzester Zeit dazu geführt, dass die Bedeutung von Flächentarifverträgen stark zurückgegangen ist und sich der Anteil der Beschäftigten, die durch einen Tarifvertrag geschützt wird, radikal verringert hat (**Tabelle 3**). In *Griechenland* wurden im Jahr 2013 nur noch 14 neue Branchentarifverträge abgeschlossen, während es in Jahre 2008 noch 202 Verträge waren. Die starke Zunahme von Unternehmenstarifverträgen im Jahr 2012 ist zudem darauf zurückzuführen, dass hier im Wesentlichen betriebliche Löhne vereinbart wurden, die unterhalb bestehender Branchenlöhne lagen (Daouli et.al. 2013).

In *Portugal* ist sowohl die Anzahl der Branchen als auch der Unternehmenstarifverträge seit Ausbruch der Krise deutlich zurückgegangen. Zugleich wurde auf Druck der Troika die für die Stabilität des portugiesischen Tarifvertragssystems besonders wichtige Nutzung der Allgemeinverbindlicherklärung deutlich eingeschränkt. Im Ergebnis kam es zu einem radikalen Bedeutungsverlust der Tarifverträge. Innerhalb nur eines Jahres ist die Tarifbindung um drei Viertel zurückgegangen, von etwa 1,2 Millionen Beschäftigte im Jahr 2011 auf gerade noch 300.000 Beschäftigte 2012.

Schließlich ist auch in *Spanien* ein rasanter Bedeutungsverlust des Tarifvertragssystems beobachtbar. So hat sich im Zuge der weitreichenden Reform des Tarifrechts zwischen 2011 und 213 die Anzahl der Branchentarifverträge mehr als halbiert, während die Anzahl der Un-

Tabelle 3: Tarifverträge und Tarifbindung in Griechenland, Portugal und Spanien 2008-2013

	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Griechenland*						
Branchenverträge	202	103	91	55	31	14
Unternehmensverträge	462	347	352	241	978	408
Portugal						
Branchenverträge	200	164	166	115	46	
Unternehmensverträge	95	87	64	55	39	
Tarifverträge (Insgesamt)	295	251	230	170	85	
Anzahl der Allgemeinverbindlicherklärungen	137	102	116	17	12	
Tarifgebundene Beschäftigte (in Mio.)	1,9	1,4	1,4	1,2	0,3	
Spanien						
Branchenverträge	1.448	1.366	1.265	1.163	982	543
Unternehmensverträge	4.539	4.323	3.802	3.422	2.781	1.281
Tarifverträge (Insgesamt)	5.987	5.689	5.067	4.585	3.763	1.824
Tarifgebundene Beschäftigte (in Mio.)	12,0	11,6	10,8	10,7	9,1	5,7

* Jeweils in dem Jahr neu abgeschlossenen Tarifverträge. Quellen: Arbeitsministerien von Spanien, Portugal und Griechenland

ternehmenstarifverträge sogar um fast zwei Drittel zurückgegangen ist. Dementsprechend hat sich auch die Tarifbindung in Spanien radikal verringert. Fielen 2011 noch 10,7 Millionen Beschäftigte unter den Geltungsbereich eines Tarifvertrages, so waren es 2013 gerade noch 5,7 Millionen.

Zwar ist der neoliberale Umbau der Tarifvertragssysteme in Griechenland, Portugal und Spanien besonders weit fortgeschritten, er bleibt jedoch keineswegs auf diese Länder beschränkt. Ähnlich weitreichende Veränderungen in den Tarifvertragssystemen lassen sich z.B. auch in Irland, Italien und Rumänien beobachten. Schließlich werden die gleichen Empfehlungen zur Reform der Tarifvertragssysteme mittlerweile auch für Staaten ausgesprochen, die bislang noch nicht im Mittelpunkt der europäischen Krisenpolitik standen. Hierzu gehören derzeit vor allem Belgien und Frankreich, denen im Rahmen des Europäischen Semesters entsprechende „Struktur-reformen“ bei der Lohnfindung angeraten werden (Schulden und Müller 2013). Insgesamt stellt sich der neoliberale Umbau der Tarifvertragssysteme aus Sicht seiner Protagonisten als eine erfolgreiche Strategie dar, um das neue lohnpolitische Entwicklungsmuster in Europa institutionell abzusichern.

Ökonomische Konsequenzen einer schwachen Lohnentwicklung

Aus der Sicht der Europäischen Kommission (2013a) stellt die schwache Lohnentwicklung für viele europäische Länder einen notwendigen Anpassungsprozess dar, der ihnen helfen soll, ihre Wettbewerbsfähigkeit wieder herzustellen und bestehende Leistungsbilanzdefizite abzubauen. Im Kern geht es dabei um eine exportorientierte Wachstumsstrategie, die als Ausweg aus der Krise propagiert wird.

Allerdings scheint sich die erhoffte Wirkungskette einer durch Lohnkürzungen verbesserten Wettbewerbsfähigkeit, die sich über mehr Ex-

porte in neues Wachstum und mehr Beschäftigung übersetzt, in der Realität nicht einstellen zu wollen. Studien des IWF haben im Gegenteil ergeben, dass in Ländern wie Griechenland, Irland, Portugal und Spanien die schwache Lohnentwicklung gar nicht zu einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit geführt hat, da die Unternehmen vielfach die Lohnkostensparnis gar nicht in die Preise ihrer Produkte weitergegeben, sondern direkt zur Erhöhung ihrer Gewinne verwendet haben (IMF 2013a).

Auf der anderen Seite hat die schwache Lohnentwicklung in einem durch Austeritätspolitik geprägten wirtschaftspolitischen Umfeld das ihre dazu beigetragen, dass sich die gesamtwirtschaftliche Nachfrage nur sehr schwach entwickelt hat und in vielen Ländern deutlich zurückgegangen ist. Insgesamt lässt sich für die meisten europäischen Staaten ein enger Zusammenhang zwischen der Lohnentwicklung und der Entwicklung des privaten Konsums nachweisen. So ist es denn auch wenig verwunderlich, dass insbesondere in den ost- und südeuropäischen Krisenstaaten, in denen die Reallöhne erheblich gesunken sind, auch die Ausgaben für den privaten Konsum stark rückläufig sind

Mittlerweile wurde sogar durch den IWF in einer viel beachteten Studie offen eingestanden, dass die negativen Einflüsse der Austeritätspolitik auf die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage systematisch unterschätzt wurden (Blanchard und Leigh 2013). Obwohl sich offensichtlich ein ähnlicher Zusammenhang auch für die anhaltend schwache Lohnentwicklung in Europa konstatieren lässt, fordert der gleiche IWF nach wie vor die Fortsetzung neoliberaler Strukturreformen auf dem Arbeitsmarkt (Blanchard et. al. 2013). Im Falle von Spanien hat der IWF beispielsweise erst unlängst den dortigen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften angeraten, im Rahmen eines nationalen Sozialpaktes eine zusätzliche landesweite (Nominal-)Lohnkürzung von 10 Prozent zu vereinbaren (MF 2013: 14).

Es ist daher zu befürchten, dass der internationale Druck auf die Lohnpolitik in vielen europäischen Ländern weiter anhalten wird und die Lohnentwicklung in der gesamten EU ihren bisherigen Kurs weiter fortsetzt. Damit dürfte von den Löhnen auch zukünftig kaum ein Beitrag zur Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage in Europa ausgehen, ohne die weder eine nachhaltige Stärkung des Wachstums noch ein umfassender Abbau der Arbeitslosigkeit möglich sein wird. Hinzu kommt, dass mit der Fortsetzung einer schwachen Lohnentwicklung die sich heute schon in einigen Ländern andeutende Gefahr einer Deflation in ganz Europa weiter zunehmen wird (OFCE et.al. 2013).

Die Alternative zu einem solchen Deflationsszenario liegt in der Entwicklung eines stärker lohn- und nachfragegetriebenen Entwicklungsmodells in Europa, das auf einer Lohnpolitik beruht, die die Reallöhne sichert und Produktivitätsspielräume ausschöpft (Stockhammer und Onaran 2012). Gefordert sind hierbei derzeit vor allem die europäischen Leistungsbilanzüberschussländer in West- und Nordeuropa – darunter insbesondere Deutschland –, deren Aufgabe darin bestünde, durch eine deutlich expansivere Lohnentwicklung die wirtschaftliche Dynamik in ganz Europa zu befördern. Aber auch die Länder Ost- und Südeuropas sollten den anhaltenden Reallohnrückgang stoppen und zu einem Lohnpfad zurückkehren, der eine Stabilisierung der privaten Nachfrage erlaubt.

Schließlich bedarf eine alternative Lohnpolitik in Europa auch einer institutionellen Absicherung, die nicht auf die Zerstörung, sondern im Gegenteil auf die Stärkung und den Ausbau überbetrieblicher Tarifvertragssysteme setzt wie dies z.B. von der Internationalen Arbeitsorganisation gefordert wird (ILO 2013). Dabei könnte der aktuellen Entwicklung in Deutschland eine Schlüsselstellung zukommen, dessen neue Regierung sich entgegen dem europäischen Trend eine Stärkung des Tarifvertragssystems auf die Fahnen geschrie-

ben hat und nach einem Jahrzehnt neoliberaler Reformen auf dem Arbeitsmarkt nun mit den notwendigen Korrekturen beginnt. ■

Literatur:

- Blanchard, Olivier, Florence Jaumotte und Prakash Loungani (2013): Labour Market Policies and IMF Advice in Advanced Economies During the Great Recession, IMF Staff Discussion Note SDN/13/02
- Blanchard, Olivier und Daniel Leigh (2013): Growth Forecast Errors and Fiscal Multipliers, IMF Working Paper No. WP/13/1.
- Busch, Klaus, Christoph Hermann, Karl Hinrichs und Thorsten Schulten (2013): Euro Crisis, Austerity Policy and the European Social Model. How Crisis Policies in Southern Europe Threaten the EU's Social Dimension, Study for the Friedrich Ebert Stiftung (FES), Berlin (<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/09656.pdf>).
- Daouli, Joan J., Michael Demoussis, Nicholas Giannakopoulos und Ioannis S. Laliotis (2013): The Impact of the 2011 Collective Bargaining Reform on Wage Adjustments in Greece, Department of Economics, University of Patras. Draft Paper December 2013.
- European Commission (2012): Labour Market Developments in Europe 2012, European Economy No. 5, Report of the Directorate-General for Economic and Financial Affairs, Brussels: European Union.
- European Commission (2013a): European Economic Forecast Autumn 2013, European Economy No 7, Report of the Directorate-General for Economic and Financial Affairs, Brussels: European Union.
- European Commission (2013b): Industrial Relations in Europe 2012, Report of the Directorate-General for Employment, Social Affairs and Inclusion, Brussels: European Union.
- European Commission (2014): Employment and Social Developments in Europe 2013, Report of the Directorate-General for Employment, Social Affairs and Inclusion, Brussels: European Union.
- Hein, Eckhard und Thorsten Schulten (2004): Unemployment, wages and collective bargaining in the European Union, in: Transfer – European Review of Labour and Research Vol. 10 (4), 532–551.
- ILO (2013): Jobs, growth and social justice, 9th Regional European Meeting in Oslo, 8–11 April 2013, Report of the Director-General, Geneva: ILO.
- IMF (2013a): Euro Area Policies 2013 Article IV Consultation, Selected Issues Paper, IMF Country Report No. 13/232 (<http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2013/cr13232.pdf>).
- IMF (2013b): Spain, IMF Country Report No. 13/244 (<http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2013/cr13244.pdf>).
- Marterbauer, Markus (2013): Die neoklassische Wirtschaftspolitik der EU ist gescheitert, in: AK Wien Infobrief EU & International Nr. 3, 1-6.
- OFCE, ECLM, IMK (2013): Independent Annual Growth Survey, Second Report 2014, Brussels (http://www.progressiveeconomy.eu/sites/default/files/iAGS%202014_1.pdf).
- Schulten, Thorsten (2011): Deutschlands lohnpolitische Sonderrolle in Europa, in: Reinhard Bispinck (Hrsg.), Zwischen Beschäftigungswunder und Lohndumping? Tarifpolitik in und nach der Krise, Hamburg, 47-58.
- Schulten, Thorsten (2014): Mindestlohnregime in Europa ... und was Deutschland von ihnen lernen kann, Studie für die Friedrich Ebert Stiftung (FES), Berlin (<http://library.fes.de/pdf-files/id-moe/10529.pdf>).
- Schulten, Thorsten und Torsten Müller (2013): A new European interventionism? The impact of the new European economic governance on wages and collective bargaining, in: David Natali und Bart Vanhercke (eds.), Social developments in the European Union 2012, Brussels, OSE and ETUI, 181-214.
- Stockhammer, Egelbert und Özlem Onaran (2012): Rethinking wage policy in the face of the Euro crisis: Implications of the wage-led demand regime, in: International Review of Applied Economics. Vol. 26 (2), S. 191-203.

⇒ Dr. Thorsten Schulten ist Leiter des Referats Arbeits- und Tarifpolitik in Europa beim Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung.

Der Entwurf des Bundeshaushalts 2015 – Grund zur Zufriedenheit?

von Arne Heise



Nach den Regularien der deutschen „Schuldenbremse“ und des europäischen Fiskalpaktes muss Deutschland ab dem Jahr 2016 einen strukturell ausgeglichenen Bundeshaushalt präsentieren, d.h. die einstmals im Grundgesetz festgeschriebene Verschuldungsmöglichkeit für investive Zwecke ist weiter eingeschränkt. Ab 2016 ist Verschuldung nurmehr im Rahmen der automatischen Stabilisatoren zugelassen. Der zweite Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2014 und die Planung des Bundeshaushalts 2015 versprechen nun, das Ziel des strukturell ausgeglichenen Haushalts bereits in diesem Jahr zu erreichen – und 2015 soll sogar erstmals seit 1969 ganz auf die Aufnahme neuer Schulden verzichtet werden. Glaubt man darüber hinaus den Aussagen des Bundesfinanzministeriums, dass so genannte „prioritäre Maßnahmen“ des Koalitionsvertrags im Umfang von 23 Milliarden Euro über vier Jahre bis 2017 (z.B. 5 Milliarden Euro für öffentliche Infrastruktur, 3 Milliarden für die Entlastung der Kommunen, 6 Milliarden Euro für die Entlastung der Bundesländer) in diesen Planungen bereits ebenfalls berücksichtigt sind, scheint alles bestens gerichtet zu sein.

Trotz Schuldenbremse sind Handlungsspielräume vorhanden

Die Kritik beginnt aber schon an der in der „Schuldenbremse“ festgeschriebenen Budgetpolitik der „schwäbischen Hausfrau“, der leider auch die überwiegende Mehrheit der sozialdemokratischen Bundetagsabgeordneten unverständlicherweise ihre Zustimmung gegeben haben. Der öffentliche Haushalt kann, anders als private Haushalte, seinen Saldo nicht ohne Gefahr für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung einem symbolischen Richtwert unterordnen. Eine dennoch derart

durchgesetzte Finanzpolitik müsste langfristig auf eine kontinuierliche Reduktion der Schuldenstandsquote von Null hinauslaufen. Selbst finanzwissenschaftliche Laien erahnen, dass dies keine sinnvolle Ausrichtung ist, wenn mit den Ausgaben auch Staatsvermögen geschaffen wird, das auch künftigen Generationen zur Verfügung steht.

Doch wenn schon ökonomisches Rasonieren gegen die Schuldenbremse nicht mehr hilft, bleibt immer noch fraglich, ob die aus der Schuldenbremse erwachsende Restriktion nicht wenigstens soweit wie möglich zeitlich nach hinten geschoben werden sollte. Nach dem europäischen Fiskalpakt ist ein (konjunkturbereinigtes) strukturelles Defizit von 0,35 Prozent des BIP erlaubt. Dieses Kriterium wurde bereits seit 2012 nicht nur eingehalten, sondern zunehmend übererfüllt – oder anders ausgedrückt: Selbst wenn die Bundesregierung die Ausgaben 2014 und 2015 jährlich um ca. 10 Milliarden Euro erhöhen würde, könnten die Kriterien des Fiskalpaktes eingehalten werden. Wenn dann auch noch die Multiplikatoreffekte dieser öffentlichen Ausgaben berücksichtigt würden, könnten die zusätzlichen Ausgaben deutlich höher liegen ohne den Fiskalpakt brechen zu müssen.

Investiver Handlungsbedarf unübersehbar

Wenn man ernsthaft den Standpunkt vertritt, es gäbe keine sinnvollen öffentlichen Auf- und Ausgaben jenseits der beschlossenen und im Regierungsentwurf erfassten Ansätze, dann freilich wäre ein impliziter Abbau der Staatsverschuldung – die Schuldenstandsquote soll laut Regierungsentwurf von ca. 80 Prozent im Jahr 2013, auf 76 Prozent 2014 und etwa 74 Prozent 2015 sinken – plausibel und

würde durch Entlastungen bei den Zinszahlungen der öffentlichen Haushalte auch Handlungsspielräume schaffen. Die öffentliche Investitionsquote (siehe Tabelle) liegt allerdings 2014 weiterhin auf historischem Tiefpunkt von 1,5 Prozent des BIP und damit teilweise weit unter den entsprechenden Quoten in den meisten anderen hochentwickelten Volkswirtschaften. Ruft man sich dann noch die Bilder von verrottenden Schulen und Universitätsgebäuden, Straßen und Brücken ins Gedächtnis, wird man kaum behaupten können, Deutschland erhalte seine öffentliche Infrastruktur.

als Massenarbeitslosigkeit bezeichnet wurde. Und die im Durchschnitt der nächsten Jahre von der Bundesregierung prognostizierten 1,5 Prozent Wirtschaftswachstum sind ebenfalls eher bescheiden und liegen sicher unterhalb des deutschen Potenzialwachstums. Daher wären Wachstumsimpulse, die durch ein öffentliches Investitionsprogramm entstünden, sicher angezeigt. Schließlich würde ein höheres Wirtschaftswachstum in Deutschland die regionale Zahlungsbilanzungleichgewichte in der Eurozone reduzieren und die Exportchancen der südeuropäischen Krisenländer verbessern

Öffentliche Investitionsquoten

Jahr	1990	2000	2010	2011	2012	2013	2014*	2015*
Öffentliche Investitionsquote (% des BIP)	2,4	1,9	1,7	1,7	1,5	1,5	1,5	1,6
Vergleichsländer	USA	GB	F	I	E	GR	J	Eurozone
Öffentliche Investitionsquote (% des BIP; 2014*)	2,6	2,2	3,1	1,8	1,2	2,0	4,0	2,0

Anmerkungen: * = Prognose

Quelle: Europäische Wirtschaft, stat. Anhang Herbst 2013

Jetzt investieren!

Wenn die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) den unmittelbaren Investitionsbedarf in die seit Jahren vernachlässigte Verkehrsinfrastruktur auf deutlich über 100 Milliarden Euro beziffert, der kommunale Investitionsstau weitere 50 Milliarden Euro ausmacht und die Deutsche Bahn (DB) von über 30 Milliarden Euro spricht, die investiert werden müssen, um den regulären Betrieb der Bahn aufrechtzuerhalten, dann bleibt unverständlich, weshalb finanzpolitische Handlungsspielräume, die noch bestehen, nicht genutzt werden. Auch der Arbeitsmarkt weist mit einer offiziellen Arbeitslosenquote von über 6 Prozent und weiterer verdeckter Arbeitslosigkeit von mindestens 4 Prozent immer noch eine beklagenswerte Schieflage auf, die früher einmal

helfen – zweifellos ein konstruktiverer Beitrag Deutschlands zur Überwindung der Eurokrise als das ständige Beharren auf die Durchsetzung von Austeritätsprogrammen.

Klar ist, dass es sich ein ökonomisch hochentwickeltes Land wie Deutschland im internationalen Wettbewerb nicht leisten kann, seine Infrastruktur dauerhaft zu vernachlässigen und ebenso klar sollte es sein, dass auch künftige Generationen nicht besser dastehen, wenn wir ihnen zwar eine geringere Verschuldung, aber eben auch eine wettbewerbsunfähige, sozial bedenkliche öffentliche Daseinsvorsorge hinterlassen. ■

☞ Dr. Arne Heise ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg.

Die aktuelle Zahl

23

von Claudia Bogedan

Jugendarbeitslosigkeit in Europa

23 Prozent der jungen Menschen in Europa sind arbeitslos, das sind drei Millionen unter 25-Jährige, die in den 28 Mitgliedsstaaten keine Arbeit finden können. Damit liegt die Zahl zwar leicht unter dem Wert im letzten Jahr um diese Zeit, doch die Höhe bleibt erschreckend. Denn erstens ist sie mehr als doppelt so hoch wie für alle Arbeitslosen und zweitens scheint eine ernsthaftige Besserung nicht in Sicht. Längst macht die Rede von der verlorenen Generation die Runde, die Regierungschefs beschließen Sofortmaßnahmen. Doch die „Narben“ einer längeren Arbeitslosigkeit bleiben dauerhaft – *scareffects* nennen das die Lebensverlaufforscher: Denn Phasen von Arbeitslosigkeit führen im weiteren Lebensverlauf zu einem dauerhaft niedrigerem Einkommen im Vergleich zu Personen ohne Arbeitslosigkeit. Und Arbeitslosigkeitserfahrungen in der Jugendzeit erhöhen signifikant die Wahrscheinlichkeit auch im späteren Erwerbsleben erneut arbeitslos zu werden. So zumindest die Erkenntnisse für frühere Kohorten. Noch nicht zu ermessen sind allerdings die Folgen einer anhaltend hohen Arbeitslosigkeit, die eine ganze Generation auf einem gesamten Kontinent trifft.

Dabei darf jedoch nicht außer Acht gelassen werden, dass die Unterschiede zwischen den Ländern zum Teil erheblich sind. Während in Deutschland weniger als 8 Prozent der jungen Menschen betroffen sind, sind in Spanien 53 Prozent der unter 25-Jährigen ohne Arbeit. Gezählt werden dabei alle Jugendlichen, die eine Stelle suchen im Verhältnis zu denen, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Die Zahlen geben daher auch keine Auskunft darüber wie viele Jugendliche in Ausbildung sind oder sich für

Ausweichstrategien – wie z.B. Auslandsaufenthalte – entschieden haben und daher dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen. Mit den großen Unterschieden bei der Arbeitslosigkeit, der Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes und dem Konsum zwischen den Ländern driftet die europäische Union weiter auseinander. Die Strukturmaßnahmen, die den Krisenländern auferlegt wurden, werden zudem die Ungleichheit in den einzelnen Ländern verstärken.

Die Herausforderung ist daher riesig, denn die Europäische Union muss sich nun als Projekt bewähren – und ist auf dem besten Weg zu versagen. Alle Aktionsprogramme und Mobilitätshilfen für junge Menschen können nur Reparaturbetrieb bleiben, solange es kein wirkliches Umsteuern in der Wirtschafts- und Fiskalpolitik gibt. Das Hauptproblem sind die fehlenden Arbeitsplätze. Um die notwendigen Impulse zu setzen, bräuchte es jedoch höhere öffentliche Investitionen. Doch das Gegenteil ist in der Realität der Fall. Nach wie vor sind die am meisten betroffenen Länder einem strengen Spardiktat unterworfen. Wenn es im laufenden Wahlkampf Sozialdemokraten und Sozialisten nicht gelingt, ein alternatives Politikangebot zu formulieren, bleibt zu befürchten, dass es die Rechtspopulisten und Rechtsextremen sind, die zum Alternativenangebot für Europas Jugend werden. ■

↳ Dr. Claudia Bogedan ist Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Bonn

Crossover

Soll eine sozial-ökologische Kräftekonstellation im Jahr 2017 keine Wunschvorstellung bleiben, muss sie durch intensive Debatten zwischen den linken Parteien, Gewerkschaften, Verbänden und sozialen Bewegungen vorbereitet werden. Aus Sicht der SPD-Linken hat der Öffnungsbeschluss von Leipzig Möglichkeiten für eine rot-rot-grüne Zusammenarbeit auf Bundesebene eröffnet, die vorher SPD-intern blockiert waren. Andererseits erschwert die Einbindung der Partei in die große Koalition zugleich die langfristige und glaubwürdige Suche nach neuen Bündnissen. Es gilt, nicht nur auf bekannte Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu verweisen, sondern Brücken über die unterschiedlichen

*programmatischen Ansätze und Vertrauen zwischen den Akteuren zu bilden. Wird dieser Prozess allein machttaktisch und nicht als politisches Projekt verstanden, entsteht weder unter den beteiligten Akteuren noch in den jeweiligen Wählerklientelen Vertrauen. Mit der neuen Artikelserie **crossover** versucht spw, die diskursiven Schnittmengen zwischen progressiven Parteien, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen zu vergrößern und gemeinsame politische Gestaltungsperspektiven zu entwickeln. Zum Auftakt diskutieren Niels Annen und Stefan Liebich über das zwischen SPD und Linkspartei wohl am stärksten umstrittene Politikfeld der Außen- Sicherheits- und Friedenspolitik.* ■

Stolperfalle Militäreinsätze?

Streitgespräch: Niels Annen und Stefan Liebich

spw: Kaum ein Thema ist zwischen SPD und Linkspartei so umstritten wie der Einsatz von Militär. Diskutieren die Parteien differenziert genug darüber?

» **Liebich:** Man kann es sich beim Thema Militäreinsätze nicht schwer genug machen. Es handelt sich dabei um eine der schwierigsten Entscheidungen, die wir im Bundestag zu treffen haben. Wenn wir Soldaten ins Ausland schicken, gefährden wir nicht nur ihre Gesundheit und ihr Leben sondern auch das von Zivilisten im betreffenden Land. Das muss man sich also alles schon sehr gut überlegen.

» **Annen:** Dass es in der SPD in der Regel eine große Zustimmung zu Bundeswehrmandaten gegeben hat, heißt nicht, dass wir es uns leicht machen. Unsere heutige Haltung ist auch das Ergebnis einer Debatte innerhalb der SPD, die sich über viele Jahre entwickelt hat. Aber niemand macht es sich leicht

und es gibt auch in der SPD eine Handvoll von Kollegen, die zu einer anderen Entscheidung kommen. Das ist zu respektieren und Teil der Pluralität in unserer Partei.

spw: Wird die Debatte zu stark auf das Militär verkürzt?

» **Annen:** Es ist nicht die SPD, die die Debatte auf das Militär konzentriert. Die schwierigste Diskussion, die wir in diesem Zusammenhang gehabt haben ist neben Jugoslawien der Einsatz in Afghanistan gewesen. Wir haben damals mit der Afghanistan Task Force Kolleginnen aus den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit, Menschenrechte, Verteidigung, Auswärtiges und Inneres an einen Tisch geholt.

Allerdings bringen Militäreinsätze häufig medienwirksamere Bilder hervor als Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe. Deswegen wird auch der Einsatz von Militär

im Bundestag intensiver diskutiert, aber das heißt nicht, dass dies unser politischer Schwerpunkt ist.

» **Liebich:** Es ist problematisch, dass der Bundestag generelle Debatten über Außenpolitik nicht zur Kernzeit führt. Ich hätte es gut gefunden, wenn wir die Diskussion, die auf der Münchner Sicherheitskonferenz begonnen wurde, im Plenum des Bundestages fortführen würden, darüber, was es konkret heißt, Deutschland solle seine Außenpolitik nicht nur von der Seitenlinie aus betreiben. Wir befürchten, dass man mit scheinbar kleinen Einsätzen im Einzelnen durchaus Gutes leistet, sich im Ergebnis aber in lauter Konflikten befindet, die schnell eskalieren können.

Statt Soldaten zu schicken, können wir Fachkräfte für den Kapazitätsaufbau in Krisenstaaten entsenden. Wenn wir unsere Kapazitäten in diesem Bereich offensiver in den Vordergrund rücken würden, gäbe es auch eine andere Form der Diskussion. Gerade die zivilen Möglichkeiten des Engagements müssen stärker in den Mittelpunkt der Debatte rücken.

» **Annen:** Es stimmt, dass wir im Plenum mehr Grundsatzdebatten über Außenpolitik brauchen. Mir ist es wichtig, Debatten, wie die auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Parlament mitaufzugreifen und zu begleiten. Ich habe nicht den Eindruck, dass es eine schleichende Militarisierung der Außenpolitik gibt, wie es die Linksfraktion der Bundesregierung und dem Bundespräsidenten vorwirft. Das wird vielleicht nach außen so wahrgenommen, weil wir gerade eine Reihe neuer Mandate beschließen. Die Anzahl der Soldaten, um die es geht, kann man aber fast an einer Hand abzählen. Im Ergebnis werden sogar weniger Soldaten im Ausland ihren Dienst tun, da wir den Großteil der Kampfgruppen aus Afghanistan abziehen.

Deutschland befindet in einer Situation, in der sich viele Erwartungen an uns richten. Das

kann man nicht einfach beiseite schieben. Für mich bedeutet „Außenpolitik nicht von der Seitenlinie zu machen“ übrigens genau das, was Frank Walter Steinmeier in den letzten Wochen gemacht hat: nämlich mit viel Energie, diplomatischen Instrumenten und politischem Druck zu verhindern, dass eine Krise eskaliert. Das ist eine sehr zivile und sehr sozialdemokratische Strategie und hat nichts mit Militarisierung zu tun.

» **Liebich:** Aber wenn die Verteidigungsministerin sagt, dass man bei Mord und Vergewaltigung nicht wegschauen darf, handelt es sich um eine wagemutige Grenzziehung für Militäreinsätze. Selbst wenn man über Responsibility to Protect, also Schutzverantwortung, redet, geht es um Genozid und Massenvertreibung und nicht um Mord und Vergewaltigung.

» **Annen:** Da bin ich Deiner Meinung.

» **Liebich:** Steinmeier hat gesagt, es dürfe keine Kultur des Heraushaltens geben. Die gab es aber auch nicht. Es wird jetzt behauptet, sämtliche Regierungen in der Vergangenheit hätten sich immer zurückgehalten und dies müsse sich ändern. Das finde ich bedenklich.

Auch in Gaucks Rede beurteile ich einige Aussagen kritisch. Er hat beispielsweise gesagt, Deutschland dürfe sich aufgrund seiner Geschichte nicht heraushalten. Es gibt aber gute Gründe mit ausdrücklichem Bezug auf die deutsche Geschichte, hinsichtlich des Einsatzes von Militär besonders zurückhaltend zu sein. Er hat außerdem mit Verweis auf das Spannungsverhältnis zwischen Legalität und Legitimität die Entscheidung, sich 1998 am Kosovoeinsatz zu beteiligen, gutgeheißen. Wenn wir uns aber nicht darauf einigen können, dass das Völkerrecht für alle gilt, nehmen andere für sich gleichfalls in Anspruch, es nach ihrem Gutdünken zu interpretieren.

Ich glaube zwar nicht, dass unser Land sich in ein militaristisches Land verwandelt, aber ich habe die Sorge, dass die Schwelle für die Zustimmung zu Militäreinsätzen abgesenkt werden soll.

» **Annen:** Ich stimme Frank Walter Steinmeiers Aussage zur Kultur der militärischen Zurückhaltung voll und ganz zu. Indem Westerwelle in der Vergangenheit mit Verweis auf die Kultur der militärischen Zurückhaltung dafür gesorgt hat, dass Deutschland sich aus jedem Konflikt herausgehalten hat, ist der Begriff entwertet worden. Es geht nun darum, ihm wieder die Relevanz zu verschaffen, die er mal gehabt hat. Wenn man aus dem Floskelhaften herauskommt, sind unsere Verbündeten auch eher bereit zu akzeptieren, dass Deutschland sich mit den Mitteln beteiligt, die uns zur Verfügung stehen. Das können auch militärische sein. Aber das wird sicher nicht der Regelfall sein.

Bundespräsident Gauck lobt in seiner Rede ausdrücklich das bisherige Engagement Deutschlands in seiner gesamten Bandbreite, auch das zivile. Er hat explizit die Instrumente erwähnt, die Deutschland im Bereich der zivilen Konfliktprävention entwickelt hat. Darüber bin ich sehr froh. Und darauf sind wir in der SPD auch ein wenig stolz, weil wir diese Instrumente unter Rot-Grün entwickelt haben.

spw: Wenn der Einsatz von Militär thematisiert wird, bewegt die Diskussion sich oft im Spannungsfeld von Legalität und Legitimität, von Menschenrechtsschutz auf der einen und Völkerrecht auf der anderen Seite. Wie positioniert sich die Linkspartei in diesem Spannungsfeld?

» **Liebich:** Unsere Partei hat eine sehr restriktive Haltung zu Militäreinsätzen. Einsätze nach Kapitel VII der UN-Charta lehnen wir generell ab. Das heißt nicht, dass wir zu allen Formen von Militäreinsätzen von vornherein Nein sagen. Einsätze zur Absicherung von

Friedensverträgen oder zur Katastrophenhilfe diskutieren wir durchaus offen. Praktisch bedeutet es jedoch ein uneingeschränktes Nein zu Kampfeinsätzen jeglicher Art – selbst wenn es für sie ein UN-Mandat gibt.

Auch wenn es viele schwierige Fälle geben mag, das Völkerrecht muss in jedem Fall eingehalten werden. Geschieht das nicht, nehmen auch andere Staaten für sich in Anspruch, sich nicht mehr daran halten zu müssen. Wir erleben in diesen Tagen, wie Russland in der Krimkrise genau die gleichen Formulierungen verwendet, wie die NATO damals im Kosovo-Einsatz – auch wenn ein völlig anderer Sachverhalt vorliegt.

» **Annen:** Eigentlich müsste die Linksfraktion das Vorgehen Russlands auf der Krim dann einhellig verurteilen. Aber ich höre in der Linkspartei einige Stimmen, die Putins Vorgehen rechtfertigen.

» **Liebich:** Auch in der Linkspartei, die im Osten immerhin eine Volkspartei ist, gibt es viele unterschiedliche Meinungen. Ich finde, wer den Völkerrechtsbruch von NATO, EU und Deutschland im Kosovo kritisiert hat, muss das heute auch bei Russland tun. Und ich hoffe, dass auch die Mehrheit in unserer Partei das so sieht. Es darf aus angeblich alter Freundschaft keinen Rabatt für Russland geben. Ich würde mir von CDU, SPD und Grünen wünschen, dass sie künftig strikt auf die Einhaltung des Völkerrechts pochen. Sonst machen wir es jenen, die das Völkerrecht irgendwie für sich interpretieren, wie es heute Russland tut, zu leicht.

» **Annen:** Gerhard Schröder hat ja in großer Offenheit über den Kosovokrieg gesprochen. Aber natürlich gibt es zwischen dem Kosovo damals und der Krim heute einen Unterschied. Auf der Krim hat es keine Tötung oder Verfolgung von Zivilisten gegeben, im ehemaligen Jugoslawien schon. Ob das im Nachhinein den völkerrechtswidrigen Einsatz

von Militär rechtfertigt, werden wahrscheinlich die Historiker entscheiden.

Ich bin durchaus der Meinung, dass wir als Europäer in Bezug auf die Ukraine viele Fehler gemacht haben. Es war falsch, die Ukraine vor die Entscheidung entweder EU oder Russland zu stellen. Das zeugt von Unkenntnis der Lage in der Ukraine. Aber das rechtfertigt nicht, was die Russen dort jetzt machen.

spw: Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede gibt es zwischen SPD und Linkspartei im Bereich der Außenpolitik mit Blick auf eine mögliche Koalition?

» **Annen:** Ich glaube, dass wir uns mittelfristig aufeinander zubewegen können. Zentral ist meiner Meinung nach, sich darüber zu einigen, wie wir die Bündnisstrukturen bewerten, in die Deutschland eingebunden ist.

Bei der Linkspartei habe ich oft das Gefühl, dass sie davon ausgeht, unser Ansehen in der Welt würde steigen, wenn wir uns aus der NATO und den militärischen Strukturen der EU zurückzögen. Das halte ich für ein grundlegendes Missverständnis. Denn dann würde Deutschland isoliert, und Kräfte, die hier schlummern, würden keine Integrations- sondern nationale Politik betreiben. Das hielte ich für die größte Katastrophe für die deutsche Außenpolitik.

» **Liebich:** Ich bin absolut dagegen, dass Deutschland sich isoliert. Deutschland muss in Gemeinschaftsstrukturen eingebunden sein. Ich glaube auch, dass diese Position bei uns Mehrheiten findet. Die Frage ist nur, muss diese Gemeinschaft die NATO sein? Aus der westdeutschen Geschichte heraus ist sie nachvollziehbarer weise sicher ein Ort, an dem man sich orientiert. Doch nach dem Ende des Ost-West-Konflikts haben Europa und die USA Chancen vertan. Damals gab es die Überlegung, die Sicherheit in Europa gemeinsam garantieren zu wollen. In der Frage um die NATO

wird es aber, denke ich, keine so hitzige Diskussion mehr geben wie einst zwischen SPD und Grünen.

Die größte Gefahr für die NATO besteht heute darin, dass die USA sich zurückziehen. Wenn dies geschieht, können wir darüber sprechen, ob die Forderung der Linkspartei, die NATO durch eine europäische Sicherheitsarchitektur unter Einbeziehung Russlands zu ersetzen, nicht eine sinnvolle Alternative darstellt. Die Aussage, dass Verträge gelten müssen, wird jeder vernünftige Mensch, auch in unserer Partei, unterschreiben. Wenn man in eine Regierung geht, weiß man, dass man sich auf bestimmte Strukturen einlässt, in denen Deutschland sich befindet. Das heißt aber nicht, diese als statisch hinzunehmen. Diejenigen, die einen Austritt aus der NATO fordern, sind auch bei uns in der Minderheit geblieben – ebenso wie diejenigen, die eine ersatzlose Auflösung der NATO wollen.

» **Annen:** Ich denke, dass wir über die NATO sprechen müssen, weil ich befürchte, dass eine mögliche rot-rot-grüne Bundesregierung an der Frage darüber zerbrechen könnte, ob sich deutsche Soldaten an einem möglichen NATO-Einsatz beteiligen sollen. Das muss man vorher besprechen. Sonst kann man das wichtigste Land der EU nicht gemeinsam regieren. Ich bin übrigens auch kein Freund der gegenwärtigen NATO-Politik. Aber wir haben als Europäer ein Interesse daran, die Amerikaner in unserem gemeinsamen Sicherheitssystem zu behalten. Einen möglichen Rückzug der USA aus der NATO sehe ich nicht als Chance sondern eher als Gefahr. Ich befürchte, dass sich dadurch unsere Einflussmöglichkeiten dramatisch reduzieren würden. Meiner Meinung nach trägt die NATO eher zur Stabilität in unserer Region bei. Das heißt aber nicht, dass sie sich nicht verändern sollte.

spw: Deutschland ist nach wie vor drittgrößter Rüstungsexporteur. Wie beurteilt Ihr

die Vereinbarungen zum Thema Rüstungsexporte im Koalitionsvertrag?

» **Liebich:** Unsere Partei möchte, dass Deutschland gar keine Waffen mehr exportiert. Das hängt auch damit zusammen, dass Deutschland inzwischen Platz drei der Rüstungsexportnationen einnimmt. Jeder Versuch, die Exporte zu begrenzen, hat bisher nicht gefruchtet. In jedem Konflikt tauchen aktuell deutsche Waffen auf. Das ist ein Problem.

Es macht mir auch Sorgen, wenn wir jetzt eine noch weniger transparente Rüstungsexportpolitik bekommen als mit der FDP in der Regierung. Es dürfen einfach keine Exporte in Kriegs- und Krisengebiete mehr stattfinden und es müsste, so wie es auch beim US-Kongress der Fall ist, die Möglichkeit geben, im Vorfeld im Parlament über Rüstungsexporte zu reden. Diesbezüglich haben wir mehr Übereinstimmungen mit den Grünen.

» **Annen:** Ich sehe die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag als einen sozialdemokratischen Erfolg. Zum einen haben wir beschlossen, dass die Rüstungsexportrichtlinien der rot-grünen Regierung, die Guido Westerwelle ignoriert hat, wieder verbindlich gelten sollen. Ich hätte auch nichts dagegen gehabt, dies in einem Gesetz festzuschreiben. Das war aber leider mit der Union nicht möglich. Mit einer rot-rot-grünen Bundesregierung wäre dies wahrscheinlich gelungen. Zum anderen sorgen wir für mehr, nicht für weniger Transparenz. Wir werden die Öffentlichkeit nicht erst ein Jahr nach den Entscheidungen über die Rüstungsexporte unterrichten. Stattdessen wird es nun zwei Berichte pro Jahr geben. Bei den Entscheidungen, die durch den Bundessicherheitsrat gehen, wird es eine unmittelbare Unterrichtung des Parlamentes geben.

Im SPD-Wahlprogramm haben wir gefordert – ähnlich wie in den USA – ein Gremium zu schaffen, das im Vorfeld von Rüstungsexporten an der Entscheidung darüber beteiligt

wird. Das habe ich persönlich allerdings nie für eine gute Idee gehalten, weil ich mir die amerikanische Praxis angesehen habe. Der amerikanische Kongress versteht sich nämlich als Teil der Regierung. Bei uns kontrolliert das Parlament die Regierung. Ich möchte, dass wir als Parlamentarier die notwendigen Informationen bekommen, um die Regierung zu kontrollieren. Ich möchte aber nicht, dass das Parlament für Entscheidungen in Mithaftung genommen wird. Darüber soll die Regierung entscheiden. Daher ist sie gewählt. Durch unsere Politik muss sich die Rüstungsindustrie jetzt auf ganz andere Diskussionen einstellen. Sie musste bisher nur einmal im Jahr den Sturm der Entrüstung über sich ergehen lassen und nach einer Woche war alles wieder vergessen und sie konnte weitermachen wie bisher. Jetzt muss sie bei jeder strittigen Entscheidung überlegen, welche Wirkung dies auf die Öffentlichkeit hat. Natürlich kann man immer noch weiter gehen und eine Information über Vorabfragen könnte ich mir gut vorstellen. Es bleibt also für rot-rot-grün auch noch einiges an Verbesserungsmöglichkeiten.

Aber ein Gremium, das möglicherweise geheim tagt, aus dem man nicht berichten darf, ist problematisch. Dann kann die Regierung nämlich sagen: „Herr Liebich war doch im Vorfeld informiert.“ Aber Herr Liebich durfte darüber ja nicht berichten, auch wenn er möglicherweise dagegen gestimmt hat. Ich bin da skeptisch, auch wenn es nicht die Mehrheitshaltung in meiner Partei ist. Wichtig ist es, das Parlament endlich in die Lage zu versetzen, die Regierung auch hinsichtlich von Rüstungsexporten ordentlich zu kontrollieren und unter Druck zu setzen. Waffenlieferungen an Saudi-Arabien halte ich übrigens für falsch – egal unter welcher Regierung. ■

☞ Niels Annen, MdB ist außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Mitglied im SPD-Parteivorstand und Mitherausgeber der spw.

☞ Stefan Liebich, MdB ist Obmann der Linksfraktion im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestags.

☞ Die Fragen stellte Myriam Riedel.

Eduard Bernstein und der „Revisionismus“

von Michael R. Krätke

Foto: www.photocase.de, © stefme



An einem schönen Novemberabend des Jahres 1880 saßen im Café Royal am Piccadilly-Circus, mitten in London, zwei deutsche Herren in angeregtem Gespräch. Der eine, mit wallendem, grauen Haar und Bart, ein rüstiger Sechziger, der andere, dreißig Jahre jünger, mit Brille und Stirnglatze. Der gut gekleidete ältere Herr, Dr. Karl Marx, lebte schon seit über dreißig Jahren im Londoner Exil. Der jüngere, Eduard Bernstein, war zum ersten Mal in seinem Leben nach London gereist, um eben diesen Dr. Marx und seinen Freund Friedrich Engels zu treffen.¹ Er war mit August Bebel gekommen, „in die Höhle der Löwen“, um sich den Segen der beiden berühmten, bewunderten und gefürchteten Alten zu holen. Die SPD war verboten, stand seit 1878 unter Ausnahmegesetz, ihre Presse wurde unterdrückt und ihr einziges Sprachrohr, die Zeitschrift „Der Sozialdemokrat“, musste in der Schweiz gemacht und illegal nach Deutschland geschmuggelt werden. Chefredakteur

des Blatts, das seit Oktober 1879 regelmäßig jede Woche erschien, sollte Eduard Bernstein werden. Er wurde es und er machte seine Sache gut.

Eduard Bernstein, 1850 als Sohn eines Lokomotivführers geboren, war ein Intellektueller, allerdings Autodidakt, ohne Universitätsstudium und Dokortitel. Mit 16 Jahren hatte er das Gymnasium verlassen müssen und war Bankkaufmann geworden.² Die erste Schrift von Marx, die er las, war der „Bürgerkrieg in Frankreich“, Marx' Darstellung der Pariser Kommune. Unter dem Eindruck dieser Lektüre trat er 1872 der ersten Internationale bei und im selben Jahr, begeistert von einer Rede August Bebels in Berlin, wurde er auch Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, die Bebel und Liebknecht drei Jahre zuvor gegründet hatten. Der junge Bernstein

¹ So schildert Francis Carsten in seiner Bernstein-Biographie die Episode (vgl. Francis L. Carsten, Eduard Bernstein 1850 - 1932. Eine politische Biographie, München 1993).

² Eduard Bernstein war also von Beruf und Ausbildung ein Banker, er kannte und beherrschte auch hoch komplizierte Bankgeschäfte, wie z.B. Devisentransaktionen und -spekulationen, die er als Angestellter der Rothschild-Bank in Berlin etliche Jahre lang betrieb. Allein dieses Detail aus seinem Lebenslauf sichert ihm den immerwährenden Hass der sogenannten „Marxisten“.

machte sich bald einen Namen als Redner und Wahlkämpfer. Zu Marx und Engels bekehrte er sich erst, als er in Lugano, im Schweizer Exil, Friedrich Engels' Streitschrift gegen Eugen Dühring, den „Anti-Dühring“ studierte – zusammen mit seinem Freund Karl Kautsky.

Im Schweizer Exil, als Chefredakteur des „Sozialdemokrat“, griff er den deutschen Obrigkeitsstaat scharf und kompromisslos an – und erwarb sich die Hochachtung der Parteigenossen, auch derer, die ihm als erklärtem „Marxisten“ reserviert gegenüberstanden. Marx und Engels hielten große Stücke auf ihn und stärkten ihm den Rücken. Aus der Schweiz ausgewiesen, siedelte er 1888 nach London über. Dort arbeitete er eng mit Engels zusammen. Zwischen Engels und dem dreißig Jahre jüngeren Bernstein entwickelte sich eine Freundschaft, die bis zu Engels' Tod im Jahre 1895 hielt. Marx, ein großer Faktenhuber, hatte Bernsteins Sinn für Tatsachen und seine Abneigung gegen Phrasen geschätzt, Friedrich Engels stellte ihn als theoretischen Kopf klar über Kautsky. An Ede, wie er bei seinen Freunden hieß, gefiel ihm dessen Offenheit und Lernfähigkeit, auch wenn er ihm gelegentlich den Kopf wusch. Ihm als einzigem traute er zu, an der Herausgabe der unveröffentlichten Marx'schen Manuskripte aus den Jahren 1861 - 63 mitzuarbeiten. Er machte ihn, nicht Kautsky, in seinem Testament (zusammen mit Bebel) zum Nachlassverwalter und Hüter des Marx'schen wie seines literarischen Erbes. Als Engels starb, waren Eduard Bernstein und Karl Kautsky unbestritten die beiden führenden Köpfe des „Marxismus“ in der SPD und in der II. Internationale, mithin die einflussreichsten Repräsentanten der Marx'schen Schule überhaupt.

Bernstein – der Erzrevisionsist

Sein Name bleibt mit dem „Revisionsmusstreit“ in der deutschen Sozialdemokratie verbunden. Bis heute pflegt eine auf Marx (oder Lenin oder Luxemburg) schwörende

Linke die Legende von Bernstein, dem Erzrevisionsisten und Verräter. Aber als „Revisionist“ war er eine glatte Fehlbesetzung, zum Anführer einer anti-marxistischen Strömung in der Partei taugte er überhaupt nicht. Unermüdlich hatte er die Marx'sche Theorie gegen alle Angriffe verteidigt; das Erfurter Programm von 1891 war sein Werk so gut wie Kautsky's. Bernstein war neben Kautsky der bekannteste und einflussreichste Marxist in der SPD, ein viel gelesener Autor, der Vertraute Friedrich Engels', der Hüter des Marx'schen Erbes. Marxist war er noch immer und er blieb es, ein weit besserer Marx-Kenner als die meisten, die sich damals so nannten.

Allerdings stellte Bernstein die Politik des „revolutionären Attentismus“ in Frage. Es war falsch, nach dem Ende der Großen Depression, in einer Zeit der langen Prosperität auf den bevorstehenden Zusammenbruch des Kapitalismus zu hoffen, die Sozialdemokratie musste sich vielmehr auf eine lange Wachstums- und Expansionsphase einstellen.³ Es war falsch, sich den Übergang zum Sozialismus „auf einen Schlag“, den Donnerschlag der „Revolution“ vorzustellen; zum Sozialismus führe nur eine lange Übergangsperiode, die sich nicht beliebig, mit „revolutionärer Gewalt“ abkürzen lasse. Und es war falsch, sich Illusionen über die „Eroberung der politischen Macht“ zu machen. Weder die Arbeiterschaft, so wie sie war, noch die SPD, so wie sie war, waren wirklich imstande, ein riesiges Industrieland wie Deutschland allein zu regieren. Eine Massenpartei wie die SPD konnte sich eine strikte Fundamentalopposition nicht leisten, die zur Selbstisolation und zum fatalistischen Warten auf den „großen Kladderadatsch“ führte.

³ Die erste Große Depression in der Geschichte des modernen Kapitalismus dauerte von 1873 bis 1895; deren Erfahrung hatte schon Marx und Engels veranlasst, etliche ihrer Krisenprognosen zu revidieren. Um 1895/96 begann eine Periode langfristiger Prosperität, nur von zwei Krisen (1900/01 und 1907) kurz unterbrochen, zugleich eine Periode stürmischen Wirtschaftswachstums und rasanter Expansion der kapitalistischen Weltwirtschaft, die bis zum Ausbruch des ersten Weltkriegs im Sommer 1914 anhielt.

Denn die Zeit bzw. die kapitalistische Entwicklung arbeitete keineswegs für die Sozialisten, wie die meisten Anhänger der Zusammenbruchsidee glaubten. Einige der Entwicklungstendenzen, die Kautsky aus dem „Kommunistischen Manifest“ von 1848 und aus einer kurzen, geschichtsphilosophisch überhöhten Passage am Schluss des ersten Bandes von Marx' „Kapital“ destilliert hatte, waren offenkundig falsch bzw. im Blick auf die jüngste Entwicklung des Kapitalismus zweifelhaft geworden. Diese zu Formeln erstarrten Behauptungen über den unvermeidlichen Niedergang des Kapitalismus, sein nahes Ende und das quasi „naturnotwendige“ Kommen des Sozialismus beherrschten die Rhetorik, und führten zu einer wachsenden Diskrepanz zwischen der Doktrin und dem praktischen Tun und Lassen der Partei. Anders als manche „Praktiker“ und „Pragmatiker“ wollte Bernstein keinen Abschied von Marx, keine Abkehr vom Sozialismus, keine Scheidung von der Arbeiterbewegung. Ganz im Gegenteil. Er wollte einige Marxsche Aussagen korrigieren, die Theorie aber insgesamt verbessern, weiter entwickeln. Marx war kein Prophet, man konnte, man musste ihn kritisieren, um seine Arbeit fortzusetzen.

Mit einer losen Folge von Artikeln über die „Probleme des Sozialismus“ begann Bernstein ab Oktober 1896 in der „Neuen Zeit“ einige der bis dato bestglaubten Weisheiten der Partei in Zweifel zu ziehen. Kautsky war zunächst ganz einverstanden, ja neugierig auf die Konsequenzen der „Selbstkritik“ seines Freundes. Der machte auch vor den heiligsten Häusern, etwa der Marxschen Werttheorie, nicht halt. Aber Kautsky schrieb ihm ungerührt, er könne sich eine Kritik der Marxschen Werttheorie „nach marxistischer Methode von marxistischem Standpunkt“ sehr wohl vorstellen.⁴

Los ging der Skandal, als die bürgerliche Presse aufmerksam wurde. Dass einer der prominentesten Marxisten überhaupt Zweifel an der Parteidoktrin äußerte, war ein gefundenes Fressen für die Gegner der Sozialdemokratie. Bebels Intimfeind, der Erzliberale Eugen Richter, höhnte lautstark über den offen eingestandenen Gesinnungswechsel des führenden Theoretikers der Sozialdemokratie, und Bebel sah sich innerhalb wie außerhalb der Partei herausgefordert. Ausgerechnet Ede Bernstein hatte ihm diesen Streich gespielt. Bebel war es, der nun Kautsky antrieb, Bernstein in die Schranken zu weisen.

Angriffsflächen bot er genug, man konnte ihm die nicht immer klug gewählten Worte leicht verdrehen. So seinen berühmten Satz über die „Bewegung“ und das „Endziel“, der sofort als Abfall vom Sozialismus ausgelegt wurde. So war er nicht gemeint, sondern als Absage an jede Form von fix und fertigen Patentrezepten und Bauplänen für die Zukunftsgesellschaft. Marx und Engels hatten sich stets geweigert, derlei zu liefern, und es war Engels, der klar genug gesagt hatte, als wissenschaftliche Sozialisten, als Anhänger einer sozialwissenschaftlichen Evolutionstheorie hätten Marx und er kein Endziel und könnten keines haben.⁵ Bernstein bemerkte seinen Patzer und schickte zwei Erklärungen hinterher, an den „Vorwärts“ und an den Parteitag der SPD. Es nützte wenig, der Popanz von Bernstein, der auf Marx und den Sozialismus pöf, war in der Welt. Die verbalen Provokationen, die er sich geleistet hatte, waren ein schwerer politischer Fehler, räumte er später ein.⁶ Zweimal wurden ihm auf Parteitagen der SPD die Leviten gelesen, zweimal gab es Parteitagsbeschlüsse gegen ihn. Ede blieb von den Rügen unbeeindruckt.

4 Karl Kautsky, Brief an Eduard Bernstein vom 30.8.1897, in: Till Schelz-Brandenburg (Hg.), Eduard Bernsteins Briefwechsel mit Karl Kautsky (1895-1905), Frankfurt a. M. – New York 2003, S. 458.

5 Vgl. Interview Friedrich Engels' mit dem Korrespondenten der Zeitung „Le Figaro“ am 8. Mai 1893, in: MEW 22, S. 542.

6 So Bernstein in seiner Selbstdarstellung von 1924, (siehe Eduard Bernstein, Entwicklungsgang eines Sozialisten, in: Felix Meiner (Hg.), Die Volkswirtschaftslehre der Gegenwart in Selbstdarstellungen, Leipzig 1924, S. 37).

Bernstein und der „Marxismus“

Das Bonmot, das Marx selbst geprägt hatte, er selbst jedenfalls sei kein Marxist, kannte Bernstein wohl und zitierte es bisweilen.⁷ Er meinte daher, ganz in Marx' Geist zu handeln, wenn er sich gegen die Dogmatisierung Marxscher Aussagen wandte. Da er wusste, wie oft Marx und Engels ihre Ansichten geändert hatten, fand er es ganz in Ordnung, die Analyse gegenwärtiger Probleme nicht mit der Wiederholung von Formeln zu bestreiten, die die Altmeister vor dreißig oder fünfzig Jahren gebraucht hatten – und Kautsky stimmte ihm zu. Bernstein wollte die Marxsche Theorie „aufnehmen und auf Grund ihrer weiterarbeiten“, aber nicht „nachbeten oder rein oberflächlich herummäkeln“.⁸ Woher kamen Bernsteins Zweifel an dem, was damals den Kern der Parteidoktrin ausmachte – und was im Wesentlichen in der Gründungsschrift des Parteimarxismus, Karl Kautskys Kommentar zum Erfurter Programm zu finden war?⁹

Er war in England nicht zum Engländer geworden, auch nicht dem Charme der „Fabian Society“ erlegen oder hatte sich zum (Neu)Kantianismus bekehrt. Aber er meinte, die kapitalistische Entwicklung werde in Deutschland auf die Dauer ähnliche politische und gesellschaftliche Verhältnisse hervorbringen wie in England. Das hatten Marx und Engels auch gedacht, als sie England als das klassische Land des industriellen Kapitalismus priesen, das den anderen, und namentlich Deutschland das Bild ihrer eigenen Zukunft zeige. Und er meinte, der Kapitalismus sei noch lange nicht am Ende, sondern höchst wandelbar und weiterhin entwicklungsfähig, und betonte die „Doppelnatur“ der kapitalistischen Entwicklung,

die nach wie vor technischen, wissenschaftlichen, ökonomischen und gesellschaftlichen „Fortschritt“, sehr konkrete, fühlbare Verbesserungen der Lebenslage auch für die Arbeiterbevölkerung der entwickelten kapitalistischen Länder bringen könne. Auch das war gut Marxisch gedacht.¹⁰

Bernsteins Zweifel begannen, als er begriff, dass Marx' Werk alles andere als ein geschlossenes „Marxsches System“ war (an das Kautsky glaubte). Bernstein war es, der den dritten Band des Marxschen „Kapital“ als erster in der „Neuen Zeit“ vorstellte.¹¹ Er sah klar, wie unfertig dieser lang erwartete Band geblieben war, von dem sich alle die Lösung der Rätsel versprochen hatten, die der erste Band aufgeworfen hatte – von einem „Abschluss“ des Marxschen Systems, von einer zu Ende durchgeführten Kritik der politischen Ökonomie konnte keine Rede sein. Seine Zweifel sprach er in Briefen an Kautsky und Bebel aus: Der dritte Band sei eine „Antiklimax“ im Verhältnis zum ersten, Marx habe die Sache begrifflich und theoretisch nicht bewältigt und daher liegen gelassen. Und das, was er schon Mitte der 1860er Jahre niedergeschrieben hatte, konnte ihn theoretisch nicht mehr befriedigen. „Marx hatte ein zu starkes wissenschaftliches Gewissen, um sich über theoretische Schwierigkeiten mit bloßen Redensarten hinwegzusetzen, und so blieb sein Werk Torso.“¹² An Bebel schrieb er später, das „Kapital“ sei unvollendet geblieben, weil Marx der „Konflikt zwischen Wissenschaftlichkeit und Tendenz die Aufgabe immer schwerer machte“; als Wissenschaftler, der er war, konnte

7 Den Plan, einen Artikel zum Thema „War Marx ein Marxist?“ zu schreiben, hat er leider nie verwirklicht.

8 Eduard Bernstein, Brief an Karl Kautsky vom 23.9.1895, in: Till Schelz-Brandenburg (Hg), Eduard Bernsteins Briefwechsel mit Karl Kautsky (1895-1905), Frankfurt a.M.-New York 2003, S. 252.

9 Siehe Karl Kautsky, Das Erfurter Programm in seinem grundsätzlichen Teil erläutert,

¹⁰ Man kann den Unterschied der Perspektive zwischen Bernstein und Rosa Luxemburg einfach fassen: Rosa Luxemburg glaubte, sie erlebe bereits die Endphase des „Niedergangs“ oder des „Spätkapitalismus“, Bernstein meinte (ähnlich wie Marx vierzig Jahre zuvor), der Kapitalismus mache gerade wieder eine „Sturm- und Drangperiode“ durch, befände sich noch im Stadium des „Hochkapitalismus“ und habe noch eine lange Zukunft vor sich.

¹¹ Vgl. Eduard Bernstein, Der dritte Band des „Kapital“, in: Die Neue Zeit, 13. Jg. Bd. 1 (1894/95), S. 333-338, 364-371, 388-398, 426-432, 485-492, 516-524, 624-632.

¹² Siehe Eduard Bernstein, Brief an Karl Kautsky vom 1.9.1897, in: Till Schelz-Brandenburg (Hg), Eduard Bernsteins Briefwechsel mit Karl Kautsky, Frankfurt a.M. – New York 2003, S. 464.

Marx das „Kapital“ nicht als sozialistische „Tendenzschrift“, gegen seine wissenschaftliche Einsicht, zu Ende bringen.¹³ Das war nun allerdings, mit einer großen Verbeugung vor Marx, das Eingeständnis, dass von einem „Marxschen System“ keine Rede sein könne und der „wissenschaftliche Sozialismus“ nicht mehr war als ein unabgeschlossenes, noch kaum begonnenes Forschungsprogramm und eine Methode. Allerdings immer noch das Beste, was die sozialistische Bewegung an Theorie je hervorgebracht hatte.

Bernsteins berühmtestes Buch, „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“, war die erste Sensationsschrift des Sozialismus. Bis zum Tode seines Autors erlebte das Buch 25 Auflagen, es wurde in viele Sprachen übersetzt. Aber es war und blieb eine Gelegenheitsschrift, unter Druck, auf Verlangen seiner Gegner rasch hingeschrieben, bestimmt für einen Kreis von eingeweihten Kennern der inner-sozialistischen Debatten, nicht für ein breites Publikum. Bernstein sah die Schwächen des Buchs wohl, in späteren Auflagen fügte er Noten, Vor- und Nachworte hinzu, aber den Text änderte er nicht, weil er ihn als historisches Dokument des „Revisionismusstreits“ betrachtete.

Kautsky hatte ihn herausgefordert: Er habe mit seinen selbstkritischen Artikeln in der „Neuen Zeit“, die er ja nicht als irgendwer, sondern als offizieller Haustheoretiker, als Kirchenvater der Sozialdemokratie geschrieben habe, auch eine „neue Lehre“ verkündet oder vielmehr angedeutet. Nun dürfe er bei den „Prolegomena zu einer neuen Auffassung des Sozialismus“, bei seinen Bedenken gegen die alte Lehre nicht stehen bleiben, sondern müsse der Bewegung seine neue Lehre schon als Ganzes geben.¹⁴ Bernstein fiel

das Schreiben dieser Broschüre, zu dem ihn Bebel, Kautsky und viele andere, Freunde und Gegner gedrängt hatten, nicht leicht. Er sah Schwächen, Lücken, Unzulänglichkeiten der marxistischen Theorie, vor allem für die Behandlung aktueller Probleme. Aber er wollte sie eben nicht in Bausch und Bogen verwerfen, sondern gründlich reformieren. Er sah sein Buch als den Versuch einer Kritik der noch stets utopistischen Denkweise vieler Sozialisten und Marxisten: Als Sozialwissenschaft könne der Marxismus keine Parteisache sein, eine „sozialistische Wissenschaft“ sei ein Unding.¹⁵ Marx' „Kapital“ sei „eine wissenschaftliche Untersuchung der bürgerlichen Produktionsweise“, kein Traktat über sozialistische Politik.¹⁶

1901, kaum aus seinem 23-jährigen Exil zurückgekehrt, legte er nach – mit dem Vortrag „Wie ist wissenschaftlicher Sozialismus möglich?“. Die Arbeiterbewegung brauche die Sozialwissenschaft, aber eben auch Ideale, eine Moral, eine Ethik, eine Vorstellung von einer guten, einer besseren Gesellschaft jenseits des Kapitalismus. Als Sozialwissenschaft könne der Marxismus ihr die bessere Einsicht in die Bedingungen ihres Kampfs geben, aber keine Rezepte – weder für eine „Revolution“ noch für die Zukunftsgesellschaft.¹⁷

Bernstein hat den Parteimarxismus scharf kritisiert, wo er zu einer falschen politischen Glaubenslehre verkam. Er hat es gewagt, Marx und Engels zu kritisieren. Und er erlaubte sich einige Vorbehalte gegenüber der „Dialektik“, der angeblichen „Marxschen Methode“. Von sozialer Dialektik hielt er viel, von Hegelscher Dialektik wenig, jedenfalls misstraute er ihr als Forschungsmethode.

(1895-1905), Frankfurt a.M. – New York 2003, S. 675.

¹⁵ Vgl. Eduard Bernstein, Der Kernpunkt des Streitens. Ein Schlusswort zur Frage: Wie ist wissenschaftlicher Sozialismus möglich, in: Sozialistische Monatshefte, 7. Jg., H. 2, 1901, S. 777ff.

¹⁶ Eduard Bernstein, Zwei politische Programmsymphonien, in: Die Neue Zeit, 15. Jg., Bd. 2, 1897, S. 338f.

¹⁷ Vgl. Eduard Bernstein, Wie ist wissenschaftlicher Sozialismus möglich?, Berlin 1901 (wieder abgedruckt in: Helmut Hirsch (Hrsg.), Ein revisionistisches Sozialismusbild. Drei Vorträge von Eduard Bernstein, Hannover 1966).

¹³ Eduard Bernstein, Brief an August Bebel vom 20.10.1898, in: Viktor Adler, Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky, Gesammelt und erläutert von Friedrich Adler, Wien 1954, S. 261.

¹⁴ So Kautsky in seinem Brief an Eduard Bernstein vom 16.6.1898 (in: Till Schelz-Brandenburg (Hg.), Eduard Bernsteins Briefwechsel mit Karl Kautsky

An Hilferdings „Finanzkapital“ kritisierte er die „Hypostase der Begriffe“ als Hauptfehler, der Autor verfallende der „Methode der spekulativen Dialektik“ (oder der Begriffs-Ableiter, um deutschen Marxisten verständlich zu bleiben), den empirischen Nachweis für die Dominanz des Finanzkapitals sei er schuldig geblieben.¹⁸

Die reifste und vollständigste Darstellung seiner Auffassung von einer sozialwissenschaftlich, d.h. gut marxistisch begründeten Theorie des Sozialismus hat Bernstein in dem Buch „Der Sozialismus einst und jetzt“ gegeben. Da wird die Marxsche Theorie als „sozialwissenschaftliche Entwicklungslehre“ vorgestellt, die widersprüchliche „Doppelnatur der kapitalistischen Entwicklung“ erläutert, um die es in Marx' Kapitalismustheorie gehe. Dort erklärt Bernstein, das „Bleibende“ des Marxismus verteidigend, die Komplexität des Marxschen Wertbegriffs und die komplexe (verschiedenartige und aus verschiedenartigen Elementen zusammengesetzte) Natur des modernen Kapitalismus. Und er skizziert, noch einmal und im Rückblick auf den Revisionismusstreit, die historischen Tendenzen der kapitalistischen Entwicklung, die zum Teil anders verlaufen waren, als Marx sie fünfzig Jahre vorher gesehen hatte.¹⁹

Nur kurz gelang es Bernstein, sich ein eigenes Publikationsorgan zu schaffen, die „Documente des Sozialismus“, die von 1901 bis 1905 erschienen. In diesen „Hefte(n) für Geschichte, Urkunden und Bibliographie des Sozialismus“ zeigte er, was er als Intellektueller, als Marxist für die SPD und die ganze sozialistische Bewegung leisten konnte und wollte: In den „Documenten“ wurde erstens die sozialistische Literatur des In- und Auslands vorgestellt (in Annotationen und Kurzrezensionen). Zweitens Dokumente aus der Ge-

schichte des internationalen Sozialismus in deutscher Sprache (erst- oder wieder-) veröffentlicht, darunter auch etliche unveröffentlichte Schriften aus dem Nachlass von Marx und Engels. So zum Beispiel Teile aus dem später als „Deutsche Ideologie“ bekannten Konvolut von Manuskripten aus den Jahren 1845/46. Dazu kamen fortlaufend kleine Kommentare und längere Artikel, in denen theoretische Streitfragen weiter verfolgt wurden – dafür steht z.B. Eduard Bernsteins Aufsatzreihe „Allerhand Werttheoretisches“, mit der er die Debatte um die Marxsche Werttheorie fortsetzte.

Bernstein – ein Linker in der SPD

Von 1902 bis 1928 (mit zwei kurzen Unterbrechungen) war Eduard Bernstein Abgeordneter im Deutschen Reichstag, höchst ungewöhnlich für einen Parteitheoretiker. Er war ein fleißiger Abgeordneter, häufiger Redner im Plenum, spezialisiert auf Finanz- und Außenpolitik. Dazu hat er viel geschrieben, was zu den leider vergessenen Werken des klassischen Marxismus gehört.²⁰

Als der erste Weltkrieg ausbrach, bewies er, dass er nach wie vor ein Mann der Linken war. Zwar hatte er zunächst mit der Fraktion für die Kriegskredite gestimmt.²¹ Er war, wie alle, völlig unzureichend bzw. falsch informiert worden, und handelte, gegen seine Überzeugung, im festen Glauben, Russland und Serbien seien die Aggressoren, Deutschland werde in einen Verteidigungskrieg hinein gezwungen. Sobald er nach wenigen Wochen begriff, was gespielt wurde, begann er sich gegen die Kriegspolitik des Deutschen Reiches und vor allem gegen die geplanten Annexionen zu kehren. Mit Hugo Haase und Kautsky verfasste er den Aufruf „Das Gebot der Stunde“, mit dem der offene Protest ge-

¹⁸ Vgl. Eduard Bernstein, Das Finanzkapital und die Handelspolitik, in: Sozialistische Monatshefte, 17. Jg., H. 15, Juli 1911, S. 947-955.

¹⁹ Siehe Eduard Bernstein, Der Sozialismus einst und jetzt. Streitfragen des Sozialismus in Vergangenheit und Gegenwart. Zweite, vermehrte Auflage, Berlin: JHW Dietz 1923, S. 27, 36 – 37, S. 38 – 58

²⁰ Vgl. zum Beispiel zur internationalen Politik: Eduard Bernstein, Die Sozialdemokratie und die Frage Europa, Leipzig: Verlag Naturwissenschaften 1917.

²¹ Er hat diese Entscheidung schon bald bereut und den 4. August 1914 als „schwärzesten Tag“ seines politischen Lebens bezeichnet.

gen die Burgfriedenspolitik der SPD begann. Die Spaltung der Partei, die er nicht wollte, machte er mit, ging aber als erster Anfang 1919 demonstrativ wieder zurück zur SPD, da er den entscheidenden Streitpunkt, die Kriegsfrage, für überwunden hielt.

Bernstein war ein streitbarer Journalist und Politiker, der sich an Lassalles Wort hielt: „Ausprechen, was ist!“. Die „Pragmatiker“ unter den Parteisolddaten fürchteten ihn wegen seiner Ehrlichkeit als „grand père terrible“. Denn Ede pflegte auszusprechen, was er dachte und für richtig hielt, und zwar nicht nur unter vier Augen; für parteitaktische Spielchen hatte er keinen Sinn und die offene Rede auch gegenüber politischen Gegnern scheute er nicht. In der Kriegsschuldfrage stand auch er in der SPD fast allein; auf dem Weimarer Parteitag der MSPD erregte er einen Proteststurm unter den Delegierten, als er auf der Klärung der Kriegsschuldfrage bestand –und die Berechtigung eines Großteils der Reparationsforderungen an das Deutsche Reich betonte. Seine mords-patriotischen Widersacher in der SPD warfen ihm seinen „Wahrheitsfimmel“ vor, es gab unüberhörbar antisemitische Zungenschläge in der Polemik der Burgfriedensapologeten gegen Bernstein.²²

Dennoch hat Bernstein den bescheidenen Triumph erlebt, für einen kurzen Moment die Programmatik der deutschen Sozialdemokratie bestimmen zu können. Das Görlitzer Programm von 1921 wurde schon 1925 wieder vom Heidelberger Programm abgelöst, das Hilferdings Handschrift trug, aber für einen Moment schien es, als habe Bernstein in der SPD gesiegt. Dem Vorbild Kautskys folgend, schrieb er seine eigenen Erläuterungen des Görlitzer Programms.²³ Dies Programm sollte

eines für die „Gegenwart“ sein, zugeschnitten auf die ganz neue Situation in der demokratischen Republik, in der die Sozialdemokratie zum ersten Mal Politik machen, (mit)regieren konnte. Nun galt es, die frisch eroberten demokratischen Rechte als Hebel der sozialen Emanzipation der Arbeiterklasse zu nutzen. Daher ist das Görlitzer Programm in seinem politischen Teil ein gut reformistisches Programm, das die spätere Konzeption der „Wirtschaftsdemokratie“ vorweg nimmt.

Bernstein, ein Vordenker des demokratischen Sozialismus

Bernstein hat sich selbst eher als Politiker denn als Wissenschaftler gesehen; keine Zeit für ernsthafte wissenschaftliche Studien zu haben, darüber hat er oft geklagt. Ein systematischer Theoretiker war er nicht. Aber seine Beiträge lieferten oft überraschende Einsichten, er sah viele Stärken, Schwächen und Probleme des Marx-Engelsschen Theorieentwurfs klarer und früher als andere. Einige klassische Werke der marxistischen Tradition verdanken wir ihm, die dank der Verkettung ihres Autors bei den „Marxisten“ völlig vergessen sind (zum Schaden des Marxismus). Seine erste große historische Studie, an der er wie Marx im runden Lesesaal des British Museum in London arbeitete, die Arbeit über die sozialistischen und demokratischen Bewegungen in der englischen Revolution des 17. Jahrhunderts, trug ihm hohe Anerkennung ein. Bis heute wird Bernsteins Verdienst gerühmt, die radikalen Bewegungen der Levellers und Diggers als erster wieder entdeckt zu haben.²⁴ Bernstein selbst sah es als seinen wichtigsten Versuch, historische Ereignisse und Prozesse im Sinne der Marx-Engelsschen „materialistischen Geschichtsauffassung“ zu behandeln. Aber er hat mehr getan, wir verdanken ihm die ersten Beiträge zur Geschich-

22 Vgl. Francis L. Carsten, Eduard Bernstein 1850-1932, München 1993, S. 177ff und Teresa Löwe, Der Politiker Eduard Bernstein, Friedrich Ebert Stiftung, Bonn 2000, S. 42-52.

23 Siehe: Das Görlitzer Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Eingeleitet und gemeinverständlich erläutert von Eduard Bernstein, Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin 1922. Das Exemplar dieser Schrift im Amsterdamer Institut für Sozialgeschichte zeigt die handschriftliche Widmung Bernsteins für Karl Kautsky: „Meinem lieben confrater stre-

nus in marxismo Karl Kautsky in alter Freundschaft“.

24 Vgl. Eduard Bernstein, Sozialismus und Demokratie in der großen englischen Revolution, Berlin – Bonn 1974 (Nachdruck der 4. Auflage von 1922, die erste erschien unter anderem Titel 1895).

te und Soziologie der Arbeiterbewegung: eine Studie zum Streik, drei Bände zur Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung, einen Band über die Arbeiterbewegung insgesamt, einen Band über die Geschichte der deutschen Schneiderbewegung.²⁵

In der Weimarer Republik kämpfte Bernstein unermüdlich weiter – für die Erhaltung, für die Erweiterung und Entwicklung der Demokratie im sozialistischen Sinn und gegen die damals (wie heute) auf der Linken beliebte Vorstellung von der „bürgerlichen“ Demokratie, von der außer Lug und Trug und einigen Reförmchen nichts zu erwarten sei. Er teilte die Marx-Engelsche (und klassisch liberale) Auffassung von der Unvereinbarkeit von Demokratie und Kapitalismus. Mit der Demokratie kommt die politische Klassenherrschaft der Bourgeoisie an ihr Ende, aber nicht der politische Klassenkampf, der nur andere Formen annimmt. Fallen die politischen Privilegien der besitzenden Klassen, haben die arbeitenden Klassen die Chance, ihren Willen dem Staat und der Politik aufzudrücken. Sie können es, wenn sie wollen. In seinen unveröffentlichten Manuskripten wurde Bernstein noch deutlicher: Demokratie ist auf die Dauer mit der „sozialen Knechtung“ der Arbeiter unvereinbar, volle Demokratie bedeutet die „permanente Revolution“, wird sie von der Politik auf Wirtschaft und Kultur erweitert, wird sie zum Sozialismus. Sozialismus ist nichts anderes als volle Demokratie, volle Gleichheit der demokratischen Entscheidungsrechte – vom Staat auf die ganze Gesellschaft erweitert, also das verwirklichte Selbstbestimmungsrecht aller.²⁶

25 Siehe Eduard Bernstein, *Der Streik. Sein Wesen und sein Wirken*, Frankfurt 1905; ders., *Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung*, 3 Bde, Berlin 1907 und 1910; ders., *Die Arbeiterbewegung*, Frankfurt 1910; ders., *Geschichte der deutschen Schneiderbewegung*, Berlin 1913.

26 Erste Formulierung in dieser Richtung finden sich bereits in den „Voraussetzungen“ und in der späteren Schrift „Der Sozialismus einst und jetzt“. Vgl. aber auch: Eduard Bernstein, *Die Möglichkeiten und Formen des Sozialismus*, in: Eduard Bernstein Nachlass, IISG Amsterdam, Sign. E 122; ders., *Das Wesen des Sozialismus*, in: ebd., Sign. 206.

Wie Kautsky kämpfte er von Anfang an gegen die „bolschewistische Abart des Sozialismus“, die er für eine schlimme Verirrung und völlige Verfälschung des von Marx und Engels gemeinten wissenschaftlichen Sozialismus hielt, für unvereinbar mit der Marxschen Entwicklungslehre, unakzeptabel für jeden Sozialisten und Sozialdemokraten. Denn für den Sozialisten und den Revolutionär gab es nach Bernsteins Ansicht durchaus einen kategorischen Imperativ: Du sollst nicht mit dem Leben und dem Glück von Millionen spielen, du sollst nicht mit brutaler Gewalt stümperhaft, ohne Rücksicht auf ökonomische, soziale und kulturelle Bedingungen herumexperimentieren. Wer sich Marxist nennt, der kann nie und nimmer auf die „Gewalt als Allschöpferin“ der Geschichte setzen, der muss die „Grenzen des Willens“ kennen, den die ökonomische Entwicklung, die Sozialstruktur, die „objektiven“ Umstände der sozialistischen Politik setzen.²⁷ Wie er gegenüber der Parteirechten der SPD in der die Kriegsschuldfrage unnachgiebig blieb, so unerbittlich rief er Lenin und den Leninisten nicht nur die systematische Gewalt gegen das eigene Volk unter die Nase, sondern auch die schlichte historische Tatsache, dass sie vom Deutschen Kaiserreich mit mindestens 50 Millionen Goldmark gekauft worden waren, um den Putsch in Russland zu machen, auf den der deutsche Generalstab hoffte.

Die Marxisten taten schweres Unrecht, ihn als Abtrünnigen zu verdammen. Die Nur-Reformisten, die jede Theorie verachtenden „Praktiker“, die Anti-Marxisten in der Sozialdemokratie täuschten sich gründlich in ihm. Denn ein Mann der Parteirechten war er nie, er blieb ein Linker, gegen alle Anfeindungen. Unter „bürgerlichen“ Gelehrten genoss er einigen Respekt, sie schätzten ihn als Historiker wie als Sozialwissenschaftler. Max Weber,

27 Vgl. Eduard Bernstein, *Der Sozialismus einst und jetzt*. Zweite, vermehrte Auflage, Berlin 1923, S. 113ff. Anders als Kautsky hielt Bernstein Lenin und Genossen für theoretisch eher unbedarft, längere Polemiken gegen sie interessierten ihn daher nicht.

der sonst vom Parteimarxismus wenig hielt, berief sich des Öfteren auf ihn und gestand offen ein, erst Bernstein habe ihn auf die Problematik der Entwicklung des Kapitalismus und der Arbeitsethik aufmerksam gemacht. Gelegentlich war er auf deutschen Soziologentagen zu Gast, und fand sich dort mit Max Weber, dem größten der „bürgerlichen Marxisten“, vereint gegen allerlei Doktrinäre des bürgerlichen Radikalismus bzw. Idealismus. Er blieb zeitlebens ein Außenseiter, beachtet, gelesen, respektiert, aber ohne großen Einfluss auf die Politik der Sozialdemokratie.

Das Godesberger Programm von 1959 war gewiss nicht die Stunde seines Triumphs. Denn für Eduard Bernstein blieb die SPD eine „Klassenpartei“, sogar eine „Klassenkampfpartei“, allerdings nicht der klassischen Industriearbeiter, sondern aller Arbeiter, gleich ob sie weiße oder blaue Kragen trugen. Das grotesk verzeichnete Bild von Bernstein als Simpel, der „den Marxismus“ nicht verstanden bzw. plump verfälscht habe, ist das Produkt einer langen Serie von Anti-Bernsteiniaden; Kautsky, Rosa Luxemburg, Lenin und viele andere haben sich daran versucht und gründlich daneben gelegen. Nur wenige marxistische Theoretiker, wie z.B. Karl Korsch, haben ihm offen Respekt gezollt.²⁸ Die Urteile über Bernstein in der Literatur sind durchweg verkehrt: Weder hat sich Bernstein der Sache nach von Marx und Engels abgekehrt, noch hat er die theoretische Anpassungsformel für die opportunistische Politik einer Massenpartei geliefert, oder eine durch Interessen bedingte Abkehr von der Revolution rationalisiert oder gar den Sozialismus den Interessen des Bürgertums angepasst. Er versuchte, die Marxsche Theorie und die sozialistische Politik auf die Höhe der kapitalistischen Entwicklung zu bringen, soweit sie für ihn absehbar war.²⁹ Eine Gesamtausgabe seiner

zahlreichen Werke gibt es bis heute nicht, nicht einmal eine annähernd vollständige Bibliographie seiner Schriften. In Amsterdam liegen einige Dutzend unveröffentlichter Manuskripte von Eduard Bernstein unbeachtet im Archiv. Ein Armutszeugnis für die Sozialdemokratie, die ihre wichtigsten Theoretiker als tote Hunde behandelt, soweit es sich bei ihnen, wie bei Bernstein (und Kautsky) um konsequente Marxisten handelt.³⁰ Als Bernstein im Januar 1932 in Berlin zu Grabe getragen wurde, folgten Zehntausende Berliner Arbeiter seinem Sarg. Es war ein Abschied von der alten Vorkriegssozialdemokratie, von der heroischen Kampfzeit, vom Zeitalter des klassischen Marxismus, das nie mehr wiederkehren würde. ■

☞ Dr. Michael R. Krätke ist Professor für Politische Ökonomie an der Lancaster University und Mitherausgeber der spw.

28 Auch Rosa Luxemburg gehört zu den Ausnahmen, sie nahm Bernstein ernst, so wie er sie, die er als die intelligenteste unter seinen Kritikern rühmte.

29 Vgl. Peter Gay, Das Dilemma des demokratischen Sozialismus, Eduard Bernsteins Auseinandersetzung mit Marx, Nürnberg 1954; Christian

Gneuss, Um den Einklang von Theorie und Praxis. Eduard Bernstein und der Revisionismus, in: Marxismus-Studien, Zweite Folge, Tübingen 1957; Bo Gustafsson, Marxismus und Revisionismus, Eduard Bernsteins Kritik des Marxismus und ihre ideengeschichtlichen Voraussetzungen, Frankfurt a.M. 1972; Pierre Angel, Eduard Bernstein et l'Evolution du Socialisme Allemand, Paris 1961.

30 Im Zuge der kurzlebigen Bernstein-Renaissance der 1970er Jahre hat der Dietz Verlag eine ganze Reihe seiner Schriften wieder neu herausgegeben. Zuletzt erschien eine Neuausgabe von Bernsteins Studie zur Geschichte der Novemberrevolution, immerhin das Buch eines als Historiker ausgewiesenen Zeitzeugen. Vgl. Eduard Bernstein, Die deutsche Revolution von 1918/19. Geschichte der Entstehung und ersten Arbeitsperiode der deutschen Republik, Bonn 1998.

Sammelbesprechung: Antonio Gramsci und die Entwicklungen der Hegemonietheorie

von Thilo Scholle

Antonio Gramsci (1891 – 1937) zählt aktuell zu den wichtigsten Referenzen für marxistisch-orientiertes politisch-strategisches Denken – und teilweise auch darüber hinaus. Die während der Inhaftierung durch die faschistische Diktatur verfassten „Gefängnishefte“ des Mitbegründers der kommunistischen Partei Italiens gehören neben den MEW zu den sicherlich am häufigsten zitierten Büchern.

Dabei ist – wie von Benjamin Opatko in der Einleitung zu seinem gleichnamigen Buch formuliert – der von Gramsci diskutierte Begriff der „Hegemonie“ mittlerweile zu einem „Buzzword“ geworden, das sich in Aussagen von BewegungsaktivistInnen ebenso wie in sozialwissenschaftlichen Analysen oder philosophischen Traktaten findet. Gemeinsam seien diesen Berufenen auf das Konzept aber oft nur vage Assoziationen mit Begriffen wie „Kultur“ oder „Zivilgesellschaft“, oder die Berufung auf Gramsci selbst.

Opatkos Buch „Hegemonie. Politische Theorie nach Antonio Gramsci“ ist in der Reihe „Einstiege“ des Verlags Westfälisches Dampfboot erschienen. Dem so formulierten Anspruch wird der gut lesbare Text vollumfänglich gerecht. Opatko, der Gramscis Denken an der Schnittstelle zwischen klassischem und westlichem Marxismus verortet, führt zu nächst prägnant in Gramscis Überlegungen zu Hegemonie und Herrschaft ein. Wichtig ist dem Autor die Klarstellung, dass eine hegemoniale Konstellation immer auf einer Mischung aus Konsens und Zwang beruht. Für die Abgrenzung von hegemonialen und nicht-hegemonialen Verhältnissen könne also allenfalls das Maß an Zwangsausübung bei der Beurteilung der Qualität der Hegemonie eine Rolle spielen.

In einem zweiten großen Kapitel wendet sich Opatko dem Hegemoniebegriff in der neogrammsianischen Internationalen Politischen Ökonomie zu. Im Mittelpunkt stehen dabei die Ansätze des kanadischen Theoretikers der Internationalen Beziehungen, Robert Cox zu einer Reformulierung der grammsianischen Ansätze für die internationale Ebene. Cox geht dabei von einem Dreieck aus „Staatsformen, Sozialen Kräften und Weltordnungen“ aus. Problematisch an den auf Cox aufbauenden Ansätzen sei u.a., dass diese zu viel Gewicht auf die Betrachtung bestimmter „Elite“-Akteure legten, und damit übersähen, wie andere Klassen auch durch Konsens oder Kompromiss in einen historischen Block eingebunden sein könnten.

Anschließend wendet sich Opatko der Hegemonietheorie von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe zu. Diese baue auf dem Begriff des Antagonismus auf. Dieser ergebe sich jedoch nicht aus den ökonomischen Verhältnissen selbst. Kapitalistische Verhältnisse würden in dieser Lesart nur dann zu antagonistischen Verhältnissen, wenn die LohnarbeiterInnen tatsächlich Widerstand ausübten. Anders als Gramsci und die neogrammsianische Internationale Politische Ökonomie brächen Laclau und Mouffe mit der Grundüberzeugung, dass Verhältnisse der Ausbeutung und Unterdrückung eine außerdiskursive Dimension besäßen. Einen letzten Abschnitt des Bandes widmet Opatko dann „Elementen eines kritisch realistischen Hegemoniebegriffs“.

Opatko ist ein spannend zu lesender Band gelungen, der nicht nur in Gramscis Hegemonietheorie einführt, sondern Elemente dieser Theorie auch mit kritischem Blick auf aktuelle Ansätze einer Weiterentwicklung einordnet. So bietet der Band nicht nur einen Einstieg in das Denken Gramscis selbst, sondern schlägt auch eine erste Schneise zu aktuellen Debatten.

Gramsci lesen. Einstiege in die Gefängnishefte

Auch Florian Becker, Mario Candeias, Janek Niggemann und Anne Steckner wenden sich gegen einen nur oberflächlichen Bezug auf das Denken Gramscis. Die Herausgeberinnen und Herausgeber des Bandes „Gramsci lesen. Einstiege in die Gefängnishefte“ wollen Gramsci nicht als Klassiker, sondern als Teil eines pluralen Erbes marxistischer Gesellschaftstheorie lesen. Der Begriff „Hegemonie“ tauche in linken Debatten immer wieder auf, ohne dass klar wäre, was damit gemeint sei. Ziel der Zusammenstellung von Auszügen aus den Gefängnisheften sei, Gramsci im Original wiederzuentdecken, nicht, eine bestimmte Lesart stark zu machen. Es gehe um den praktischen „Gebrauchswert“ von Gramscis Überlegungen für fundierte Gesellschaftskritik und Fragen emanzipatorischer Politik. Darüber hinaus wenden sich die HerausgeberInnen dagegen, aus den Gefängnisheften einzelne „Zitat-Rosinen“ herauszupicken oder die Hefte wie einen Steinbruch zu benutzen. Gegen je nach wissenschaftlichen und politischen Konjunkturen einseitige Lesarten des Werkes wollen sie sich für eine umfassende Perspektive auf den Kampf um Hegemonie stark machen. Dieser habe für Gramsci ökonomische, politische, ideologische und kulturelle Aspekte beinhaltet, begriffen als ein widersprüchliches Ganzes. Gerade wegen seiner vielgestaltigen und teilweise unvollendeten Brüche mit Ökonomismus, Klassenreduktionismus und Fortschrittsoptimismus sei Gramsci wichtiger Bezugspunkt für eine Vielfalt von Ansätzen kritischer Wissenschaften und Gesellschaftstheorie. Problematisch sei, wenn einzelne Sätze aus dem „Baukasten“ Gramscis herausgenommen und aus dem Zusammenhang der Gesellschaftstheorie herausgelöst würden.

Als Zielgruppe des Buches beschreiben die HerausgeberInnen neben dem/der interessierten Einzelnen auch den gemeinsamen Lesekreis. Gegliedert sind die Auszüge in zwölf Abschnitte, denen jeweils gut lesbare und prägnante einführende Bemerkungen der Herausgeber zum

Kontext und Einordnungsmöglichkeiten der Texte vorangestellt sind. Dabei werden Becker und Co. dem eingangs formulierten eigenen Anspruch durchweg gerecht.

Zentral im Band sind die Texte Gramscis selbst, deren Auswahl klug getroffen ist. Thematisch angesprochen werden insbesondere das Verhältnis von ökonomischer Basis und gesellschaftlichem Überbau, Theorien über den Staat, Überlegungen zu Ideologie, Erziehung und Kunst bis hin zum Blick auf Entwicklungen im zeitgenössischen Kapitalismus (Stichwort Fordismus). Erhalten bleibt der fragmentarische Charakter der Texte – die Umstände im Gefängnis ließen ein präzises wissenschaftliches Arbeiten zu keinem Zeitpunkt zu. Gramsci schrieb schlicht, so oft er konnte, arbeitete dann an anderen Gedanken weiter, und kehrte vielleicht später zum ursprünglichen Thema zurück. Präsent wird zudem der kritische Denker Gramsci, der zu einer Zeit, als das politische und analytische Denken innerhalb der Kommunistischen Parteien nahezu komplett durch Vorgaben aus der Sowjetunion bestimmt wurde, schlicht auf theoretischen und politischen Erkenntnisgewinn und ernsthafte Reflexion der bisherigen theoretischen Debatten und Lösungsansätze aus war. Faszinierend ist auch, dass man Gramsci gewissermaßen beim Denken zuschauen kann. Den Umständen der Haft geschuldet, liegen keine durchkonzeptionierten und ausformulierten Bücher vor, sondern Skizzen, die Gramscis Gedankengänge wiedergeben.

Das Leben des Antonio Gramsci

Neben Gramscis Werk ist auch die Lebens- und Leidensgeschichte Gramscis vielbeachtet. Christoph Nix hat nun die erstmals 1966 in Rom erschienene Gramsci-Biographie Giuseppe Fioris (1923 – 2003) neu aufgelegt. In seinem Vorwort würdigt er Gramsci als „Denker des humanistischen Kommunismus“. Lesenswert ist auch die knappe Einleitung Wolfgang Fritz Haugs. Auch ein Dreivierteljahrhundert nach

seinem Tod gehörten die Gefängnishefte Gramscis zur „politisch-philosophischen Weltliteratur“. Wichtig ist aber vor allem Haugs zeitgeschichtliche Einordnung der Biographie Fioris. Diese bezieht sich vor allem auf den Zugang zu Quellen und Dokumenten. So konnte Fiori zwar mit einer Reihe von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen sprechen. Haug weist aber darauf hin, dass einige der Aussagen mit später gefundenen Erkenntnissen nicht übereinstimmen. Wichtig ist auch der Verweis auf den Umgang der italienischen KP mit dem Erbe Gramscis. Der Autor Fiori habe noch nicht auf eine Gesamtausgabe der Gefängnishefte zurückgreifen können, zudem seien in zeitgenössischen Publikationen von Briefen und Texten Gramscis u.a. Stellen ausgelassen worden, die sein – kritisches – Verhältnis zur KP und deren politischer Strategie während der Mussolini-Diktatur beinhalteten.

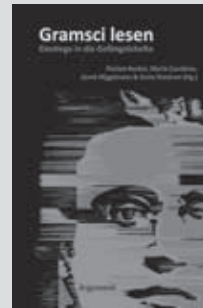
Der Autor der Biographie, Giuseppe Fiori, war in Italien u.a. als Journalist und stellvertretender Intendant des staatlichen Fernsehsenders TG2 tätig, und war zeitweilig auch Mitglied des italienischen Senats.

Fiori widmet sich akribisch dem Lebensweg Gramscis. Ausführlich werden Jugend und Aufwachsen auf Sardinien geschildert. Dieser Teil des Textes gerät etwas mühselig, weil Fiori sich in einigen Details verzettelt, so wenn zum Beispiel die Schulnoten Gramscis aus nahezu jedem Schuljahr referiert werden. Trotzdem gewinnt die Darstellung dann an Dichte, da es Fiori gelingt, Gramscis Hinwendung zu sozialistischem Denken vor dem Hintergrund der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse Sardinien zu entwickeln. Immer wiederkehrend ist in der Biographie der Hinweis auf Gramscis Erkrankungen, die ihn bereits während seines Studiums in Turin plagten. Interessant sind die Darstellungen rund um Gramscis Handeln während der Gründungsphase der italienischen KP sowie als Parlamentsabgeordneter während der ersten Jahre der faschistischen Diktatur. Die Schilderung von Gramscis Haftzeit ist bedrückend.

**Florian Becker/ Mario Candeias/
Janek Niggemann/ Anne Steckner (Hg.)**

Gramsci lesen

Einstiege in die Gefängnishefte



Argument Verlag,
Hamburg 2013
334 Seiten, 17,00 €

Giuseppe Fiori

Das Leben des Antonio Gramsci

Eine Biographie



Rotbuch Verlag,
Berlin 2013
416 Seiten, 24,99 €

Benjamin Opratko

Hegemonie



Verlag Westfälisches
Dampfboot,
2. Auflage,
Münster 2014
219 Seiten, 19,90 €

Die bereits bestehende labile gesundheitliche Verfassung wurde durch die Haftbedingungen nach und nach zerstört. Umso beeindruckender ist gerade nach Lektüre der Gefängnishefte, zu welchen intellektuellen Leistungen Gramsci in dieser Situation trotzdem fähig war.

So liegt mit Giuseppe Fioris Biographie eine insgesamt sehr anregende Gesamtdarstellung zu Gramscis Lebensweg vor, die trotz ihres Alters noch ausgesprochen lesenswert ist.

Deutlich wird nach Lektüre aller drei Bände, dass jede oberflächliche Reduktion des gramscianischen Denkens auf einzelne Formeln zu Herrschaft und Zwang die weiteren Potentiale des Denkens mit Gramsci verschenken. Gramsci hier als Teil einer pluralen Theoriegeschichte der (marxistischen) Linken auch in die Reflexion aktueller Entwicklungen einzubeziehen, kann immer wieder zu neuen Erkenntnisgewinnen führen. ■

Rezension: Tamara Ehs, Stefan Gschiegl, Karl Ucakar, Manfred Welan (Hg.) – Politik und Recht

von Thilo Scholle

„Recht“ wird in den öffentlichen Debatten in Deutschland oft erstaunlich unpolitisch kommentiert: Eine Norm wird vom Gesetzgeber erlassen, die Gerichte kümmern sich um die Auslegung, und der von der Norm betroffene Bürger oder die von der Norm betroffene Bürgerin hat mit der Entstehung der Norm nichts zu tun. So lässt sich jedenfalls eine gängige Wahrnehmung zusammenfassen. Anders als beispielsweise in den USA, in denen die Setzung und Interpretation von Rechtsnormen maßgeblicher Bestandteil der öffentlichen Debatten und Auseinandersetzungen ist, bleiben im Kontext der Debatten in Deutschland Recht und Politik erstaunlich lose verknüpft.

Vor diesem Hintergrund widmet sich der von vier österreichischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern herausgegebene Sammelband einem spannenden Thema. Der Untertitel „Spannungsfelder der Gesellschaft“ macht dabei eine weitere Intention der Texte deutlich: Recht bewegt sich nicht fernab der Gesellschaft. Durch rechtliche Normen wird auf gesellschaftliche Auseinandersetzungen reagiert und rechtliche Normen wirken auf diese zurück. In diesem Sinne schließen sich die Herausgeber



in ihrer Einleitung einem Diktum des späteren Bundesverfassungsrichters Dieter Grimm aus dem Jahr 1969 an: Recht sei „geronnene Politik“. Für eine genauere Analyse des Rechts müssten zunächst die realen Machtverhältnisse in einem Staat dargelegt werden.

Die 22 Beiträge des in drei Teile gegliederten Sammelbandes folgen im weitesten Sinne dieser Leitlinie. Hintergrund der meisten Artikel ist

die österreichische Rechtslage, was gerade für Nicht-Juristen an einigen Stellen das Verständnis der Texte deutlich erschweren dürfte. Trotzdem lassen sich auch ohne genaue Kenntnisse des österreichischen Verfassungs- und Rechtsgefüges interessante Einsichten gewinnen.

Sehr umfassend widmen sich in Teil I mehrere Beiträge den Umständen der Rechtserzeugung in Parlamenten, durch Regierungen und durch Entscheidungen in der Jurisprudenz. Im zweiten Abschnitt werden verschiedene Rechtsgebiete und Politikfelder durchgemustert, u.a. das Strafrecht und das Haushaltsrecht. Etwas schwächer fällt der Teil III aus, in dem einige internationale Aspekte angesprochen werden. Gerade die Beiträge in Teil I zeigen auf sehr anschauliche Weise, wie rund um die „harten Normen“ des Verfassungsrechts verfahrensrechtliche Bestimmungen, Aspekte der Rechtskultur sowie der informellen Aushandlungsprozesse große Bedeutung bei der Entstehung von rechtlichen Normen entwickeln können.

Nur wenig beleuchtet wird im Band die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Politik und Recht auf der einen sowie ökonomischen Machtverhältnissen auf der anderen Seite. So beschreibt zwar Stefan Gschiegl Recht als Medium zur Bewältigung sozialer Konflikte, die auf der Begrenztheit von Ressourcen beruhen. In den meisten anderen Beiträgen fehlen solche Bezüge aber.

Trotzdem handelt es sich um ein lesenswertes Buch. Der Zusammenhang von politischen Prozessen und gesellschaftlichen Debatten mit der Setzung von Recht wird aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet und erläutert. Es wäre ausgesprochen wünschenswert, wenn in der Zukunft weitere Publikationen auch zum bundesdeutschen und europäischen Kontext erscheinen würden. ■

↳ Thilo Scholle ist Mitglied der spw-Redaktion, Jurist und lebt in Lünen.

DL 21 Aktuell

TTIP

Die DL21 hat sich in den vergangenen Wochen intensiv mit dem geplanten Freihandelsabkommen zwischen EU und USA (TTIP) befasst. Bereits im Februar haben wir unseren Mitgliedern einen umfangreichen Reader darüber zukommen lassen. Er kann auch auf unserer Homepage unter <http://forum-dl21.de/freihandelsabkommen-ttip/> abgerufen werden.

Für unser DL21-Blog haben der AfA-Vorsitzende Klaus Barthel und Matthias Miersch, MdB Beiträge zu diesem Thema verfasst. Klaus Barthel weist darauf hin, dass durch die gegenseitige Anerkennung von Standards deren Absenkung zu befürchten ist. Er verweist darauf, dass Löhne sinken und Arbeitnehmerrechte einge-

schränkt werden. Der stellvertretende DL21-Vorsitzende Matthias Miersch kritisiert in seinem Beitrag die Intransparenz der Verhandlungen und stellt klar, dass hohe Sozial- und Umweltstandards sowie auch eine ordentliche Gerichtsbarkeit keine Wettbewerbshemmnisse sind.

Auch auf unserem Etherpad haben wir unter <http://pad.forum-dl21.de/TTIP> Beiträge zum TTIP zur Verfügung gestellt. Wir laden alle Interessierten ein, diese zu kommentieren und zu diskutieren.

Da es uns wichtig war, uns bei diesem Thema auch mit der Zivilgesellschaft auszutauschen, haben sich unsere Vorstandsmitglieder



mit VertreterInnen von „TTIPunfairHandelbar“ getroffen. In einem ausgesprochen konstruktiven Gespräch bewerteten sie das geplante Abkommen äußerst kritisch: Das versprochene Wachstum könne besser erreicht werden, wenn die Einkommen von Geringverdienern um zwei Prozent stiegen, hieß es. Wichtig war unseren GesprächspartnerInnen, von der Diskussion über Chlorhühnchen wegzukommen. Stattdessen müsse man sich fragen, ob man freien oder fairen Handel wolle, ob man für die Herrschaft des Geldes oder für mehr Menschlichkeit plädiere. Alle VertreterInnen von „TTIP-unfairHandelbar“ zeigten sich sehr erfreut über unsere Gesprächseinladung.

Den Dialog mit der Zivilgesellschaft wollen wir öffentlich fortführen: Am 6. Mai werden wir im taz-Café in Berlin eine Podiumsdiskussion mit dem Titel „Mehr als „nur“ Chlorhühnchen – was bedeutet das geplante TTIP?“ abhalten. Als Diskutanten konnten wir Dr. Beate Scheidt von der IG Metall, Alessa Hartmann vom Forum Umwelt und Entwicklung sowie Günter Sölken von attac gewinnen. Moderiert wird die Veranstaltung von unserer DL21-Vorsitzenden Hilde Mattheis, die in dieser spw-Ausgabe einen Beitrag zu TTIP veröffentlicht.

DL21-Frühjahrstagung in Kassel

Am 30. und 31. Mai findet in Kassel unsere DL21-Frühjahrstagung statt. Wir werden über die Perspektiven der Parteilinken und der Gesamtpartei in der großen Koalition und darüber hinaus diskutieren. Zum Einstieg wollen wir die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in den Bereichen Wirtschaft, Bildung und EU analysieren. Anhand unterschiedlicher Themenfelder wollen wir diskutieren, was links-sozialdemokratische Identität ausmacht. Im Anschluss beschäftigen wir uns in Arbeitsgruppen mit aktuellen Fragestellungen.

In der abschließenden Podiumsdiskussion, an der auch VertreterInnen der Grünen und der Linkspartei teilnehmen werden, wollen wir

darüber sprechen, wie wir einen neuen Aufbruch von links gestalten können.

Alle Interessierten laden wir herzlich ein, nach Kassel zu kommen und mit uns zu diskutieren! Das aktuelle Programm findet Ihr auf unserer Homepage.

Neue Homepage

Seit März dieses Jahres haben wir eine neugestaltete Homepage. Ihr findet sie wie gewohnt unter www.forum-dl21.de.

Bei Fragen und Anregungen könnt Ihr Euch unter info@forum-dl21.de an unsere Geschäftsstelle wenden.

Publikation

Max Reinhardt: Gesellschaftspolitische Ordnungsvorstellungen der SPD-Flügel seit 1945

Im April 2014 ist im spw-Verlag in Kooperation mit Nomos das aktuelle Buch von Max Reinhardt erschienen. Bei diesem Band handelt es sich um das leicht überarbeitete und um die Zeit nach der Bundestagswahl 2009 bis zum SPD-Mitgliederentscheid 2013 erweiterte Kapitel „Geschichte der Strömungs- und Faktionskämpfe der SPD“ der im Nomos Verlag erschienenen Publikation „Aufstieg und Krise der SPD. Flügel und Repräsentanten einer pluralistischen Volkspartei“. Der Autor analysiert die Geschichte der SPD-Flügel nach 1945 und legt dar, dass sie Transmissionsriemen sozialer Milieus und gesellschaftspolitischer Lager und damit Gradmesser für den Erfolg der SPD sind.

Das Buch umfasst 178 Seiten und ist zum Preis von 18 Euro (plus 1,50 Euro Versandkostenpauschale) erhältlich.

► **Bestellungen:** per Email an spw-verlag@spw.de oder per Fax an 0231 - 202 00 24

DL 21-Frühjahrstagung 30.- 31. Mai 2014 in Kassel

Programm

Freitag, 30. Mai

20.00 Uhr: **Ankunft und Gespräche in der Parteilinken**

DL21 trifft Frankfurter Kreis

Begrüßung: Hilde Mattheis,

Vorsitzende der DL21

Ort: Ristorante San Marino, Frankfurter Straße 59, 34121 Kassel

Samstag, 31. Mai

09.30 Uhr: Begrüßung und Eröffnung
Hilde Mattheis, MdB und Vorsitzende der DL21

09.50 Uhr: Grußwort
Gernot Grumbach, MdL und stellv. Vorsitzender der SPD Hessen

10.15 Uhr: **Block I: Mehrheiten für eine linke Politik – Soziale Lagen, Interessen, Diskurse**

Inputs

- Dr. Hans-Jürgen Urban, Geschäftsführer des Vorstandsmitglied der IG Metall,
- Benjamin Mikfeld, Geschäftsführer Denkwerk Demokratie,
- Sonja Ablinger, ehemalige Abgeordnete zum österreichischen Nationalrat

Kommentar: Ralf Stegner, MdL und stellv. Vorsitzender der SPD

Moderation: Daniela Kolbe, MdB und stellv. Vorsitzende der DL21
anschl. Diskussion

12.00 Uhr: Essen

13.00 Uhr: **Block II: Arbeitsgruppen**

Einleitung: Dr. Matthias Miersch, MdB und stellv. Vorsitzender DL21

Arbeitsgruppe: Moderner Sozialstaat

Leitung: Wolfgang Uellenberg – van Dawen ver.di-Bundesvorstand und Gabriele Lössekrug-Möller, MdB und Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales (angefragt)

Arbeitsgruppe:

Freiheit verteidigen – Linke Bürgerrechtspolitik

Leitung: Christine Lambrecht, MdB und 1. Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundes-

tagsfraktion (angefragt) und Prof. Dr. Joachim Perels, Universität Hannover

Arbeitsgruppe:

Sozialdemokratische Friedenspolitik

Leitung: Edelgard Bulmahn, MdB und Bundestagsvizepräsidentin und Dr. Ute Finckh-Krämer, MdB

Arbeitsgruppe:

Sozialdemokratisch-ökologisches Wirtschaften

Leitung: Dr. Dierk Hirschel, ver.di-Chefökonom und Michael Müller, ehemaliger Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesumweltministerium und Vorsitzender der Naturfreunde Deutschland

Arbeitsgruppe: Bildung für Alle

Leitung: Dr. Ernst Dieter Rossmann, MdB und Doris Lang-Lepschy, Coach

Arbeitsgruppe: Soziales Europa

Leitung: Dr. Joachim Schuster, DL21-Vorstandsmitglied und Johanna Uekermann, Juso-Bundesvorsitzende

15:45 Uhr: Ergebnisse der Arbeitsgruppen

Moderation: Dr. Nina Scheer, MdB und stellv. Vorsitzende der DL21

16.30 Uhr: Kaffee und Tee

17:00 Uhr: **Block III: „Links in der Sozialdemokratie – ein neuer Aufbruch!“**

Diskussion mit Publikumsbeteiligung:

- Hilde Mattheis, MdB und Vorsitzende DL21,
- Frank Schwabe, MdB und Vorsitzender der Denkfabrik,
- Johanna Uekermann, Juso-Bundesvorsitzende
- Axel Troost, MdB und stellv. Vorsitzender der Partei Die Linke (angefragt)
- Sven-Christian Kindler, MdB und haushaltspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen (angefragt)

Moderation: Knut Lambertin, stellv. Vorsitzender DL21

18.50 Uhr: **Perspektiven linkssozialdemokratischer Politik**

Hilde Mattheis, MdB und Vorsitzende DL21

Tagungsort: Stadtteilzentrum Vorderer Westen, Elfbuchenstr. 3, 34119 Kassel

Anmeldung: per Email an info@forum-dl21.de

Leser/in werden – Prämie wählen!



Prämienpaket 1

Beat Ringer

Maßt euch an! Auf dem Weg zu einem offenen Sozialismus mit einem Vorwort von Alex Demirović
218 Seiten, € 24,90,
ISBN: 978-3-89691-875-8,
Westfälisches Dampfboot



Harald Klimenta / Andreas Fisahn u.a.

Die Freihandelsfälle
Transatlantische Industriepolitik ohne Bürgerbeteiligung – das TTIP
AttacBasisTexte 45
128 Seiten, € 9,00
ISBN 978-3-89965-592-6
VSA-Verlag



Prämienpaket 2

Heinz J. Bontrup

Krisenkapitalismus und EU-Verfall
Neue Kleine Bibliothek 195
231 Seiten, € 15,90
ISBN 978-3-89438-537-8
PapyRossa Verlag

Hartmut Tölle / Patrick Schreiner (Hg.):

Migration und Arbeit in Europa
Softcover DIN A5,
229 Seiten, € 14,90
ISBN 978-3-89438-550-7
PapyRossa Verlag



Prämienpaket 3

Heiner Ganßmann

Politische Ökonomie des Sozialstaats
Einstiege Band 10, 2. überarbeitete Auflage
229 Seiten, € 19,90
ISBN: 978-3-89691-690-7
Westfälisches Dampfboot

BEIGEWUM

Mythen des Sparens
Antizyklische Alternativen zur Schuldenbremse
Herausgegeben vom Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen
144 Seiten, € 11,80, ISBN 978-3-89965-555-1
VSA-Verlag



Neue Abonnenten/innen erhalten eine Buchprämie als Geschenk

- Ich möchte ein **spw**-Probeheft!
- Ich abonniere **spw** für mindestens zwölf Monate ab Heft: _____
- Normal-Abo (39,00 € Inland, inkl. Versand; 37,00 € bei Bankeinzug)
- Auslandsabonnement Europa 49,- € (inkl. Versand)
- Mein Prämienpaket: 1 2 3

Die **spw** geht an:

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Datum, Unterschrift

- Ich wünsche Bankeinzug:

Geldinstitut

IBAN

BIC

Datum, Unterschrift

- Ich zahle per Rechnung. Die Rechnung geht an:

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

- Ich möchte regelmäßig mit dem **spw** E-Mail-Newsletter informiert werden.

spw erscheint mit sechs Heften im Jahr bei einem Gesamtumfang von ca. 456 Seiten. Die Kündigung des Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich.